

2014

DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN
JAHRESABSCHLUSS (HGB) ZUM 31. DEZEMBER 2014

DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN
JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2014
UND LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

LAGEBERICHT	2
JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2014	44
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2014 BIS 31. DEZEMBER 2014	46
ANHANG	48
BESTÄTIGUNGSVERMERK	91

LAGEBERICHT DER POSTBANK

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Grundlagen

Geschäftsmodell der Postbank

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister überwiegend in Deutschland an. Die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit liegen im Privatkundengeschäft (Retail Banking) und im Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen). Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab. Seit dem 3. Dezember 2010 ist die Postbank Teil des Konzerns Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, die unmittelbar und mittelbar 94,1% der Aktien der Deutschen Postbank AG hält.

Die ordentliche Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat am 5. Juni 2012 einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100%igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), und Deutscher Postbank AG zugestimmt. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wurde mit Eintragung ins Handelsregister am 20. Juni 2012 wirksam. Mit Beschluss des Oberlandesgerichts Köln vom 11. September 2012 wurde der Vertrag bestandskräftig.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit kommt der Postbank innerhalb des Geschäftsbereichs Private & Business Clients (PBC) der Deutschen Bank hohe Bedeutung zu. Sie stellt eine tragende Säule des Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden dar und trägt maßgeblich zur Verwirklichung der Strategie der Deutschen Bank bei, ihre Aktivitäten im Heimatmarkt zu stärken. Die Postbank versteht sich dabei als Anbieter von Finanzdienstleistungen, der mit einfachen, standardisierten Produkten auf die Bedürfnisse einer breiten Kundenbasis ausgerichtet ist. Ferner realisiert die Postbank mit ihren IT-Einheiten einen Großteil der gemeinsamen Retail Target Platform (RTP) für Postbank und Deutsche Bank.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit – per Jahresende 2014 – 1.076 Filialen in Deutschland sowie eine Niederlassung in Luxemburg, die mit Wirkung zum 1. Juli 2014 das Kundengeschäft der PB International S.A. übernommen hat.

Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft befindet sich in Hameln.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und ist, gemessen an der Kundenzahl, das größte Einzelinstitut. Wesentliche Produktfelder sind das Spargeschäft, das Angebot von Girokonten und privaten Baufinanzierungen sowie das Bauspargeschäft. In allen diesen Feldern gehört die Postbank, mit Blick auf das bilanzielle Volumen, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, das Privatdarlehensgeschäft und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotsspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Banken und Versicherungen. Wesentlich ist

hierbei die enge Kooperation mit der Deutschen Bank AG, die kontinuierlich intensiviert wird. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Marktteilnehmer insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft engagiert. Auch in diesem Geschäftsbereich sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken die bedeutendsten Wettbewerber.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Die Unternehmenssteuerung des Teilkonzerns Postbank erfolgt konzernweit durch die Postbank.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren bei der Postbank

Die Postbank setzt bei ihrer Unternehmenssteuerung – neben dem Einsatz von finanziellen Leistungsindikatoren – auch nicht-finanzielle Leistungsindikatoren ein. Bei den wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren handelt es sich um die Mitarbeiterzufriedenheit und die Kundenzufriedenheit. Beide genannten wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren waren 2014 im Zielsystem als Konzernziele für alle Vorstandsmitglieder vergütungsrelevant.

Die Messung der Mitarbeiterzufriedenheit erfolgt anhand der Auswertung der Ergebnisse der jährlich durchzuführenden Mitarbeiterbefragung. In der Befragung wird eine Vielzahl von Fragen gestellt, die sich in die Dimensionen Commitment, Führung, Geschäftserfolg/Ziele, Kundenfokus und Professionalität einteilen lassen. Die Fragen können – je nach Zustimmungsgang – von den Mitarbeitern in fünf Stufen beantwortet werden. Konkret wird die Mitarbeiterzufriedenheit aus dem Ergebnis zur Dimension Commitment abgeleitet. Diese besteht aus verschiedenen Fragen zur Ermittlung der Bindung der Belegschaft an das Unternehmen.

Die Kundenzufriedenheit wird quartalsweise mittels telefonischer Interviews anhand eines weitgehend gleichbleibenden strukturierten Fragebogens erhoben. Die zugrunde liegende Stichprobe ist repräsentativ für die Grundgesamtheit der Postbank Kunden. Die Untersuchungsanlage erlaubt systematische Zeitreihenvergleiche und Kausalanalysen. Neben der Gesamtzufriedenheit der Kunden mit den Leistungen der Postbank insgesamt wird die Zufriedenheit mit den zentralen Leistungsfaktoren der Bank (Erreichbarkeit, Schnelligkeit, Freundlichkeit, Korrektheit, Fachliche Beratung, Zufriedenheit mit den Vertriebskanälen, Reklamationsmanagement usw.) erfragt. Die Zufriedenheit wird dabei mittels einer verbalisierten 5er-Skala (1= vollkommen zufrieden bis 5= unzufrieden) erhoben. Die Durchführung der Studie erfolgt durch ein renommiertes externes Marktforschungsinstitut unter Beachtung hoher Qualitätsstandards.

Auch im Zielsystem für die leitenden Angestellten finden sich Zieldimensionen, die eine Ableitung der Ziele aus den nicht-finanziellen Leistungsindikatoren auf Konzernebene auf die Führungskräfte der Postbank ermöglichen. Neben der Dimension Kosten/Finanzen als finanzielles Individualziel erhält jede Führungskraft auch Ziele in den Dimensionen Markt/Kunden, Prozess/Qualität sowie Mitarbeiter/Team, die auf das jeweilige Aufgabengebiet bezogen sind. Damit

besteht ein durchgängiges System, das die konzernweite Steuerung nach den wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren ermöglicht.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung innerhalb der Postbank basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die Optimierung von Rentabilität und Effizienz.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung der Postbank ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor bzw. nach Steuern. Die Größe berechnet sich aus dem Quotienten aus dem Ergebnis vor bzw. nach Steuern und dem durchschnittlichen zeitgewichteten Eigenkapital in der Berichtsperiode.

Die Effizienz wird anhand der Cost Income Ratio (CIR), des Quotienten aus Verwaltungsaufwendungen zuzüglich sonstiger Aufwendungen und Gesamterträgen einschließlich sonstiger Erträge vor Risikovorsorge, als zentraler Maßstab für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung gemessen.

Die Gesamterträge beinhalten als wichtigste Größen zur Beurteilung und Steuerung der Ertragskraft insbesondere den Zinsüberschuss und den Provisionsüberschuss als zentrale Ertragsgrößen im Kundengeschäft der Postbank.

Steuerungsprozess

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Postbank Konzernebene, wobei sich der Renditeanspruch am RoE vor Steuern bemisst. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich dabei nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Indikatoren. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Der Prozess dieser regelmäßigen Reviews wird kontinuierlich weiterentwickelt. Hintergrund sind die Ende 2012 geänderte Geschäftsverteilung im Vorstand sowie die im Zuge der Integration in den Deutsche Bank Konzern erweiterte Gremien-/Komiteestruktur für die Postbank.

Ergänzend zu den genannten, etablierten Steuerungskennzahlen, ermittelt die Postbank Renditekennzahlen für die interne Steuerung, bezogen sowohl auf das zugrunde liegende Bilanzvolumen (Return on Assets, RoA) als auch auf das eingesetzte Risikokapital. In Anlehnung an den RoE wird dabei die Rendite auf das regulatorische Kapital bzw. den

Kapitalbedarf berechnet (insbesondere Return on Regulatory Capital, RoReC bzw. Return on Total Capital Demand, RoTCD), die auf Einzelgeschäfts- und auf aggregierter Ebene bereits eine wesentliche Entscheidungsgrundlage bildet. Zudem werden Informationen zur Steuerung der Rendite auf Basis des ökonomischen Kapitals (Return on Risk-adjusted Capital, RoRaC) auf den Ebenen Gesamtbank, Segmente sowie Steuerungsportfolios bereitgestellt. Der ökonomische Kapitalbedarf wird determiniert durch die relevanten Risikoarten je Steuerungsebene (z. B. Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Operationelles Risiko). Beide Ressourcen – regulatorisches Eigenkapital und ökonomisches Eigenkapital – werden mit Verzinsungsansprüchen in Form von Hurdle Rates belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und von der Postbank insgesamt ebenso wie von den einzelnen Geschäftseinheiten zu erwirtschaften sind.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter der Postbank ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Konzernzielen der Postbank Gruppe, die am Ergebnis vor Steuern und an der CIR gemessen werden. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, fließt bei unseren Führungskräften, den Risk Takern und dem Vorstand ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung des langfristigen Teils der variablen Vergütung (Langfristkomponente) ein. Weitere Details finden sich im Vergütungsbericht oder im Anhang.

Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert damit die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

ANGABEN NACH § 289 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Am 31. Dezember 2014 betrug das Grundkapital 547.000.000 €, eingeteilt in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

§ 17 der Satzung bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und das Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Sofern die Gesellschaft eigene Aktien hält, können gemäß § 71b AktG hieraus keine Rechte ausgeübt werden. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hielt unmittelbar und mittelbar im Wesentlichen über die DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main, am 31. Dezember 2014 ca. 94,1 % der Aktien der Postbank. Der an den Börsen handelbare Streubesitz der Postbank beträgt somit rund 5,9 %.

Inhaber von Aktien mit Sonderrechten

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Arbeitnehmer, die Aktien der Postbank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über die Änderung der Satzung

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 25c Abs. 1 Kreditwesengesetz (KWG) muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese zuverlässig, fachlich geeignet und in ausreichendem Maße zeitlich verfügbar sind. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands gemäß § 84 Abs. 3 AktG widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung, es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die BaFin kann gemäß § 45c Abs. 1 bis 3 KWG einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse eines oder mehrerer Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. Wenn Mitglieder des Vorstands nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder wenn ihnen wesentliche Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung verborgen geblieben sind oder sie festgestellte Verstöße nicht beseitigt haben, kann die BaFin dem Sonderbeauftragten die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands insgesamt übertragen. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr gemäß § 46 Abs. 1 KWG einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken. In diesem Fall kann deren Funktion durch den Sonderbeauftragten gemäß § 45c KWG erfüllt werden.

Die Satzung der Deutschen Postbank AG kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst. Satzungsänderungen werden mit Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Abs. 3 AktG).

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einer durch den Vorstand bestimmten Bank oder einem Bankenkonsortium mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des

Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, um Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einer durch den Vorstand bestimmten Bank oder einem Bankenkonsortium mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Beschluss sieht ferner die Möglichkeit eines vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG vor.

Die näheren Einzelheiten zu den Genehmigten Kapitalien I und II ergeben sich aus § 4 Abs. 6 und 7 der Satzung.

Das Grundkapital ist um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber von Wandlungsrechten oder Optionsrechten, die mit den von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 bis zum 8. Juli 2019 unter Tagesordnungspunkt 9 a auszugebenden Genussscheinen bzw. Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind, von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder an die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der vorstehend genannten Ermächtigung bis zum 8. Juli 2019 auszugebenden Wandelgenussscheine bzw. Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu den gemäß der vorstehend genannten Ermächtigung jeweils zu berechnenden Options- bzw. Wandlungspreisen. Die neuen auf den Namen lautenden Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Die Gesellschaft wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2010 nach § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals

ausgeübt werden und gilt bis zum 28. April 2015. Der Erwerbspreis (ohne Erwerbsnebenkosten) darf den arithmetischen Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Postbank Aktie im XETRA-Handel oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main an den letzten fünf aufeinanderfolgenden Börsenhandelstagen vor dem Erwerb oder der Eingehung einer Verpflichtung zum Erwerb um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten.

Außerdem wurde der Vorstand durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2010 nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Dabei dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann auch durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder von Dritten für Rechnung der Gesellschaft oder von ihr abhängiger oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehender Unternehmen ausgeübt werden. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgeübt werden. Sie gilt bis zum 28. April 2015.

Der Erwerb kann über die Börse oder mittels eines öffentlichen Angebots erfolgen. Die Ermächtigung enthält Vorgaben hinsichtlich des Erwerbspreises und des Vorgehens bei Überzeichnung eines öffentlichen Kaufangebots.

Die Ermächtigung kann zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck, insbesondere zur Verfolgung eines oder mehrerer der nachfolgend genannten Ziele, ausgeübt werden.

Der Vorstand ist ermächtigt, die aufgrund dieser oder einer früheren Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen. Die Einziehung kann auf einen Teil der erworbenen Aktien beschränkt werden. Von der Ermächtigung zur Einziehung kann mehrfach Gebrauch gemacht werden. Die Einziehung führt grundsätzlich zur Kapitalherabsetzung. Der Vorstand kann abweichend hiervon bestimmen, dass das Grundkapital unverändert bleibt und sich stattdessen durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand ist in diesem Fall zur Anpassung der Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung ermächtigt.

Der Vorstand ist ermächtigt, die aufgrund dieser oder einer früheren Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats in anderer Weise als durch einen Verkauf über die Börse oder ein Angebot an alle Aktionäre unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre wie folgt zu verwenden: (i) Veräußerung gegen Sachleistung, soweit dies zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen oder sonstige einlagefähige Vermögensgegenstände zu erwerben oder Unternehmenszusammenschlüsse durchzuführen, oder (ii) Veräußerung gegen Barzahlung, soweit diese zu einem Preis erfolgt, der den Börsenwert von Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet (vereinfachter Bezugsrechtsausschluss nach § 186 Abs. 3 Satz 4, 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5 Halbsatz 2 AktG).

Diese Ermächtigung beschränkt sich unter Einbeziehung von anderen Aktien, die seit Beschlussfassung über diese Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in direkter oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert worden sind, auf insgesamt höchstens 10 % des derzeitigen oder – falls dieser Wert geringer ist – 10 % des bei Ausübung dieser Ermächtigung bestehenden Grundkapitals der Gesellschaft oder (iii) Erfüllung von Verpflichtungen der Gesellschaft aus Wandlungs- und Optionsrechten bzw. Wandlungspflichten aus von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen begebenen Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen bzw. Genussrechten oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die ein Wandlungs- oder Optionsrecht gewähren oder eine Wandlungspflicht bestimmen. Die Ermächtigungen unter (i) bis (iii) können auch durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder von Dritten für Rechnung der Gesellschaft oder von ihr abhängiger oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehender Unternehmen ausgeübt werden.

Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, keinen Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen bei Kontrollwechseln

Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen worden sind, bestehen nicht.

§ 289a HGB Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung ist im Internet auf unserer Homepage unter https://www.postbank.de/postbank/wu_corporate_governance_unternehmensfuehrung.html abrufbar.

VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, dem Deutschen Rechnungslegungs Standard DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Höhe und die Struktur der Vergütung.

Zuständigkeit

Zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat als Plenum. Unterstützt wurde das Plenum bis einschließlich 2013 vor allem durch den Präsidialausschuss. Ab dem Geschäftsjahr 2014 wird der Aufsichtsrat durch den neuen Vergütungskontrollausschuss unterstützt, der wesentliche, bisher vom Präsidialausschuss wahrgenommene Aufgaben in Bezug auf das Vergütungssystem des Vorstands und die Festlegung der einzelnen Vergütungen übernimmt. Bereits im Dezember 2013 hat der Aufsichtsrat die Einrichtung des Vergütungskontrollausschusses, der nach den Vorgaben des § 25d Abs. 12 i.V.m. Abs. 7 KWG bei der Postbank einzurichten ist, beschlossen. Dieser hat seine Arbeit noch Ende 2013 aufgenommen. Der Ausschuss ist insbesondere zuständig für die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter, insbesondere für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts haben. Der Vergütungskontrollausschuss bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement, bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme.

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2014

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft. Im Mittelpunkt der Prüfung stehen dabei insbesondere die Frage der Angemessenheit der Ausgestaltung des Systems sowie erforderliche Anpassungen an neue regulatorische Vorgaben.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und die Höhe der Vorstandsvergütung ist, die Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben entsprechend ihrem Tätigkeits- und Verantwortungsbereich angemessen und unter Einbeziehung des nachhaltigen Gesamterfolgs der Postbank sowie der gemeinsamen und der individuellen Leistungen des Vorstands markt- und wettbewerbsgerecht zu vergüten. Im Rahmen eines auf Basis der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex durchgeführten vertikalen sowie horizontalen Vergütungsvergleichs wurde die Angemessenheit der Vorstandsvergütung im Marktvergleich sowie innerhalb der Postbank Gruppe bestätigt.

Die Mitglieder des Vorstands sollen durch die Ausgestaltung des Systems motiviert werden, unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden, die Unternehmensziele zu erreichen und dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben. Insoweit hat der Aufsichtsrat bereits vor Einführung des gesetzlichen Verhältnisses der variablen Vergütung zur fixen Vergütung eine Obergrenze für eben dieses Verhältnis bestimmt. Nach § 25a Abs. 5 Satz 2 KWG darf die variable Vergütung der Geschäftsleiter von Kreditinstituten grundsätzlich 100 % der fixen Vergütung nicht übersteigen. Die dahinterstehende Überlegung ist, dass zu hohe variable Vergütungen erhöhte Anreize zur Eingehung unangemessener Risiken darstellen können. § 25a Abs. 5 Satz 5 KWG sieht jedoch vor, dass die Aktionäre insoweit eine Erleichterung beschließen können, als sie ein Verhältnis der festen zur variablen Vergütung von 1:2 billigen können. Der Aufsichtsrat hat für die Vorstandsmitglieder einen entsprechenden Antrag vor dem Hintergrund des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit und der Steuerungsmöglichkeit über die variable Vergütung gestellt. Die Hauptversammlung hat im Juli 2014 dem Antrag entsprochen und einem Verhältnis von 1:2 mit großer Mehrheit zugestimmt.

Der Aufsichtsrat hat, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung der ermittelten variablen Vergütung beschlossen. Dies ist mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils durch Anpassung der entsprechenden Regelungen ihres Anstellungsvertrags vereinbart. Die wesentlichen Grundzüge sind im Weiteren ausführlich dargestellt.

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Festvergütung) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Raten monatlich ausgezahlt. Die Nebenleistungen – geldwerte Vorteile aus Sachbezügen – bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Versicherungsprämien und geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe kann im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation variieren.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Konzern-, Ressort- und Individualzielen auf der Basis von Messkriterien (Key Performance Indicators) ermittelt, wobei einheitliche Konzernziele in der Gewichtung den überwiegenden Anteil der Leistungsmessung ausmachen. Die Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen darin festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) von 150 % des vereinbarten Zielwertes begrenzt.

Die Gewährung der festgestellten variablen Vergütung wurde mit Wirkung für die variable Vergütung für 2014 geändert. Die ausstehenden Vergütungselemente aus den Jahren vor 2014 unterliegen im Hinblick auf ihre Auszahlung weiterhin dem bislang gültigen Vergütungsmodell.

Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014

Nach der neuen Vergütungsstruktur wird die variable Vergütung unter Berücksichtigung der jeweils gültigen regulatorischen und bankspezifischen Vorgaben zu großen Teilen in aufgeschobener Form gewährt und über mehrere Jahre gestreckt. Auf diese Weise ist eine langfristige Anreizwirkung für einen mehrjährigen Zeitraum sichergestellt.

Den Vorgaben der Institutsvergütungsverordnung folgend, werden mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben. Zusätzlich hat der Aufsichtsrat die Anwendung der im Deutsche Bank Konzern etablierten Zurückbehaltungsmatrix beschlossen, die in Abhängigkeit von der Höhe der variablen Vergütung zu einem höheren Prozentsatz aufgeschobener Vergütung führen kann. Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung ist danach für das Jahr 2014 auf insgesamt 225.000 € begrenzt.

Dieser nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung wird zur Hälfte in Form eines aktienbasierten Vergütungselements (Equity Upfront Award) vergeben und zur anderen Hälfte unmittelbar bar ausgezahlt. Der aufgeschobene Teil der variablen Vergütung besteht zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen (Restricted Equity Award), während der verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award) gewährt wird. Der Wert der aktienbasierten Vergütungselemente hängt während der Unverfallbarkeits- sowie Haltefristen von der Kursentwicklung der Deutsche Bank Aktie ab.

Equity Upfront Award

Der Anteil der nicht aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Equity Upfront Award (EUA) an die Vorstandsmitglieder vergeben. Der EUA ist sofort unverfallbar, es gilt jedoch eine Haltefrist von sechs Monaten. Während der sechsmonatigen Haltefrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Nach Ablauf der Haltefrist wird der EUA in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert.

Restricted Equity Award

Der Anteil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Restricted Equity Award (REA) vergeben und in drei gleichen Tranchen pro rata über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar.

Für Mitglieder des Vorstands, die zusätzlich der sogenannten Senior Management Group auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zugeordnet sind (dies betrifft Frau Klöß-Braekler sowie die Herren Strauß, Heß und Storr), finden Sonderregelungen Anwendung, und es gilt abweichend eine viereinhalbjährige Unverfallbarkeitsfrist, nach der die Awards in einer Tranche unverfallbar werden („Cliff Vesting“).

An die genannten Fristen zur Unverfallbarkeit schließt sich für alle Vorstandsmitglieder eine halbjährige Haltefrist an, bevor die aktienbasierten Vergütungselemente in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert werden. Während der Unverfallbarkeitsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Dies bedeutet, dass Vorstandsmitglieder, die der Senior Management Group zugeordnet sind, den Wert ihrer für das Jahr 2014 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2020 (also fünf Jahre

nach Gewährung) realisieren können. Für die übrigen Vorstandsmitglieder kann der Wert der letzten Tranche des REA frühestens im Jahr 2018 (also dreieinhalb Jahre nach Gewährung) realisiert werden.

Restricted Incentive Award

Der nicht aktienbasierte Teil der hinausgeschobenen Vergütung wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award (RIA)) gewährt, die in drei gleichen Tranchen über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar wird. Während der Unverfallbarkeitsfrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Die letzte Tranche des den Vorstandsmitgliedern für das Jahr 2014 gewährten RIA wird frühestens im Jahr 2018 ausbezahlt.

Da die genannten Awards bis zum Zufluss nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen berechtigen, wird bei der Vergabe ein einmaliger Zinsaufschlag bzw. ein sogenanntes Dividendenäquivalent gewährt.

- *Equity Upfront Award:*

Gewährung eines Dividendenäquivalents während der Haltefrist

- *Restricted Equity Award:*

Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 5 % bei Vergabe. Mitglieder der sogenannten Senior Management Group erhalten ein Dividendenäquivalent

- *Restricted Incentive Award:*

Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 2 % bei Vergabe

Die Anzahl der Aktien-Awards, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) und Restricted Equity Awards (REA) gewährt wurden, wird mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,1080 €) ermittelt.

Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen

Die aufgeschoben gewährten bzw. über mehrere Jahre gestreckten Vergütungskomponenten (EUA, RIA, REA) unterliegen bestimmten Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen während der Unverfallbarkeits- bzw. Haltefristen. Diese bilden ein zentrales Element der Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass die Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet und auch langfristig bestimmte Ereignisse in der Vergütung angemessen berücksichtigt sind. Sämtliche für 2014 aufgeschoben gewährten Vergütungselemente sowie der EUA unterliegen dem (gegebenenfalls teilweisen) Einbehalt, z. B. nach einem Verstoß des Vorstandsmitglieds gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage. Darüber hinaus gelten für sämtliche aufgeschoben gewährten Vergütungselemente die Vorschriften über den Einbehalt im Hinblick auf den Erfolgsbeitrag der Postbank bzw. des Deutsche Bank Konzerns insgesamt. Danach können bis zu 100 % der anstehenden RIA- bzw. REA-Tranche verfallen, wenn das Ergebnis vor Steuern der Postbank und/oder des Konzerns negativ ist. Für Vorstandsmitglieder, die den Sonderregelungen der Senior Management Group unterliegen, verfallen, wenn Verfallbedingungen in einem Jahr innerhalb des Zurückbehaltungszeitraums erfüllt sind, bis zu 20 % des REA.

Gewährung und Auszahlung der variablen Vergütung bis Ende 2013

In dem bis Ende 2013 geltenden Vergütungssystem wurde die variable Vergütung aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wurde, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt. Für die Vergütungsjahre 2010 bis 2013 sind noch Vergütungselemente offen, die nach den bei Gewährung maßgeblichen Vertragsregelungen zu den vereinbarten Terminen zur Auszahlung anstehen.

Die Kurzfristkomponente wurde zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausbezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wurde in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Bank AG umgewandelt. Hierfür wurde der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat bzw. die Sperrfrist endet. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist wurden bzw. werden die Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares wurden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben. Im Jahr 2014 wurde die Kurzfristkomponente II aus dem Vergütungsjahr 2012 ausgezahlt. Für die Ermittlung des Auszahlungsbetrags wurde nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist die Stückzahl der Phantom Shares mit dem Durchschnittskurs der Aktie, ermittelt wie beschrieben (32,22 €), multipliziert. Im Jahr 2015 steht nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist die Auszahlung der Kurzfristkomponente II aus dem Vergütungsjahr 2013 an.

Die Langfristkomponente (LK) wurde insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe gewährt, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wurde bzw. für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 noch zur Feststellung ansteht. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wurden das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses war für die variable Vergütung bis 2013 definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr war.

Die Langfristkomponente wurde – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt wurden bzw. für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 noch zur Umwandlung ausstehen. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgten bzw. erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums für die noch ausstehenden Vergütungskomponenten die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch

den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II).

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausgezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden.

Diese Vergütungsmechanismen wirken bei den für die Vergütungsjahre 2010 bis 2013 aufgeschoben gewährten Vergütungselementen noch nach und gelten insoweit fort.

Im Jahr 2014 wurde nach Ablauf der Sperrfrist die Langfristkomponente II der Jahre 2010 (zweite Tranche) sowie 2011 (erste Tranche) ausbezahlt. Hierfür wurden die im Jahr 2013 in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG umgewandelten Vergütungskomponenten (Phantom Shares) mit dem Durchschnittskurs (ermittelt wie beschrieben, 32,22 €) multipliziert. Im Jahr 2014 wurde darüber hinaus die Langfristkomponente I der Jahre 2010 (dritte Tranche), 2011 (zweite Tranche) sowie 2012 (erste Tranche) mit Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums ausgezahlt. Die entsprechende andere Hälfte der genannten Tranchen (Langfristkomponente II) wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) auf Basis des durchschnittlichen Kurswertes (Xetra-Schlusskurs) der letzten zehn Handelstage vor dem 22. März 2014 (32,22 €) umgewandelt und steht nach Ablauf der Sperrfrist zur Auszahlung im Jahr 2015 an.

Für die im Jahr 2014 am Tag der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG gesperrten Phantom Shares wurden ein Dividendenäquivalent auf der Basis der für die Deutsche Bank AG ausgeschütteten Dividende in Höhe von 0,75 € berechnet und die Phantom-Share-Anteile entsprechend erhöht. Darüber hinaus wurde die Anzahl der gesperrten Phantom Shares nach erfolgtem Abschluss der angekündigten Kapitalerhöhung der Deutschen Bank AG unter Anwendung einer anerkannten Methode zur Berechnung des Verwässerungsschutzes erhöht. Der wirtschaftliche Effekt der (Kapital-)Verwässerung errechnete sich danach auf Grundlage einer Anpassungsmetrik, in welcher der Referenzkurs (28,575 €), der Bezugspreis (22,50 €) und die Anzahl der für den Kauf einer Aktie erforderlichen Bezugsrechte (18:5) berücksichtigt wurden. Die gesperrten Phantom Shares wurden nach dieser Anpassungsmetrik um 4,85 Prozentanteile erhöht.

Weitere Regelungen

Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist implizit begrenzt durch die Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Postbank nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen variablen Vergütung (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2014

Die Hauptversammlung der Postbank hat die Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2014 mit Wirkung zum 1. Januar 2014 geändert. Das Vergütungssystem ist in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich aus einer festen, erfolgsunabhängigen Vergütung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die feste jährliche Vergütung (Grundvergütung) beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 40.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Grundvergütung.

Die Grundvergütung erhöht sich für die Mitgliedschaft und den Vorsitz in den Ausschüssen um folgende zusätzliche feste jährliche Vergütungen:

Die Mitgliedschaft im Prüfungsausschuss und im Risikoausschuss wird mit zusätzlich 30.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 60.000 € vergütet. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss, im Personalausschuss, im Vergütungskontrollausschuss und im Nominierungsausschuss wird mit zusätzlich 20.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 40.000 € vergütet. Für Mitgliedschaft und Vorsitz im Vermittlungsausschuss wird keine zusätzliche feste Vergütung gewährt.

Aus der bis zum 31. Dezember 2013 geltenden Vergütungsregelung besteht noch ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres (Referenzjahr) den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und im Nominierungsausschuss. Die Höhe der variablen Vergütung ist in zweifacher Hinsicht begrenzt: Sie darf den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht übersteigen, und die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang.

MITARBEITER

Die Postbank beschäftigte am Jahresende 2014, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 4.458 Mitarbeiter, das waren 1.575 mehr als am 31. Dezember 2013. Der Anstieg ist im Wesentlichen darin begründet, dass die in den Banking-Service-Gesellschaften eingesetzten Beamten in der Postbank ausgewiesen werden. Insgesamt liegt der Anteil der aktiven Beamten bei ca. 44 % aller Beschäftigten. Etwa 19 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation im Jahr 2014 belief sich auf rund 4,3 %. Sie lag damit leicht über dem Vorjahreswert von rund 3,5 %. Hauptgründe dafür sind Vorruhestandsvereinbarungen im Jahr 2014 sowie der Beginn des gesetzlichen Ruhestands.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 22,6 Jahren. Die Postbank entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2014

April 2014: Die Gremien der Postbank hatten zum Jahresende 2013 unter bestimmten Bedingungen einer Bündelung von Servicegesellschaften in einer Holding innerhalb des Deutsche Bank Konzerns zugestimmt. Auf Seiten der Postbank betrifft dieser Schritt die Gesellschaften Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH, Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH und BHW Kreditservice GmbH. Die Postbank ist an dieser Holding mit 50 % minus einer Stimme maßgeblich beteiligt.

Die Postbank hat eine Zweigniederlassung in Luxemburg gegründet, die am 13. Mai 2014 mit Gründungsdatum 29. April 2014 im Handelsregister in Luxemburg eingetragen worden ist. Die Tochtergesellschaft PB International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg, hat mit Wirkung zum 1. Juli 2014 das Kundengeschäft an die neu gegründete Niederlassung veräußert.

9. Juli 2014: Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG stimmt sämtlichen Beschlussvorschlägen fast einstimmig zu.

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2014

Volkswirtschaftliches Umfeld

Weltwirtschaft wächst erneut schwach

Das Wachstum der Weltwirtschaft blieb im Jahr 2014 verhalten. Dabei hat sich jedoch die konjunkturelle Lage in den Industrieländern verbessert. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verstärkte sich dort im Durchschnitt um rund einen halben Prozentpunkt. Dagegen blieb das Wachstum in den aufstrebenden Märkten hinter den Werten des Vorjahres zurück. Ursächlich hierfür waren nicht zuletzt konjunkturelle Einbrüche in einigen großen Schwellenländern, die wiederum vor allem Folge internationaler Konflikte oder rückläufiger Rohstoffpreise waren. Insgesamt ist die globale Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 – wie im Vorjahr – um 3,3 % gewachsen. Die vom IWF zu Jahresbeginn erwartete Wachstumsbeschleunigung auf 3,6 % ist damit ausgeblieben.

Der konjunkturelle Aufschwung in den USA hat sich im Jahr 2014 gefestigt. Zwar fiel der Jahresauftakt witterungsbedingt sehr schwach aus, nachfolgend nahm die Konjunktur jedoch deutlich an Fahrt auf. Die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen wurden kräftig ausgeweitet. Zugleich steigerten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben stetig. Die Exporte und Importe wurden in vergleichbarem Umfang ausgeweitet, sodass der Außenhandel die Konjunktur weder belastete noch deutliche Impulse lieferte. Der Staatsverbrauch ging nur noch leicht zurück, nachdem er das Wachstum in den Vorjahren im Zuge des fiskalischen Konsolidierungskurses noch spürbar beeinträchtigt hatte. Die Zahl der Beschäftigten stieg kräftig an, und die Arbeitslosenquote ging deutlich zurück. Trotz des schwachen Jahresauftakts beschleunigte sich das BIP-Wachstum im Jahr 2014 auf 2,4 %, blieb damit aber deutlich hinter dem von uns zu Jahresbeginn erwarteten Wert von 3,5 % zurück.

Die asiatischen Schwellenländer wiesen erneut die höchste wirtschaftliche Dynamik auf. Das BIP stieg insgesamt um 6,5 % und damit nur geringfügig schwächer als im Vorjahr. In China ließ die Exportdynamik im Vergleich zum Vorjahr nach. In der Folge gab das BIP-Wachstum auf 7,4 % nach und fiel damit auf den niedrigsten Wert seit den frühen 90er Jahren. Die Entwicklung der japanischen Wirtschaft war im Jahr 2014 durch starke Schwankungen gekennzeichnet. Grund war die kräftige Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zum zweiten Quartal. Insgesamt hat diese den privaten Verbrauch belastet. Dagegen stiegen die Exporte deutlich an. Positive Impulse lieferten auch die Bruttoanlageinvestitionen. In der Summe stagnierte das BIP im Jahr 2014, während wir ein Plus von 0,7 % erwartet hatten.

Im Euroraum stieg die Wirtschaftsleistung im Berichtsjahr kontinuierlich an. Bei Quartalswachstumsraten zwischen 0,1 % und 0,3 % verlief die konjunkturelle Erholung jedoch schleppend. Diese erfolgte aber immerhin auf einer breiten Basis. Der private Verbrauch wurde um 0,9 % gesteigert. In vergleichbarem Umfang wurde auch der Staatskonsum ausgeweitet. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen um schätzungsweise 0,7 %. Insgesamt kletterte die Binnennachfrage um 0,9 %. Auch im Außenhandel war eine Belebung zu verzeichnen, die sich in nahezu gleichem Ausmaß auf Exporte

und Importe erstreckte. In der Summe führte dies im Jahr 2014 zu einem Anstieg des BIP-Wachstums auf 0,8 %, nach einem Rückgang um 0,4 % im Vorjahr. Die Entwicklungen in den einzelnen Ländern des Euroraums verliefen dabei aber weiterhin sehr differenziert. Während sich die konjunkturelle Lage in einigen Mitgliedsstaaten spürbar verbesserte, verharrten andere in der Rezession. Die verhaltene wirtschaftliche Erholung führte auch zu einer leichten Verbesserung am Arbeitsmarkt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag aber am Jahresende mit 11,4 % immer noch auf einem sehr hohen Niveau.

Die Wirtschaftsentwicklung in Europa entsprach damit weitgehend unseren Erwartungen, wobei der Anstieg des BIP etwas geringer ausfiel, als von uns zu Jahresbeginn mit einem Wert von 1,0 % erwartet.

Konjunkturelle Abschwächung im Jahresverlauf in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft startete, unterstützt durch einen extrem milden Winter, sehr stark ins Jahr 2014. Nachfolgend geriet die Konjunktur jedoch, nicht zuletzt infolge der Verunsicherung durch internationale Konflikte, ins Stocken. Im zweiten und dritten Quartal stagnierte die Wirtschaftsleistung weitgehend, bevor sie im Schlussquartal kräftig zulegte. Vor allem aufgrund der guten Ausgangsbasis zu Jahresbeginn hat sich das BIP-Wachstum dennoch deutlich von 0,1 % im Vorjahr auf 1,6 % beschleunigt. Hierzu trug auch der Außenhandel bei. Trotz Exporteinbrüchen in einzelnen Ländern stiegen die Ausfuhren um 3,7 % und damit etwas stärker als die Importe, was nicht zuletzt der konjunkturellen Stabilisierung im Euroraum zu verdanken war. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden im Jahresdurchschnitt um 3,1 % ausgeweitet. Dabei zogen die Ausrüstungsinvestitionen zwar überdurchschnittlich stark um 3,7 % an, jedoch lagen sie infolge der Verunsicherung der Unternehmen in der zweiten Jahreshälfte unter dem Niveau des ersten Halbjahres. Die Bauinvestitionen stiegen um 3,4 %, wobei der Wohnungsbau überproportional zulegte. Gestützt wurde das Wachstum durch den privaten Verbrauch, der um 1,1 % und damit etwas stärker als im Vorjahr stieg. Er profitierte von einem etwas kräftigeren Anstieg der verfügbaren Einkommen bei gleichzeitigem Rückgang der Inflationsrate von 1,5 % auf 0,9 %. Dies ermöglichte zugleich eine leichte Erhöhung der Sparquote. Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelte sich positiv. Im Jahresdurchschnitt fiel die Zahl der Arbeitslosen um 52.000 auf 2,90 Millionen, was zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 6,9 % auf 6,7 % führte. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 371.000 auf 42,65 Millionen.

Zusammenfassend betrachtet, entsprach die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2014 weitgehend unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts.

Entwicklung an den Märkten

Die globalen Finanzmärkte wurden im Jahr 2014 durch eine Reihe von Ereignissen und Tendenzen geprägt, die immer wieder zu spürbaren Verunsicherungen führten. Zu Jahresbeginn waren dies schwache Konjunkturdaten aus China sowie die Erwartung einer weniger expansiven Geldpolitik in den USA. Ab dem Frühjahr spitzte sich dann die Russland/Ukraine-Krise zu, die sich als Belastung für die Weltwirtschaft insgesamt und für den Euroraum im Besonderen erwies. Begleitet wurde die schwächer als erwartete konjunkturelle Entwicklung ab der Jahresmitte durch einen massiven und

sich im weiteren Jahresverlauf beschleunigenden Verfall des Ölpreises. Der dadurch verursachte deutliche Rückgang der Inflationsrate wiederum veranlasste im Zusammenspiel mit der schwachen Konjunktur die EZB, ihre Geldpolitik nochmals expansiver zu gestalten.

Nach einer von starken Schwankungen geprägten Seitwärtsbewegung in den ersten Monaten zogen die Notierungen am deutschen Aktienmarkt zur Jahresmitte hin spürbar an. Treibende Kräfte des Kursaufschwungs waren in dieser Phase die deutliche Beschleunigung der US-Konjunktur sowie die Leitzinssenkung der EZB im Juni. Nachfolgend gaben die Notierungen bei nochmals zunehmender Volatilität aber deutlich nach. Für Verunsicherung sorgten vor allem schwache Konjunkturdaten aus dem Euroraum und China sowie Befürchtungen, dass die US-Notenbank ihren Leitzins früher anheben könnte, als bis dahin erwartet. Ihren Tiefpunkt erreichten die Aktienmärkte im Oktober, die dann aber im weiteren Jahresverlauf nicht zuletzt infolge der zunehmenden Erwartung auf weitere expansive geldpolitische Maßnahmen der EZB wieder deutlich zulegen konnten. Per Saldo legte der DAX im Jahresverlauf aber lediglich um 2,7 % zu. Der EURO STOXX 50 erzielte ein Plus von 1,2 %. Deutlich besser entwickelten sich unter dem Eindruck des sich dort beschleunigenden Konjunkturaufschwungs die Aktiennotierungen in den USA. Der S&P 500 kletterte um 11,4 %. Die Verunsicherung der Investoren schlug sich auch an den Märkten für Unternehmensanleihen nieder. Die Risikoaufschläge für Anleihen mit schwachen Ratings stiegen in der zweiten Jahreshälfte 2014 deutlich. Dagegen bewegten sich die Aufschläge bei Anleihen hoher Bonität das gesamte Jahr über auf konstant niedrigem Niveau.

Die Verwerfungen im Bereich der Staatsanleihen der EU-Mitgliedsstaaten bildeten sich 2014 weiter zurück. Die Renditen langfristiger Staatsanleihen Irlands, Spaniens, Italiens und Portugals fielen auf historische Tiefstände. Zugleich bildeten sich die Renditeaufschläge gegenüber Bundesanleihen weiter zurück, wobei zwischenzeitliche Rückschläge infolge einer allgemeinen Verunsicherung der Investoren sowohl hinsichtlich ihres Ausmaßes als auch ihrer zeitlichen Dauer eng begrenzt blieben. Zu der Einengung der Renditeaufschläge trug insbesondere die nochmals expansivere Geldpolitik der EZB bei. Zudem gelang zunächst Irland und anschließend Portugal die erfolgreiche Rückkehr an die Kapitalmärkte, sodass beide Länder die EU-Anpassungsprogramme verlassen konnten. Eine Ausnahme bildete Griechenland. Nachdem die Risikoaufschläge für griechische Staatsanleihen in der ersten Jahreshälfte noch deutlich gesunken waren, legten sie in den letzten Monaten des Jahres wieder kräftiger zu. Ursächlich war eine gestiegene politische Unsicherheit. Da es nicht gelang, einen neuen Staatspräsidenten zu wählen, musste eine vorzeitige Neuwahl des Parlaments ausgeschrieben werden. Dies schürte die Furcht, dass eine neue Regierung das mit EU und IWF ausgehandelte Anpassungsprogramm aufkündigen könnte.

Aufgrund der deutlich fallenden Inflationsrate, eines sehr verhaltenen Inflationsausblicks und der weiterhin schwachen Kreditvergabe ergriff die EZB im Verlauf des Jahres 2014 zusätzlich expansive geldpolitische Maßnahmen. Im Juni reduzierte sie ihren Hauptrefinanzierungssatz von 0,25 % auf 0,15 %. Zugleich senkte sie den Einlagensatz um 0,1 Prozentpunkte auf -0,1 %, womit dieser erstmals negativ wurde, und den Spitzenrefinanzierungssatz um 0,35 Prozentpunkte auf 0,4 %. Zudem beschloss sie eine Serie zweckgebundener

Langfristender (TLTRO), in deren Rahmen sich die Banken des Euroraums zu sehr günstigen Konditionen Liquidität mit einer Laufzeit bis September 2018 beschaffen können. Die Inanspruchnahme der beiden ersten TLTROs, die im September und im Dezember 2014 durchgeführt wurden, fiel allerdings mäßig aus und blieb hinter den Erwartungen zurück. Im September senkte die EZB ihre Leitzinsen um weitere 0,1 Prozentpunkte, wodurch der Hauptrefinanzierungssatz auf das bisherige Rekordtief von 0,05 % fiel und der Einlagensatz auf –0,2 %. Zudem beschloss sie den Ankauf von Asset-Backed Securities (ABS) und gedeckten Schuldverschreibungen. Als Ziel all dieser vorgenannten Maßnahmen nannte die EZB eine Ausweitung ihrer Bilanzsumme auf das Niveau von Anfang 2012. Infolge der expansiveren Geldpolitik gaben die Geldmarktzinsen deutlich nach. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2014 mit 0,08 % um 0,21 Prozentpunkte niedriger als zum Vorjahresresultimo.

Die US-Notenbank Fed hielt ihren Leitzins konstant in der Spanne von 0 % bis 0,25 %. Das Volumen von Anleihen, das die Fed im Rahmen des sogenannten „Quantitative Easing“ monatlich ankauft, reduzierte sie von 85 Mrd US \$ im Jahr 2013 mit Wirkung zum Januar 2014 erstmals auf 75 Mrd US \$. Auf seinen nachfolgenden Sitzungen beschloss das Offenmarktkomitee FOMC dann jeweils weitere Absenkungen. Im Oktober wurde das Ankaufprogramm beendet.

Die expansiven Maßnahmen der EZB und die deutlich sinkenden Inflationserwartungen führten 2014 zu einem sehr kontinuierlichen und in der Summe massiven Rückgang der Kapitalmarktzinsen im Euroraum. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen fiel bis zum Jahresende auf das Rekordtief von 0,54 % (Vorjahr: 1,93 %). Bis in den Restlaufzeitenbereich von vier Jahren wurde die laufende Rendite von Bundesanleihen sogar negativ. Bei einem deutlich geringeren Rückgang der Geldmarktzinsen ist die Zinskurve in Deutschland dadurch im Verlauf des Jahres 2014 viel flacher geworden.

Die Rendite zehnjähriger US-Staatsanleihen gab trotz der anziehenden Konjunktur ebenfalls deutlich nach. Die allmähliche Rückführung der Anleihekäufe durch die Fed hatte nicht den befürchteten Rückgang der Nachfrage zur Folge. Zudem profitierte der US-Anleihemarkt ebenfalls von einer sinkenden Inflationsrate. Zum Jahresende lag die Rendite zehnjähriger US-Treasuries mit 2,17 % um 0,86 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Bei kaum veränderten Geldmarktsätzen ist dadurch auch die US-Zinskurve deutlich flacher geworden.

Die unterschiedlichen geldpolitischen Kurse der EZB und der Fed hatten deutliche Auswirkungen auf das Austauschverhältnis zwischen Euro und Dollar. Nachdem sich der Euro in der ersten Jahreshälfte noch in einer Bandbreite von 1,35 US \$ und gut 1,39 US \$ bewegt hatte, geriet er ab der Jahresmitte und verstärkt dann ab September unter Abwertungsdruck. Bis zum Jahresende fiel er auf rund 1,21 US \$. Damit hat er gegenüber dem Vorjahr um 12,2 % abgewertet.

Die Entwicklung an den Märkten entsprach in wesentlichen Teilen nicht unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts. Wir waren für 2014 von einer leichten Erhöhung der Kapitalmarktzinsen in Deutschland ausgegangen. Bei den Geldmarktzinsen hatten wir mit einer Seitwärtsbewegung gerechnet. Hinsichtlich der Zinskurve hatten wir damit eine leichte Versteilerung erwartet. Eine weitere Absenkung des Hauptrefinanzierungssatzes der EZB

hatten wir zwar nicht erwartet, aber bei einer nochmals sinkenden Inflationsrate nicht ausgeschlossen.

Branchensituation

Die Übernahme der direkten sowie indirekten Bankenaufsicht durch die EZB und das sich weiter verschärfende Niedrigzinsumfeld waren die dominierenden Themen für den europäischen Bankensektor im Jahr 2014.

Im April 2014 verabschiedete das Europaparlament die EU-Richtlinie zur Harmonisierung nationaler Einlagensicherungssysteme. Guthaben von Sparern bis zu einem Betrag von 100.000 € bleiben nun bei einer Restrukturierung oder Abwicklung einer Bank unangetastet.

Im Vorfeld der Übernahme der Bankenaufsicht unterzog die EZB die wichtigsten europäischen Institute einem Asset Quality Review (AQR) und einem Stresstest. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen wurden am 26. Oktober 2014 veröffentlicht. Von den 130 europaweit geprüften Instituten wiesen 13 Banken Kapitallücken nach AQR sowie Stresstest auf. Alle 24 getesteten deutschen Banken haben die Prüfungen dagegen mit ihren Kernkapitalausstattungen zum genannten Veröffentlichungstermin bestanden.

Zum 4. November 2014 hat die EZB die direkte Kontrolle über die 123 wichtigsten und relevantesten Kreditinstitute des Euroraums übernommen. Hierzu zählen 21 deutsche Institute. Die übrigen Banken des Euroraums werden im Auftrag der EZB von den jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörden, in Deutschland sind dies BaFin und Deutsche Bundesbank, beaufsichtigt.

Das EU-Parlament hat im Dezember 2014 die Modalitäten der Bankenabgabe beschlossen. Mit ihr soll der Single Resolution Fund (SRF) bis 2024 auf ein Volumen von rund 55 Mrd € befüllt werden. Die Mittel des SRF sollen zur Abwicklung bzw. Sanierung von notleidenden Banken der Eurozone eingesetzt werden. Die Bankenabgabe wird ab 2016 von den Kreditinstituten der Eurozone abgeführt.

Global systemrelevante Banken sollen künftig Verlustabsorptionskapital (Total Loss Absorbency Capacity – TLAC) in Höhe von 16 % bis 20 % ihrer Risikoaktiva vorhalten. Dies soll gewährleisten, dass global systemrelevante Institute im Bedarfsfall über ausreichend haftendes Kapital verfügen, um eine geordnete Abwicklung ohne Rückgriff auf staatliche Mittel bzw. eine Gefährdung des Finanzsystems zu ermöglichen. Das TLAC soll neben dem Eigenkapital aus nachrangigen Verbindlichkeiten bestehen, die bei Bedarf in Eigenkapital umgewandelt werden können. Der Finanzstabilitätsrat rechnet mit der Festlegung der endgültigen Höhe des TLAC Anfang 2015 und dem Inkrafttreten zum 1. Januar 2019. Die Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD) regelt für ihre europäischen Mitgliedsländer die Mindestanforderungen an Eigenkapital und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, die Banken gemäß der Kennziffer Minimum Requirement for Eligible Liabilities (MREL) vorhalten müssen. Wie mit TLAC soll auch durch MREL sichergestellt werden, dass Kreditinstitute ausreichend Kapital vorhalten, das im Bedarfsfall für ihre Abwicklung bzw. Sanierung eingesetzt werden kann. Quoten wurden bisher noch nicht definiert. Aktuell wird eine Harmonisierung mit den TLAC-Quoten erörtert.

Die Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, kennzeichnet den deutschen Bankenmarkt weiterhin. Im Jahr 2014 waren keine nennenswerten Verschiebungen zwischen bzw. innerhalb der einzelnen Säulen zu beobachten.

Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite wurde im Jahr 2014 um 1,3 % auf 2.385 Mrd € ausgeweitet. Damit hat sich das Kreditwachstum, bereinigt um Veränderungen in der statistischen Zuordnung, gegenüber dem Vorjahr leicht beschleunigt. Dabei erhöhte sich das Volumen der Kredite an Unternehmen um 1,0 % auf 902 Mrd €, nachdem es im Vorjahr, ebenfalls bereinigt um Veränderungen in der statistischen Zuordnung, leicht gefallen war. Die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen kletterten um 0,5 % auf 390 Mrd €, nachdem es im Vorjahr zu einem marginalen Rückgang gekommen war. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich 2014 um 1,8 % auf 1.079 Mrd €. Der Zuwachs lag damit über der Steigerung im Jahr 2013. Hierunter wiederum wurden die Wohnungsbaukredite um 2,3 % auf 856 Mrd € gesteigert. Im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten für Privatkunden war 2014 eine Steigerung um 2,7 % zu verzeichnen. In der insgesamt moderaten Belegung des Kreditgeschäfts spiegelt sich vor allem die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums wider.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und November des Jahres 2014 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreswert kräftig um 5,6 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gab dabei um 8,5 % nach. Der hier bereits in den Vorjahren registrierte positive Trend setzte sich damit fort. Die konjunkturelle Verbesserung sowie das sehr niedrige Zinsniveau dürften hierzu beigetragen haben. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließlich der Insolvenzen ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um 4,7 %, nachdem es bereits in den Vorjahren zu ähnlich kräftigen Rückgängen gekommen war. Die weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit dürfte sich erneut positiv ausgewirkt haben.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir wie gewohnt die drei im Prime Standard Banken der Deutschen Börse gelisteten Banken sowie die Postbank berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2014 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle vier Institute weisen sowohl vor als auch nach Steuern Überschüsse aus. Drei der vier Banken steigerten sogar ihren Überschuss vor und nach Steuern im Vergleich zur Vorjahresperiode. Mehrheitlich sahen sich die Kreditinstitute mit einem rückläufigen Provisionsergebnis konfrontiert. Jeweils die Hälfte von ihnen wies einen Anstieg des Zinsergebnisses, eine Verbesserung des Handelsergebnisses bzw. eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands im genannten Zeitraum aus. Die Aufwand-Ertrags-Quote konnten zwei Kreditinstitute verbessern, und die Eigenkapitalrendite nach Steuern, die nur von drei Banken veröffentlicht wurde, erhöhte sich bei zwei Instituten.

Der DAX erreichte im Gesamtjahr 2014 eine Performance von 2,7 %. Die Dividendenpapiere der beiden im deutschen Leitindex gelisteten Banken verzeichneten dagegen im genannten Zeitraum Kursrückgänge.

GESCHÄFTSVERLAUF

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2014 hat die Postbank trotz der anhaltend schwierigen Marktbedingungen ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 117 Mio € erzielt. Dies entspricht einem Anstieg von 33 Mio € gegenüber dem Vorjahresergebnis von 84 Mio €.

Nach Abzug der Steuern und vor Ergebnisabführung beträgt der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 15 Mio € (Vorjahr: 151 Mio €). Entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wird die Postbank den gesamten Gewinn an die DB Finanz-Holding GmbH abführen.

Ursächlich für die Verbesserung des Vorsteuerergebnisses war insbesondere der Anstieg des beizulegenden Zeitwerts der im Geschäftsjahr 2013 im Rahmen des Contractual Trust Arrangements (CTA) übertragenen Vermögenswerte zur Deckung der Pensionsverpflichtungen. Die Aufwendungen für erwartete bzw. bereits erfolgte Rückerstattungen von Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen konnten hierdurch weitgehend aufgefangen werden. Nach Sichtung der eingegangenen Rückforderungen erwarten wir für 2015 keine weiteren nennenswerten Belastungen.

Weitere Belastungen entstanden durch Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung, wovon ein Großteil für Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds entstanden sind. Der Vertrieb dieser Fonds wurde im Jahr 2012 eingestellt.

Aufgrund des anhaltenden historisch niedrigen Zinsniveaus ist der um Sondereffekte bereinigte Zinsüberschuss entsprechend unseren Erwartungen niedriger als im Vorjahr ausgefallen.

Der erwartungsgemäße leichte Anstieg der um Sondereffekte bereinigten Verwaltungsaufwendungen ist im Wesentlichen auf höhere Kommunikations- und Marketingaufwendungen zurückzuführen.

Das Bewertungsergebnis bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve hat sich entgegen unserer Erwartung aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus weiterhin positiv entwickelt.

Mit Wirkung zum 1. Juli 2014 wurde das operative Geschäft der bisherigen Tochtergesellschaft PB International S.A. in Luxemburg (PBI) in eine neue Niederlassung der Postbank in Luxemburg übertragen. Die daraus resultierenden wesentlichen Effekte werden gesondert dargelegt.

Wie erwartet, ist das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft entsprechend der geplanten Ausweitung des Kerngeschäfts spürbar angestiegen.

Ertragslage

Die Positionen im Einzelnen

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2014 (einschließlich laufender Erträge und Erträge aus Gewinnabführungsverträgen) liegt mit 2.644 Mio €, entgegen unseren Erwartungen, über dem Vorjahreswert von 2.452 Mio €. Trotz der weiter vorherrschenden Marktbedingungen mit historisch niedrigen

Zinssätzen ist der Zinsüberschuss aufgrund ausgelaufener hochverzinslicher Verbindlichkeiten, weggefallener negativer Sondereffekte des Vorjahres sowie positiver Sondereffekte im Berichtsjahr angestiegen. Wesentliche Sondereffekte in der Berichtsperiode sind Erträge aus dem Rückkauf von eigenen Schuldverschreibungen der BHW Bausparkasse AG in Höhe von 25 Mio € sowie weitere 15 Mio € Erträge aus internen Leistungsverrechnungen mit unserer Tochtergesellschaft PB International S.A., Luxemburg (PBI). Zudem beeinflusste die Übertragung des operativen Geschäfts der Tochtergesellschaft PBI in die neu gegründete Niederlassung in Luxemburg den Zinsüberschuss mit 35 Mio € positiv.

Der Zinsüberschuss aus Wertpapieren ist im Berichtsjahr um 26 Mio € gestiegen. Durch die Übernahme der Wertpapiere der Tochtergesellschaft PBI in die neue Niederlassung in Luxemburg hat sich das Zinsergebnis aus Wertpapieren um 49 Mio € erhöht. Ohne Berücksichtigung dieses Sondereffektes ist der Zinsüberschuss aus Wertpapieren aufgrund des planmäßigen Abbaus sowie des niedrigen Zinsniveaus weiterhin rückläufig.

Aus der vorzeitigen Terminierung von Derivaten sind Zinserträge von 65 Mio € (Vorjahr: Aufwendungen –4 Mio €) entstanden.

Die laufenden Erträge in Höhe von 103 Mio € (Vorjahr: 200 Mio €) bestehen im Wesentlichen aus den erhaltenen Gewinnausschüttungen der Tochtergesellschaften PB International S.A. (61 Mio €) und der P.O.S. Transact GmbH (9 Mio €) sowie der Garantiedividende (22 Mio €). Aufgrund eines zwischen der PBC Banking Services GmbH und ihrer Mehrheitsgesellschafterin Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG (DB PGK) existierenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags garantiert die DB PGK der Postbank während der Laufzeit des Vertrags eine jährliche Ausgleichszahlung („Garantiedividende“) gemäß § 304 AktG.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen belaufen sich auf 242 Mio € (Vorjahr: 202 Mio €) und betreffen im Wesentlichen die Postbank Filialvertrieb AG (82 Mio €), die BHW Holding AG (49 Mio €), die PB Factoring GmbH (41 Mio €), die Postbank Beteiligungen GmbH (36 Mio €) und die Postbank Systems AG (31 Mio €).

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss verzeichnete entgegen unseren Erwartungen einen Rückgang um 30 Mio € auf 408 Mio €. Der Rückgang des Provisionsüberschusses ist insbesondere auf die Änderung der Gebührenstruktur bei Kundenbenachrichtigungsentgelten und den Wegfall der Bearbeitungsentgelte für Ratenkredite und private Baufinanzierungen zurückzuführen.

Nettoertrag des Handelsbestands

Für das Geschäftsjahr 2014 weist die Postbank einen Nettoertrag des Handelsbestands von 17 Mio € aus (Vorjahr: Nettoaufwand 12 Mio €).

Dieses Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus Handelstätigkeiten im Zusammenhang mit der Aussteuerung der Fremdwährungsrisiken. Daraus wurde ein positiver Ergebnisbeitrag von insgesamt 11 Mio € (Vorjahr: 0,2 Mio €) erzielt. Davon entfallen auf die Niederlassung in Luxemburg 3 Mio €. Aus den im Handelsbestand geführten Zinsderivaten resultiert ein

positiver Ergebnisbeitrag von 12 Mio € (Vorjahr: –9 Mio €). Diesem steht ein Risikoabschlag (inklusive Credit/Debt Valuation Adjustment) auf den Handelsbestand auf Derivate in Höhe von 3 Mio € belastend entgegen.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB wurden 3 Mio € aus dem Nettoertrag aus Handelsgeschäften in den Fonds für allgemeine Bankrisiken eingestellt.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen (inklusive Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte) reduzierten sich spürbar um 426 Mio € auf 2.239 Mio € (Vorjahr: 2.665 Mio €).

Der Personalaufwand verminderte sich auf 617 Mio € (Vorjahr: 667 Mio €). Der Rückgang ist auf geringere personalbezogene Rückstellungen zurückzuführen.

Der Sachaufwand verzeichnete mit 1.622 Mio € einen Rückgang um 375 Mio € gegenüber dem Vorjahr und ist im Wesentlichen auf eine im Berichtsjahr erfolgte Ausweiseränderung von Kostenerstattungen für die von den Servicegesellschaften erbrachten Leistungen in Höhe von –439 Mio € vom Sachaufwand in den sonstigen Aufwand zurückzuführen. Der bereinigte Sachaufwand ist entsprechend unseren Erwartungen leicht angestiegen.

Im Berichtsjahr wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 14 Mio € auf das erworbene Fondsgeschäft der ehemaligen BHW Bank vorgenommen.

Bewertungsergebnis

Die Risikovorsorge für Wertpapiere der Liquiditätsreserve profitierte von den historisch niedrigen Zinsen, sodass im Berichtsjahr ein Ergebnis von 23 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €) verzeichnet werden konnte. Den erwarteten Belastungen standen positive Effekte gegenüber. So wurden realisierte Verluste aus der Veräußerung von Wertpapieren in Höhe von –4 Mio € durch Gewinne von 12 Mio € überkompensiert. Die Zuschreibungen auf Rentenpapiere von 37 Mio € konnten die Abschreibungen in Höhe von –21 Mio € überkompensieren.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist entsprechend unseren Erwartungen spürbar um –87 Mio € auf –266 Mio € angestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus einer geplanten Ausweitung im Kerngeschäft sowie im Geschäftsjahr durchgeführten Parameteranpassungen.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere

Im Berichtsjahr wurden im Wesentlichen Abschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert der Postbank Filialvertrieb AG (–582 Mio €) vorgenommen.

Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren

Die Erträge enthalten im Wesentlichen Buchgewinne aus der Kapitalherabsetzung der PB International S.A. in Höhe von 318 Mio € und die im Rahmen der Einbringung der Anteile an den Servicegesellschaften in die PBC Banking Services GmbH entstandenen Gewinne von 182 Mio €.

Sonstiges Ergebnis

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen (inklusive sonstiger Steuern) beträgt im Berichtsjahr –117 Mio € (Vorjahr: 335 Mio €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen die Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen für Beamtenbezüge in Höhe von 261 Mio € (Vorjahr: 266 Mio €), Erträge aus der Bewertung des Deckungsvermögens in Höhe von 186 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 77 Mio € (Vorjahr: 37 Mio €) sowie Mieterträge in Höhe von 71 Mio € (Vorjahr: 63 Mio €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen insbesondere die Aufwendungen für erbrachte Dienstleistungen der Servicegesellschaften in Höhe von –446 Mio €, Aufwendungen für die erwartete bzw. bereits erfolgte Rückerstattung von Bearbeitungsentgelten bei Verbraucherdarlehen in Höhe von –128 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €), Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen für geschlossene Fonds in Höhe von –113 Mio € (Vorjahr: –35 Mio €) sowie Drohverlustrückstellungen für schwebende Geschäfte in Höhe von –56 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €). Darüber hinaus betreffen die Aufwendungen Gerichts- und Prozesskosten in Höhe von 21 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €) sowie die Vergütungen an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation in Höhe von 9 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €).

Außerordentliches Ergebnis

Der bei Einführung des BilMoG am 1. Januar 2010 ermittelte Unterschiedsbetrag aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen war über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 2024 zuzuführen. Im Geschäftsjahr 2014 wurde der gesamte restliche Unterschiedsbetrag von 15 Mio € zugeführt (Vorjahr: 15 Mio €).

Ergebnis vor Steuern

Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein Ergebnis vor Steuern und Gewinnabführung in Höhe von 117 Mio € nach 84 Mio € im Vorjahr ausgewiesen. Das prognostizierte ausgeglichene Ergebnis konnte aufgrund positiver Einmaleffekte sowie der Übertragung des operativen Geschäfts der Tochtergesellschaft PB International S.A. in Luxemburg auf die neue Niederlassung der Postbank in Luxemburg deutlich getroffen werden.

Ertragsteuern

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag belaufen sich auf 102 Mio € (Vorjahr: Ertrag 67 Mio €). Der Steueraufwand im Jahr 2014 resultiert aus den unter der Geltung des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags rechtlich geschuldeten Steuern für das laufende Jahr (einschließlich der Niederlassungen in Großbritannien und Luxemburg) sowie aus Steuern für Vorjahre.

Jahresüberschuss

Die Postbank weist für das Geschäftsjahr 2014 nach Abführung eines Gewinns von 15 Mio € an die DB Finanz-Holding GmbH ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

Vermögens- und Finanzlage**Bilanzentwicklung****Bilanzsumme**

Die Bilanzsumme der Postbank betrug zum 31. Dezember 2014 133,1 Mrd €, ein Rückgang von 6,6 Mrd € gegenüber dem Vorjahreswert von 139,7 Mrd €.

Die Entwicklung der Aktivseite der Bilanz war hauptsächlich geprägt durch die Reduzierung des Handelsbestands aufgrund des erstmals im Geschäftsjahr 2014 angewandten Nettings von Zinsderivaten, die mit einem zentralen Kontrahenten abgeschlossen wurden, sowie durch den Rückgang von Termingeldern und Tagesgeldern an verbundene Unternehmen. Demgegenüber ist der Bestand an Wertpapieren durch die Übertragung der operativen Geschäftstätigkeit der bisherigen Tochtergesellschaft PBI in die neue Niederlassung der Postbank in Luxemburg gestiegen. Auf der Passivseite reduzierte sich der Bestand von Schuldverschreibungen durch Fälligkeiten.

Forderungen an Kunden

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 werden Forderungen an Kunden in Höhe von 66,5 Mrd € ausgewiesen, ein Zuwachs von 1,8 Mrd € gegenüber dem Vorjahr. Die Zunahme ist im Wesentlichen auf die Übernahme der Vermögensgegenstände der PBI, die mit Wirkung zum 1. Juli 2014 das Kundengeschäft auf die neue Zweigniederlassung in Luxemburg übertragen hat, zurückzuführen. Durch die Übernahme haben sich insbesondere die Bestände bei den Schuldscheindarlehen (0,8 Mrd €) und den gewerblichen Finanzierungen (0,6 Mrd €) erhöht.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Geld- und Kapitalmarktanlagen, die aus Forderungen an Kreditinstitute, Anlagen im Handelsbestand und Schuldverschreibungen bestehen, beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 56,5 Mrd € (Vorjahr: 65,2 Mrd €).

Der Anstieg des Wertpapierbestands ist auf die Übernahme des Wertpapierbestands der PBI (3,7 Mrd €) durch die Postbank Niederlassung in Luxemburg zurückzuführen.

Die Forderungen an Kreditinstitute verminderten sich um 6,8 Mrd € auf 27,0 Mrd €. Dieser Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute ist insbesondere auf reduzierte Tagesgeld- und Termingeldbestände zurückzuführen.

Der Handelsbestand betrug am Bilanzstichtag 0,7 Mrd € (Vorjahr: 5,7 Mrd €) und beinhaltet im Wesentlichen positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten. Der deutliche Rückgang des Bilanzvolumens von derivativen Finanzinstrumenten resultiert aus dem im Geschäftsjahr erstmals angewandten Netting für Zinsderivate mit zentralen Kontrahenten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Zum Bilanzstichtag beliefen sich die gesamten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden auf 101,0 Mrd € und lagen damit nahezu auf Vorjahresniveau. Die Erhöhung der Sichteinlagen um 2,8 Mrd € wurde durch die gegenläufige Entwicklung bei Spareinlagen (–1,9 Mrd €) und bei Namenspapieren (–0,3 Mrd €) kompensiert.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, bestehend aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und dem Handelsbestand, beliefen sich auf 21,6 Mrd € (Vorjahr: 28,6 Mrd €).

Der Ausweis der Nettoposition von Zinsderivaten mit zentralen Gegenparteien führte zu einem Rückgang des Handelsbestands. Hier werden aktuell ausschließlich negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 0,9 Mrd € auf 16,8 Mrd € resultiert im Wesentlichen aus Tagesgeldern.

Der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten hat sich aufgrund von Fälligkeiten um 2,6 Mrd € auf 4,6 Mrd € vermindert.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Berichtsjahr wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB 244 Mio € zugeführt. Zudem erfolgte die Zuführung gemäß der Vorgabe des § 340e Abs. 4 HGB in Höhe von 3 Mio €. Danach wies der Fonds für allgemeine Bankrisiken zum Jahresende einen Betrag von 2.270 Mio € aus.

Eigenkapital

Das Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2014 unverändert 2.740 Mio €.

Aufsichtsrechtliche Kapitalquoten

Die Postbank erstellt die entsprechenden Einzelinstitutsmeldungen und erfüllt ihre darüber hinausgehenden Meldepflichten gemäß CRR/CRD IV.

Unter Zugrundelegung des zuletzt testierten Jahresabschlusses (31. Dezember 2013) beträgt die gemeldete harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) zum Jahresende 2014 9,7 %. Ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) beträgt die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) zum Jahresende 2014 9,2 %. Die Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) beträgt zum Jahresende 2014 15,0 %. Ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) beträgt die Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio) zum Jahresende 2014 14,8 %.

Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) auf Basis der aktuellen Kapitalpositionen per 31. Dezember 2014 unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) beträgt 10,4 %¹. Ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) beträgt die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) zum Jahresende 2014 9,6 %¹. Die Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) beträgt zum Jahresende 2014 15,9 %¹. Ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) beträgt die Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio) zum Jahresende 2014 15,3 %¹.

Zur Finanzlage verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2014

Die Investitionen der Postbank werden nach den Kategorien „Regulatorisch“, „Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit“, „Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit“ und – mit Blick auf die Integration in den Deutsche Bank Konzern – „Integration“ gegliedert.

2014 bildeten insbesondere regulatorisch bedingte Investitionen den Schwerpunkt. Darunter fallen die Sicherstellung der SEPA-Fähigkeit (Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum), die Erfüllung regulatorischer Anforderungen, z. B. aus Basel III, Liquiditätsanforderungen und der Novellierung des Pfandbriefgesetzes.

Die Investitionen in den „Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit“ des Jahres 2014 betrafen in erster Linie bauliche Maßnahmen sowie Maßnahmen in Verbindung mit der Kooperation mit der Deutschen Post. 2014 konzentrierten sich die Investitionen im „Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit“ vor allem auf Projekte im Bereich Digitalisierung und der Schließung des Bargeldkreislaufs in einem Teil der Filialen.

Entgegen unserer Prognose gingen die integrationsbedingten Aufwendungen von 182 Mio € 2013 auf 147 Mio € im Jahr 2014 zurück.

Gesamtaussage Geschäftslage 2014

Die Vermögens-, Finanz und Ertragslage der Postbank ist trotz der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen weiterhin sehr stabil mit einem Gewinn vor Steuern in Höhe von 117 Mio €. Dies ist maßgeblich auf die Entwicklung unseres – nachhaltig wenig schwankungsanfälligen – Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden zurückzuführen. Die Vermögenslage ist unverändert geprägt durch das Kreditgeschäft. Entsprechend unserer De-Risking-Strategie, wurde der Bestand an Finanzanlagen nach Berücksichtigung der Sonder Sachverhalte weiter reduziert.

Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Das RoE vor Steuern beträgt 1,7 % (Vorjahr: 1,8 %). Die Cost Income Ratio konnten wir deutlich auf 72,4 % (Vorjahr: 91,9 %) verbessern. Die Liquiditätskennziffer beträgt 1,92 % (Vorjahr: 1,93 %).

Das Ergebnis der im Jahr 2014 durchgeführten Mitarbeiterbefragung zur Dimension Commitment hat sich gegenüber dem entsprechenden Ergebnis aus dem Jahr 2013 positiv entwickelt. Der Zustimmungswert hat sich deutlich erhöht, sodass sich die Mitarbeiterzufriedenheit nachhaltig verbessert hat. Diese Entwicklung führen wir insbesondere auf die vielfältigen Maßnahmen zur Umsetzung des Leitbildes und der Werte der Postbank sowie der Postbank Agenda im Jahr 2014 zurück.

Die Auswertung der Befragung zur Kundenzufriedenheit für das Jahr 2014 führte zu einer leichten Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Hierzu haben u. a. Maßnahmen zu Performanceverbesserungen beim Telefon-Banking (z. B. neues Voice Portal/ neue Telefonie-Steuerung) und Online-Banking (Funktionalität/Usability/Verbesserungen bei den Interaktionsangeboten, z. B. E-Mail-Service) sowie Maßnahmen zur Verbesserung von kundenwirksamen Back-up-Prozessen beigetragen.

NACHTRAGSBERICHT

Vom 31. Dezember 2014 bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses durch den Vorstand am 25. Februar 2015 fielen keine berichtspflichtigen Vorgänge an.

CHANCENBERICHT

Niedriges Zinsniveau stimuliert die private Kreditnachfrage

Das aktuell historisch niedrige Zinsniveau hat zu einer erhöhten Konsumneigung der Privatkunden geführt. Zudem stimulieren die niedrigen Zinsen die Nachfrage nach privater Wohnungsbaufinanzierung. Die Postbank hat hiervon 2014 durch ein anhaltend reges Neugeschäft bei Konsumentenkrediten (2,3 Mrd €) und bei Wohnungsbaukrediten (4,8 Mrd €) weiter profitieren können. Im Gegensatz hierzu entwickelten sich die Einlagen im Spargeschäft der Postbank mit -4,3 % weiter rückläufig.

Kaufkraft in Deutschland kann weiter steigen

Eine Reihe von Faktoren könnte die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung weiter steigern und damit das Privatkundengeschäft der Postbank begünstigen. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und erwartete höhere Tarifabschlüsse in Verbindung mit niedrigen Energiepreisen können auf kurze Sicht zu einem spürbaren Anstieg der Realeinkommen und damit zu einem erhöhten Konsumentenvertrauen in Deutschland führen. Auf mittlere bis lange Sicht könnten sich diese Faktoren allerdings auch hemmend auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken.

Richtungswechsel in der Geldpolitik kurzfristig nicht wahrscheinlich

Eine kurzfristige Wendung der Europäischen Zentralbank hin zu einer restriktiveren Zinspolitik ist nach den am 22. Januar 2015 gefassten Beschlüssen nicht zu erwarten. Vielmehr wurde auf Sicht eine deutlich expansivere Geldpolitik initiiert. Dieses Szenario könnte sich allerdings durch Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung der Eurozone und insbesondere über die langfristige Refinanzierung des Verbunds bzw. seiner Mitgliedsländer dramatisch ändern, sofern sogenannte Eurobonds oder ähnliche Konstrukte für eine kollektive (Teil-)Refinanzierung der Mitgliedsländer in der Eurozone in Erwägung gezogen werden sollten.

Eine gemeinsame (Teil-)Verschuldung in der Eurozone würde unmittelbar zu erhöhten Zinsen für und in Deutschland führen. Kurzfristig wäre hiervon ein Anstieg der privaten Kreditnachfrage, insbesondere nach Wohnungsbaukrediten mit längerer Festzinsbindung, zu erwarten. Aufkommende Unsicherheiten über die weitere Zinsentwicklung würden sich wahrscheinlich in Form von erhöhten Langfristzinsen von Prämien für das enthaltene Zinsrisiko und damit positiv auf die Margen im Kundengeschäft auswirken.

Zusätzlich würde ein Richtungswechsel in der europäischen Geldpolitik als verändertes Makroszenario zu neuen Überlegungen für die Positionierung privater Vermögensanlagen und damit zu einer Förderung des Provisionsgeschäfts beitragen.

Den kurzfristigen Chancen für Verbesserungen der Erträge und Aufwendungen der Postbank aufgrund der oben genannten möglichen Entwicklungen sind auf mittlere und längere Sicht Risiken entgegenzustellen, die insbesondere im Bereich der Kredit-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken auftreten werden.

RISIKOBERICHT

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Der Schwerpunkt des Risikoprofils der Postbank liegt auf den Kredit- und Einlagengeschäften mit Privat- und Firmenkunden. Aufgrund der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und der positiven Entwicklung zahlreicher Credit Spreads lag der Fokus im Risikomanagement der Postbank 2014 primär auf dem Umgang mit Geschäftsrisiken und Operationellen Risiken, während im Vorjahr noch Markt- und Kreditrisiken im Vordergrund gestanden hatten. Das Risikoprofil der Postbank in Bezug auf die Operationellen Risiken ist maßgeblich bestimmt durch ihre strategische Positionierung als Multikanalbank mit einem flächendeckenden Filial- und Servicenetz sowie einer marktführenden Stellung im Electronic Banking in Deutschland. Hierdurch ist die Postbank einer erhöhten latenten Bedrohung durch betrügerische Angriffe von außen ausgesetzt.

Die aus dem Anlagebuch der Bank resultierenden Marktrisiken lagen zum Jahresultimo 2014 – bei unverändert geringen Zins- und Spread-Volatilitäten an den europäischen Anleihemärkten – leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Die Handelsbuchaktivitäten wurden im Berichtsjahr vollständig eingestellt. Das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden wurde von einem gegenüber den Vorjahren besseren konjunkturellen Umfeld in Deutschland begünstigt, das vor allem gestützt wurde durch die nach wie vor gute Situation am Arbeitsmarkt, die Immobilienpreisentwicklung sowie die Entwicklung der deutschen Industrie. Auch die nachhaltigen risikoreduzierenden Maßnahmen der Bank trugen zu einer positiven Entwicklung der Risikovorsorge bei.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell für die Postbank nicht erkennbar. Eine von unseren derzeitigen Annahmen deutlich abweichende, negativere Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise, verbunden mit einer spürbaren Eintrübung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, könnte jedoch die Entwicklung des Bankensektors insgesamt und so auch die der Postbank beeinträchtigen.

Gesamtbankrisiko

Die Risikonahme zur Ergebniszielung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im Jahr 2014 sind die für Markt-, Kredit- und Operationelle Risiken festgesetzten Limite auf Gruppenebene stets eingehalten worden. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit erfolgt auf Ebene der Postbank Gruppe und umfasst folglich die Deutsche Postbank AG. Die Risikotragfähigkeit der Postbank war jederzeit gegeben.

Kreditrisiken

Die Risikovorsorge lag im Berichtsjahr aufgrund des weiterhin positiven Verlaufs im Kundengeschäft – auch zurückzuführen auf ein vorteilhaftes makroökonomisches Umfeld, gute Verwertungserlöse im Rahmen der Sicherheitenverwertung in der Baufinanzierung sowie ein konsequentes Risikomanagement – deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Für das Jahr 2015 erwarten wir eine stabile Entwicklung der Risikosituation, einhergehend mit einem weiterhin positiven makroökonomischen Umfeld.

Marktrisiken

Das Marktrisiko der Postbank wird insbesondere von der Zins- und der Credit-Spread-Entwicklung an den europäischen Anleihemärkten beeinflusst. Der Geld- und Kapitalmarkt war im Berichtsjahr von tendenziell sinkenden Renditen und vergleichsweise geringeren Zins- und Spread-Volatilitäten geprägt. In diesem Umfeld lagen die Marktrisikokennzahlen des Anlagebuchs zum Jahresende 2014 nur leicht unter dem Niveau des Vorjahresresultimos.

Im Berichtsjahr hat die Bank wieder selektiv in neue Finanzanlagen investiert und plant, dies auch im kommenden Jahr fortzusetzen. Ausblickend rechnet die Postbank daher – bei unveränderten Marktvolatilitäten – mit einer im Vergleich zum aktuellen Niveau leicht höheren Marktrisikoauslastung.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Im Jahr 2014 wurden erste Steuerungsmaßnahmen zur Reduktion der hohen Überschussliquidität vorgenommen. Die Liquiditätssituation war insgesamt stets solide und wird weiterhin als sehr stabil erwartet, auch wenn für das Jahr 2015 eine weitere Reduktion der Überschussliquidität geplant ist.

Operationelle Risiken

Das OpRisk-Schadenprofil der Postbank spiegelt im Wesentlichen die strategische Ausrichtung einer Retail-Bank mit Mengengeschäft wider. Ein Schwerpunkt lag in den letzten Jahren stets auf den sogenannten „High-frequency/low-impact-Schäden“, also den Schadenfällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten.

Daneben war eine Zunahme von Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung zu verzeichnen. Ein Großteil von diesen bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds; der Vertrieb der Fonds wurde 2012 eingestellt. Ursächlich für den Anstieg der Schadenfälle zum Ende 2014 waren insbesondere die beiden einschlägigen Urteile des Bundesgerichtshofs zur Rückerstattung der Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen.

Aufgrund der initiierten und bereits umgesetzten Maßnahmen geht die Postbank von einem sukzessiven Rückgang der Schäden aus Operationellen Risiken in den nächsten Jahren aus.

Die Risikosituation und das Risikomanagement der Postbank sowie die ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Entwicklungen im Risikomanagement

Die Weiterentwicklung der bankaufsichtlichen Regelungen im Jahr 2014 umfasst die Umsetzung von Basel III im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation – CRR), der dazugehörigen Durchführungsverordnungen und Technischen Standards sowie

der auf der Capital Requirements Directive (CRD) basierenden nationalen Anforderungen. Diesbezüglich wurden neben dem Kreditwesengesetz (KWG) auch die nationalen Verordnungen (Großkredit- und Millionenkreditverordnung – GroMiKV, Solvabilitätsverordnung – SolvV, Liquiditätsverordnung – LiqV sowie Institutsvergütungsverordnung) angepasst.

Im Berichtszeitraum hat die Postbank die notwendigen Projektaktivitäten für die Umsetzung der bankaufsichtlichen Anforderungen vorangetrieben. Dies betraf insbesondere die erweiterten Anforderungen zur Ermittlung der aufsichtlichen Eigenmittel und der risikogewichteten Aktiva für Adressenausfallrisiken sowie damit verbundener Meldepflichten (Common Reporting – COREP).

Mit Blick auf das Liquiditätsrisikomanagement befindet sich die Postbank seit 2011 fortlaufend in Projekten zur Erfüllung neuer bzw. konkretisierter regulatorischer Anforderungen. Neben der Erstellung der neuen geforderten Liquiditätsmeldungen zur Liquidity Coverage Ratio (LCR) und zur Net Stable Funding Ratio (NSFR) wurden hierfür die erforderliche Datenbasis geschaffen, neue Prozesse etabliert, Linienstrukturen angepasst und die laufende Meldeerstellung in die Linie übergeben. Aufgrund weiterer aufsichtsrechtlicher Anforderungen sowie zur weiteren Verbesserung der Datenbasis werden die Projektaktivitäten im Liquiditätsumfeld auch im Jahr 2015 fortgesetzt.

Die Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutschen Bank erfolgt über die etablierte Vernetzung der Gremien sowie über die funktionalen Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank. Es erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung durch die Postbank an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von Risiken. Für die wesentlichen Managementreports sowie Kernkennzahlen ist ein gemeinsames Reporting aufgesetzt.

Integration in das Risikomanagement der Deutschen Bank
Die Postbank ist unter Beachtung der maßgeblichen gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben in das Risikomanagement der Deutschen Bank AG eingebunden, um ein gemeinsames, angemessenes und wirksames Risikomanagement auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zu gewährleisten. Hierzu ist die Postbank in ein geeignetes System zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation von Risiken integriert, das einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefert und der Bank die entsprechende Einflussnahme ermöglicht. Durch eine etablierte einheitliche Risk-Governance-Struktur wird zudem eine gemeinsame Risikokultur gelebt.

Im Integrationsprozess wurden die Vorbereitungen für die Etablierung gemeinsamer A-IRBA-Ratingmodelle weiter vorangebracht, sodass zukünftig – beginnend mit einzelnen Portfolios – eine einheitliche Ratingmethode angewendet wird.

Arten von Risiken

Die innerhalb der Postbank betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer bankweiten Risikoinventur ermittelt.

Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Zuge der jährlichen Risikoinventur überprüft. Die Postbank greift bei der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken. Die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten Risikoarten werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung quantifiziert und mit Risikokapital unterlegt. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung dieser Risikoarten.

Die Postbank hat mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Risikozuordnungen und Risikodefinitionen auch vor dem Hintergrund der Integration in das Risikomanagement der Deutschen Bank vorgenommen. Unter anderem werden Reputationsrisiken nun den Geschäftsrisiken zugeordnet. Marktrisiken aus Pensionsverpflichtungen, Immobilienrisiken und Beteiligungsrisiken sind Bestandteil der Marktrisiken.

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

• Marktrisiken

Marktrisiken entstehen durch die Unsicherheit hinsichtlich der Änderungen von Marktpreisen sowie marktwertbestimmenden Faktoren (z. B. Zinssätzen, Credit Spreads, Fremdwährungskursen), ihrer wechselseitigen Korrelationen und spezifischen Volatilitäten.

Marktrisiken im engeren Sinne entstehen für die Postbank aus ihren Positionen im Anlagebuch sowie aus ihren leistungsorientierten Pensionsplänen. Verbliebene Positionen des Handelsbuchs wurden im Jahresverlauf abgebaut. Zu den Marktpreisrisiken im weiteren Sinne zählt die Postbank auch:

- a) Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank (Immobilienrisiken).
- b) Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden (Beteiligungsrisiken).

• Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder den direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Postbank unterscheidet drei Arten von Kreditrisiken:

- a) Adressausfall- und Bonitätsrisiken: Während Bonitätsrisiken die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners messen, bestehen Adressausfallrisiken darin, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen.

b) Abwicklungsrisiken entstehen, wenn die Abwicklung oder die Verrechnung von Transaktionen scheitern. Dabei handelt es sich um potenzielle Verluste beim Ausfall des Kontrahenten im Zusammenhang mit dem nicht zeitgleich vollzogenen Austausch von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten.

c) Länderrisiken entstehen auf Basis einer Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen durch unerwartete Ausfall- oder Abwicklungsrisiken mit entsprechenden Verlusten in Ländern, die in erster Linie die Kontrahenten in diesem Rechtsraum beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politische Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- und Entwertung der Landeswährung. Länderrisiken beinhalten auch Transferrisiken. Transferrisiken entstehen, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nicht-Gebietsansässige zu übertragen.

• Liquiditätsrisiken

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die Postbank zwei Arten von Risiken bei der Refinanzierung: das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Liquiditätsfristentransformationsrisiko:

a) Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Volumenrisiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

b) Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Kostenrisiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristeninkongruenz aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

• Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Rechtsrisiken sind Teil der Operationellen Risiken. Sie beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben. Nicht gemeint sind die Kosten für die Veränderung der Prozesse zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen. Sonstige Risiken, insbesondere Reputationsrisiken und strategische Risiken, fallen nicht unter den Begriff Operationelle Risiken.

• Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken:

a) Spar- und Girorisiken: Mögliche Verluste, die, ausgelöst durch unerwartete Verhaltensweisen von Spar- und Girokunden, als Folge von Volumen- oder Margenänderungen auftreten können.

b) Reputationsrisiken: Gefahr von Ereignissen, die das Ansehen der Postbank bei ihren Anspruchsgruppen (Stakeholdern) derart beschädigen, dass daraus ein mittelbarer oder unmittelbarer finanzieller Schaden für die Postbank entstehen kann.

c) Residuale Geschäftsrisiken bezeichnen Risiken eines Ergebnismrückgangs aufgrund unerwarteter Abweichungen der Ertragszahlen und der korrespondierenden Kosten von der ursprünglichen Planung, die nicht auf andere Risiken zurückzuführen sind.

Für alle quantifizierten Risikoarten erfolgt im Rahmen der internen Steuerung eine Zuweisung des Risikokapitals auf Segmentebene. Durch das interne Transferpricing werden alle Marktrisiken mit Ausnahme der Credit-Spread-Risiken der Non Core Operating Unit (NCOU) in das Segment Financial Markets übertragen. Die mit Marktrisiken belegten Wertpapierbestände der NCOU sind zum Abbau vorgesehen.

Organisation des Risikomanagements

Die Postbank verfügt über eine Risikomanagementorganisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten zur Erzielung des Risk>Returns und zur Nutzung von Marktopportunitäten limitiert und gesteuert.

Das Risikomanagement wird bankweit durch die zentralen und die angebotenen dezentralen Einheiten wahrgenommen. Das innerhalb der Postbank eingerichtete Risikomanagementsystem stellt die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit den einzelnen Geschäftssegmenten verbundenen Risiken sicher. Die entsprechenden Prozesse haben eine permanente Verbesserung der Ertrags-, Kapital- und Risikosteuerung zum Ziel, wobei die stetige Steigerung der Qualität als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird. In diesem Kontext werden die Portfolios im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch Analysen aus Risk/Return-Perspektive unterworfen, um Chancen für eine risikoadäquatere Weiterentwicklung der Geschäfts- und der Risikostrategie der einzelnen Geschäftsfelder zu identifizieren.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung.

Die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat und dessen Risikoausschuss. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat vor allem zu Fragestellungen des Risikoappetits, des Risikoprofils sowie der Risikostrategie und widmet sich Themen aufgrund des aktuellen Marktgeschehens oder von Ereignissen mit bemerkenswerten Auswirkungen auf das Risikoprofil bzw. auf Einzelportfolios. Der Aufsichtsrat und der Risikoausschuss des Aufsichtsrats werden regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil der Postbank unterrichtet.

Die Risikostrategie der Bank ist, wie in den Vorgaben der MaRisk gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem Risikoprofil und den Renditezielen der Postbank. Sie werden im Rahmen der jährlich verabschiedeten Risikostrategie, die auf den Geschäftsfeldstrategien basiert, definiert und dokumentiert.

Zielsetzung des Risikomanagements ist die Ergebnissicherung und die Optimierung des Risiko-Ertrag-Profiles durch eine verbesserte Kapitalallokation und durch operationelle Exzellenz. Dabei wird die Risiko-Governance kontinuierlich weiterentwickelt, um eine einheitliche Risikokultur in der Bank zu etablieren.

Durch die Fortsetzung der restriktiven Risikopolitik soll nachhaltig Raum für Wachstum geschaffen werden. Als Maßnahme gehört hierzu ebenfalls die Stärkung der regulatorischen und der ökonomischen Kapitalbasis (z. B. durch Kapitalthesaurierung). Da für 2015 ein moderater Anstieg der Risikovorsorge erwartet wird, bleiben zur Risikovermeidung die Geschäftsfelder hinsichtlich ihres Risikoappetits beschränkt, zudem werden Mindestvorgaben für die Kreditqualität der Portfolios und Limite festgelegt sowie Maßnahmen zur Risiko-Mitigation aufgesetzt.

Risikokomitees

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Vorstand durch das Bankrisikokomitee (BRK) als das zentrale Risikokomitee unterstützt. Als Steuerungs- und Überwachungsausschuss des Vorstands verfügt das BRK über wesentliche Entscheidungsbefugnisse. Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an weitere nachgeordnete Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgaben des Bankrisikokomitees und der ihm nachgelagerten Risikokomitees						
	Bankrisiko- komitee (BRK)	Kreditrisiko- komitee (KRK)	Marktrisiko- komitee (MRK)	OpRisk- Komitee (ORK)	Deckungs- geschäfts- komitee (DGK)	Modell- und Validierungs- komitee (MVK)
Tagungs- frequenz	monatlich	vierteljährlich	monatlich	halbjährlich	monatlich	monatlich
Aufgaben	Beratung des Vorstands hinsichtlich: <ul style="list-style-type: none"> • Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) • Risikostrategien und Risikoprofil • Allokation von Risikokapital • Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank-Risikopositionen 	Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Analyse und Bewertung der Kreditrisiken Vorgabe von Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken	Limitallokation der Marktrisiken Festlegung des Liquiditäts-risikoprofils Analyse und Bewertung der Kollektiv- sowie Spar- und Girorisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und der Risikosituation	Definition der Mindestanforderungen für Geschäftseinheiten Definition der Rahmenbedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder	Regelung von Deckungsgeschäftsregisterthemen Umsetzung regulatorischer Anforderungen bezüglich des Pfandbriefgeschäfts Sicherung der Zielkonformität bezüglich der strategischen Ausrichtung und hinsichtlich der Emissionsfähigkeit	Überwachung und Validierung aller Rating-systeme und Risikoklassifizierungsverfahren Jährliche Validierung sämtlicher Modelle Änderungen von Ratingsystemen, Risikoklassifizierungsverfahren und internen Modellen

Das Bankrisikokomitee agiert als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung. Es trägt alle Risikothemen aggregiert an den Gesamtvorstand heran. Vom Senior Management geleitet werden das Kreditrisikokomitee (KRK), das Marktrisikokomitee (MRK), das OpRisk-Komitee (ORK – Komitee für Operationelle Risiken), das Deckungsgeschäftskomitee (DGK) sowie das Modell- und Validierungskomitee (MVK). Das Deckungsgeschäftskomitee entwickelt Steuerungsimpulse für das Deckungsgeschäft der Postbank. Das Modell- und Validierungskomitee ist für Änderungen und Erweiterungen von Risikomodellen und Risikoklassifizierungsverfahren sowie für die Abnahme der Validierungsberichte zuständig.

Zur Steuerung ihrer Reputationsrisiken hat die Postbank ein gesondertes Reputationsrisikokomitee mit Vorstandsbesetzung eingerichtet. Als weiteres Gremium ist das Non-Core-Operating-Unit-Komitee zur Steuerung und Planung der Non-Core-Portfolios der Postbank eingerichtet, das seine Aufgaben in enger Abstimmung mit dem Bankrisikokomitee und den für die operative Steuerung zuständigen Einheiten erfüllt. Dies erfolgt ebenfalls für die Arbeit des Data Quality Komitees.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Risikocontrolling-Funktion

Der Chief Risk Officer (CRO) ist bankweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er ist Leiter der Risikocontrolling-Funktion und berichtet direkt dem Gesamtvorstand, dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage der Postbank.

Die Organisationsstruktur des CRO-Bereichs ist Basis für die aktive risikoartenübergreifende Portfoliosteuerung und dient der Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen. In einem Chief Operating Office werden die Einhaltung der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO-Bereich umgesetzt. Über die Bereiche Risikosteuerung und Kreditrisikocontrolling wird die Steuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Das Credit Office mit den Bereichen Kreditanalyse und Kreditservice Workout & Collections bündelt alle Kreditentscheidungen und gestaltet in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebseinheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie. Der Bereich Operations Financial Markets ist verantwortlich für die Abwicklung von Handelsgeschäften und das Collateral Management.

Im Jahr 2014 wurde der Bereich Pfandbriefmanagement, in dem auch die Abteilung Treuhänderwesen angesiedelt ist, dem CRO-Ressort zugeordnet. Die Abteilung Treuhänderwesen achtet auf die vorschriftsmäßige Deckung für die Pfandbriefe der Postbank und führt das Deckungsregister. Die Abteilung arbeitet daher auch eng mit dem im Ressort Produkte eingerichteten Bereich Steuerung Deckungsgeschäft zusammen.

Nachstehende Übersicht veranschaulicht die Aufgaben der einzelnen Bereiche des CRO.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben	
Bereich	Aufgaben
Chief Operating Office	Ressourcenmanagement und Projekte Kreditfachliche Regelwerke/Kreditrichtlinien Kreditbearbeitung Sicherheitenmanagement Qualitätssicherung
Risiko-steuerung	Gesamtbankrisikosteuerung und -reporting inklusive Risikotragfähigkeit und integrierter Stresstests Definition der Risikostrategie und des Risikoprofils Management und Reporting der Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Operationellen Risiken Qualitätssicherung von Marktdaten und Fair Values für Risikosteuerung und Bilanzierung
Kreditrisiko-controlling	Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren Portfoliomanagement Kreditrisikoreporting Koordination des Risikoversorgeprozesses und der Watch-List Methoden- und Modellhoheit zur Risikoquantifizierung
Kreditanalyse	Kreditgenehmigung, Betreuung und Kreditüberwachung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen
Kreditservice Workout & Collections	Problemkreditbearbeitung Abwicklung der Kreditbeziehung Beitreibung Sicherheitenverwertung Erhöhung der Recovery Rate
Operations Financial Markets	Abwicklung Handelsgeschäfte Collateral Management
Pfandbriefmanagement	Treuhänderwesen Führung Deckungsregister und vorschriftgemäße Deckung für die Pfandbriefe der Postbank

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstand Ressourcen unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt und durch die Qualifizierungsangebote der Postbank unterstützt, dazu gehören auch Maßnahmen, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

Risikosteuerung je Risikoart

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist bei der Postbank auf mehrere zentrale Einheiten verteilt. Dazu gehören in erster Linie der Bereich Treasury/ALM (Asset Liability Management), die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen, Gewerbliche Immobilien und Banken & Kapitalmärkte, die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts sowie die Non Core Operating Unit (NCOU).

Die operative Steuerung der Marktrisiken bei der Postbank erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Treasury/ALM bzw. für das Non-Core-Geschäft im Ressort Chief Operating Office. Darüber hinaus steuert Treasury/ALM operativ das Liquiditätsrisiko mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit im Sinne des „Lender of Last Resort“. Die Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion der Markt- und Liquiditätsrisiken werden zentral von den Abteilungen Marktrisiko- bzw. Liquiditätsrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung wahrgenommen.

Die Entwicklung, Validierung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion der Kreditrisiken in der Abteilung Kreditrisikocontrolling Kreditrisikomanagement wahrgenommen werden. Die Abteilung Chief Operating Office Risikostandards erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Bereich eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling wahrgenommen. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Jedes Ressort ist operativ dafür verantwortlich, seine im Rahmen der Geschäftsstrategie definierten Ziele zu erreichen bzw. die definierten Rahmenbedingungen einzuhalten, und trägt somit zur operativen Steuerung der Erträge und Risiken bei.

Die zentrale Analyse- und Reportingfunktion für Spar- und Girorisiken sowie residuale Geschäftsrisiken nimmt die Abteilung Marktriskomanagement wahr, die Verantwortung dieser Geschäftsrisiken verbleibt in den Markt Bereichen.

Die Postbank geht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ein geringes Reputationsrisiko ein. Im Fokus steht das Risiko gegenüber der Anspruchsgruppe „Kunden“. Die bankweite Steuerung bedeutender Reputationsrisiken erfolgt über das Reputationsrisikokomitee der Postbank.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Postbank ist in das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank Gruppe sowohl aus einer Liquidationsperspektive (ökonomischer Gläubigerschutz) als auch aus einer Going-Concern-Perspektive (regulatorischer Going-Concern-Ansatz) einbezogen. Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Unter dem Blickwinkel des ökonomischen Gläubigerschutzes wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Die Risikodeckungsmasse stellt hierbei den sogenannten ökonomischen Substanzwert dar und dient vor allem dem Schutz erstrangiger Verbindlichkeiten in einem Liquidationsszenario.

Bei der Betrachtung unter dem Aspekt des regulatorischen Going-Concern-Ansatzes wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Kernkapital (seit 2014 gemäß Basel III) und einem dem Risikoappetit der Postbank Gruppe entsprechenden mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Das so ermittelte freie Kernkapital und die geplanten Erträge stellen die Risikodeckungsmasse dar. Das Risikopotenzial in dieser Perspektive wird dabei zu einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt.

Risikokapital und Limitierung

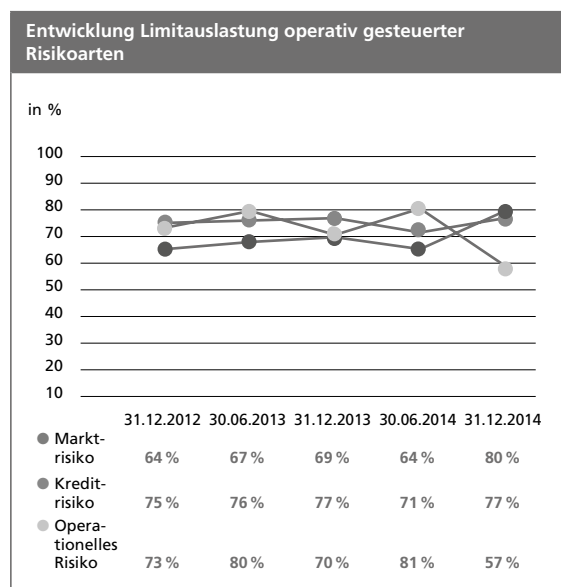
Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom Bankrisikokomitee (BRK) überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, eine Adjustierung der Einzellimite der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos und des Reputationsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die Postbank einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonatige Survival Period im Stressszenario gemäß MaRisk vor. Das Immobilien- und das Beteiligungsrisiko werden als nicht wesentlich betrachtet.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten sowie für die jeweiligen Portfolios. Im zweiten Halbjahr 2014 wurde für Marktrisiken ein Stressed-Value-at-Risk-Konzept (Stressed-VaR-Konzept) eingeführt, das als Methode für die Kalkulation der Kapitalunterlegung von Marktrisiken einen gestressten Zeitraum unterstellt. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen an Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite und Warnschwellen je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden durch bankweit gültige Limite gesteuert.

Nachstehende Grafik veranschaulicht für die Postbank Gruppe die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf:



Risikokonzentrationen und Stresstesting

Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Markt- und sonstigen Risiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht und über Risikofaktor- oder Gap-Limite (im Bereich Zins- und Credit-Spread-Risiken) begrenzt. Sensitivitätsanalysen und Stressszenarien beschreiben hierbei hypothetische zukünftige Entwicklungen der jeweiligen Portfolios, Wert- und Risikotreiber. Über alle Risikoarten hinweg werden daher makroökonomische Szenarien hinsichtlich Inflation, Stagflation, Rezession sowie weitere hypothetische oder historische Szenarien berechnet.

Das Management der Konzentrationsrisiken erfolgt im Rahmen der Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen). Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind hierbei insbesondere die Bestände in europäischen Staats-, Länder- und Bankenanleihen relevant.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration sind in den Organisationsanweisungen verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die – über die gültige Limitmatrix für Firmenkunden hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch die segment-spezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

Die Postbank hat weitere Maßnahmen zur Reduktion von Konzentrationsrisiken ergriffen.

Für das Commercial-Mortgage-Portfolio wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken verfolgt. Der Fokus liegt weitgehend auf Deutschland bzw. auf Europa.

Aktuell ist auf Basis des ökonomischen Kapitals eine Risikokonzentration insbesondere im Bereich des Staaten-Exposures erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreports der Postbank.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells, d. h. als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank, zudem Ertragsrisiken in der Form, dass die aus Kundengeschäften erwirtschafteten Erträge geringer als geplant ausfallen können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Ertragsrisikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden die wesentlichen operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Markt-, Geschäfts- und Operationelle Risiken) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stresstests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der Postbank stetig und dynamisch weiterentwickelt.

Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Neue-Produkte-Prozess systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung der Postbank eingebunden.

Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten und umfasst eine Vielzahl regelmäßiger und spezieller Berichte. Über das reguläre Management-reporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten

differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Bankweites Reporting			
Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten-übergreifend	Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Risikokonzentrationen, periodische und barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Risikoausschuss, Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee
Markttrisiken	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, wesentliche Transaktionen	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	Marktentwicklung, Entwicklung der wesentlichen Markttrisiken, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Risikokonzentrationen, Backtestingergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
Kreditrisiken	Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Economic-Capital (EC)-Berichterstattung, Key Performance Indicators, Länderrisiko, Risikoversorgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich	monatlich	Operative Marktfolgeeinheiten
	Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko, Limitauslastungen inklusive EC/Risikotragfähigkeit (RTF)-Entwicklung, Risikoversorgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/Watch-List, Risikokonzentrationen, RWA (Risk-Weighted-Assets)-Entwicklung, Expected-Loss (EL)-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Risikoausschuss, Bankrisikokomitee, Kreditrisikokomitee
Liquiditätsrisiken	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen	täglich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee, Financial Markets
	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests	wöchentlich	Bankrisikokomitee, operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus, Stresstest, Liquiditätsreserve, Funding-Struktur, Überschussliquidität, Liquidity Coverage Ratio (LCR)	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee
Operationelle Risiken	Aufgetretene Schadenfälle	wöchentlich	Fraud-Gremium, OpRisk-Komitee
	Schadenfälle, Risikoindikatoren, Ergebnisse aus Szenarioanalysen und Self-Assessments, Auslastung der VaR-Limite, Risikoeinschätzungen zu neuen Produkten und Auslagerungssachverhalten	monatlich	Gesamtvorstand, OpRisk-Komitee
Geschäftsrisiken	Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Risikokennzahlen Spar- und Girorisiko, Stresstestergebnisse Spar- und Girorisiko	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalationspflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.

Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

Zur Steuerung ihrer Marktrisiken im engeren Sinne verwendet die Postbank zum einen VaR-Limite und barwertige Verlustlimite auf Bankebene sowie für Subportfolios. Zum anderen werden als weitere Steuerungskennzahlen Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen. Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktrisikopositionen erfolgt primär mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt.

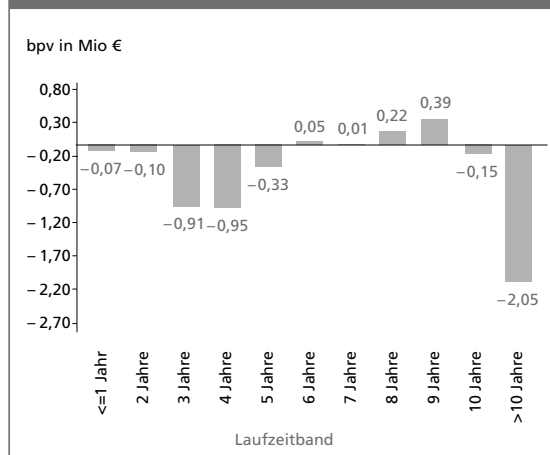
Um der relativen Bedeutung der Marktrisiken für die Postbank gerecht zu werden, sind für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen sicherstellen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinsensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen. Die im Rahmen der Modellierung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos verwendeten Annahmen und Parameter werden laufend auf ihre Angemessenheit überprüft. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung im Handels- und im Anlagebuch. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2014 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung.

Zinspositionen (bpv) der Postbank per 31.12.2014



Value-at-Risk-Messung, Limitierung und Backtesting

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktrisiken erfolgt bei der Postbank auf Basis des Value-at-Risk (VaR)-Konzepts. Der VaR eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktrisiken behafteten Positionen des Handelsbuchs und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt in der Postbank einheitlich auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99 % und eine Haltedauer von 10 Tagen zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zinssätze und Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt. Im Jahr 2014 wurden keine wesentlichen Anpassungen am Marktrisikomodell vorgenommen.

Volatilitäten und Korrelationen zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungen ab. Während für die operative Steuerung die historisch beobachteten Werte der letzten 250 Handelstage herangezogen werden, liegt dem VaR für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung ein historischer Zeitraum zugrunde, der, bezogen auf die aktuelle Positionierung, eine extreme Stressperiode darstellt (Stressed VaR).

Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Diversifikationseffekte zwischen den Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Kennzahlen für die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos (Zins-, Credit-, Aktien- und Währungsrisiken) täglich ermittelt und analysiert.

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite gesteuert. Das Gesamtrisikokapital für Marktrisiken wird vom Bankrisikokomitee beschlossen und vom Marktrisikokomitee in Form von operativen Sub-Limiten den einzelnen Einheiten bzw. Portfolios zugeteilt. Neben Limiten, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios besteht zusätzlich eine Intraday-Überwachung des Marktrisikos. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Berichtszeitraum wurden die eingeräumten VaR-Limite auf Konzern- und Portfolioebene jederzeit eingehalten.

Neben den VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig validiert und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den hypothetischen Gewinnen und Verlusten infolge von eingetretenen Marktwertveränderungen, bei unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting). Per 31. Dezember 2014 zeigt das Backtesting (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) mit nur einem „Ausreißer“ ein innerhalb der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegendes Resultat. Als Ergebnis der Backtesting-Analysen kann somit die Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens unverändert bestätigt werden.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse der Auswirkungen extremer Marktbewegungen sowie zur Identifikation von Risikokonzentrationen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen der Postbank. Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen und Stressparameter werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch hypothetische Extremszenarien. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des BRK und des MRK sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Demgegenüber sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen deutlich geringer.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Hierzu werden regelmäßig die Stresstest-Auswirkungen je Assetklasse und Segment analysiert und mithilfe von Sensitivitätsanalysen vorhandene Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind Zinsgap-Strukturanalysen, nach Emittenten, Assetklassen oder Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen der Bank.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

Für das Berichtsjahr 2014 (sowie für das Vergleichsjahr 2013) wurden folgende VaR-Werte ermittelt:

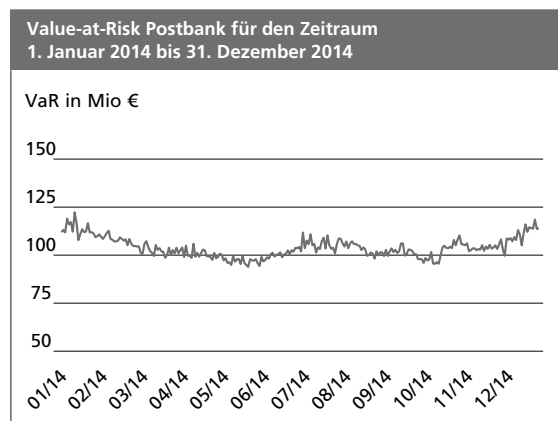
Value-at-Risk Marktrisiken der Postbank								
Postbank VaR (10 Tage, 99 %)	Bestand		Maximaler VaR		Minimaler VaR		Durchschnittlicher VaR	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	2014 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2013 Mio €
Marktrisikokarten								
Zinsrisiken	41,4	40,4	42,6	89,1	15,3	19,7	29,0	58,3
Aktien-/Aktienindexrisiken	3,5	3,5	4,0	5,9	2,4	1,7	3,2	2,5
Währungsrisiken	1,7	4,7	8,9	36,5	1,0	3,1	2,3	7,5
Sonstige Marktrisiken (Spread)	97,7	123,7	125,7	361,4	92,2	121,0	101,8	213,3
Diversifikationseffekte	-30,1	-53,6	-56,5	-134,3	-19,0	-18,8	-32,8	-85,9
Gesamt	114,2	118,7	123,0	366,7	92,5	114,8	103,4	195,6

Zum 31. Dezember 2014 betrug der Marktrisiko-VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) insgesamt 114 Mio € (zum Vergleich: 119 Mio € per 31. Dezember 2013).

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktrisikotragenden Bestände des Handels- und des Anlagebuchs inklusive der Pensionsverpflichtungen und des entsprechenden Planvermögens einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank, wird die Höhe der Marktrisiken im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken, die u. a. auch aus der Steuerung der Risiken aus Kundenprodukten resultieren, sind gering.

Das Handelsbuch weist seit Mai 2014 keinen aktiven Bestand mehr auf. Neugeschäft in Handelsbuchgeschäften findet derzeit nicht statt. Zum Vorjahresultimo betrug der VaR des Handelsbuchs (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) 0,3 Mio €, was im Wesentlichen auf das Währungsrisiko zurückzuführen war. Der maximale VaR im Jahr 2014 betrug 0,4 Mio €.

Die Entwicklung des VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) für die Postbank ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



Aufgrund geringerer Zins- und Spread-Risiken infolge sinkender Volatilitäten ging der VaR im Laufe des ersten Halbjahres zurück. Im zweiten Halbjahr kam es dagegen durch eine strategische Erhöhung der Nettozinsposition zu einem sukzessiven Anstieg des VaR, der am Ende des Berichtsjahres nur leicht unter dem entsprechenden Vorjahreswert lag.

Risikosteuerung von Immobilienrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Postbank. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen.

Risikosteuerung von Beteiligungsrisiken

Als Beteiligungen werden sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der Postbank unter den Positionen „Beteiligungen“ und „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 Aktiengesetz (AktG). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 hielt die Postbank 36 (per Vorjahresultimo: 43) unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen.

Die Postbank hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Postbank überwacht.

Darin einbezogen sind auch die von der Postbank gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Die Postbank hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva. Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken zu überwachen und zu steuern.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Retail, Firmenkunden inklusive Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise wird das aktuelle Forderungsportfolio mit dem Zielfortfolio abgeglichen. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem regulatorischem Kapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich anteilmäßig limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Steuerung der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger (bei Organkrediten unter Einbezug des Risikoausschusses und des Präsidialausschusses) zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstkreditgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden (vgl. Art. 4 Abs. 1 Nr. 39 CRR – Capital Requirements Regulation) in Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung (Rating) und der Höhe bei Firmenkunden, Commercial-Mortgage-Finanzierungen und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel) und Marktfolge, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank Kredite im Volumen bis 1 Mio € versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach CRR und Solvabilitätsverordnung zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren sowie mindestens jährlich und anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die methodische Überwachung, die Kalibrierung, die Validierung aller eingesetzten und die Implementierung der in internen Datenverarbeitungen umgesetzten internen Ratingverfahren obliegt der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle. Ein für die Prozessunterstützung eingerichtetes Modell- und Validierungskomitee (MVK) stellt – gemeinsam mit dem ihm untergeordneten Model-Change-Policy-Komitee (MCPK) – auch die Einbindung der Ergebnisse aus der Überwachung der internen Ratingverfahren in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Der Vorstand wird regelmäßig von den zuständigen Gremien (BRK, KRK, MVK) über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Management-reportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt in der im Chief Operating Office des CRO-Bereichs angesiedelten Abteilung Risikostandards. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte auch 2014 neben den laufenden Integrationsprojekten einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikocontrollings der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen, basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers bzw. eines Kredits. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Ausnutzungsgrad der offenen Linien zum Ausfallzeitpunkt geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Bilanzrating oder einer Simulation der erwarteten Zahlungsströme bestehen und zusätzlich über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an.

Die Validierung der Rating- und der Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten, beleuchtet aber auch qualitative Aspekte. Im Rahmen der Validierung werden – sofern erforderlich – in einer anschließenden Rekalibrierung auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des Erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Dadurch können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den Erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen bei Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement und Kreditrisikominderungstechniken

Das Sicherheitenmanagement ist ein wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Die Werthaltigkeit der Sicherheit wird nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Die entsprechenden Sicherheitenprozesse werden regelmäßig hinsichtlich regulatorischer Anforderungen überprüft und weiter verbessert.

Als aufsichtsrechtliche Kreditrisikominderungstechniken nutzt die Postbank folgende Sicherungsinstrumente:

- Grundpfandrechte zur Absicherung von privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen,
- Netting-Rahmenvereinbarungen,
- Garantien, Warenkreditversicherungen und Kreditderivate sowie
- finanzielle Sicherheiten (Barsicherheiten).

Sonstige Sachsicherheiten (z. B. Forderungsabtretungen) rechnet die Postbank in den nach IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios für die Eigenkapitalermittlung nicht an.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge (mit partiellen Erleichterungen für das nicht risikorelevante Geschäft der Postbank) und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der anrechenbaren Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positionsführenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der anrechenbaren Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien, Warenkreditversicherungen und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs- und Risikoüberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten. Die Postbank nutzt zur Absicherung von privaten Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken. Für das Mengengeschäft und die in den fortgeschrittenen IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios werden die Grundpfandrechte bei der Berechnung der aufsichtlichen Verlustquote direkt berücksichtigt.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis der Marktwertschwankungskonzepte der vdpResearch GmbH (Immobilienmarktforschungsgesellschaft des Verbands deutscher Pfandbriefbanken e.V.) sowie – für Hotelimmobilien – der Deutschen Kreditwirtschaft. Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volumen von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Kreditspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der Postbank zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvollerer Situation unter bestmöglicher Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Bei der aufsichtsrechtlichen Kreditrisikominderung durch Netting-Vereinbarungen wird die Bemessungsgrundlage entweder durch die Verrechnung gegenläufiger Einzelgeschäfte oder durch die Verwendung von Aufrechnungsvereinbarungen reduziert. Die Postbank nutzt im Rahmen des Collateral Management Netting-Vereinbarungen für derivative Finanzgeschäfte und Pensionsgeschäfte. Die Vereinbarungen erfolgen auf der Basis international gebräuchlicher Rahmenverträge unter Beachtung der CRR-Anforderungen. Netting-Vereinbarungen werden mit den meisten wichtigen Handelspartnern abgeschlossen. Der Besicherungsprozess erfolgt DV-gestützt nach vorgegebenen Standards zur Sicherheitenverwaltung. Die aufgerechneten Positionen sind in die Risikosteuerung für die jeweiligen Kontrahenten sowie in die des Gesamtkreditrisikos integriert.

Mit Blick auf Kreditrisikokonzentrationen innerhalb der Kreditrisikominderung berücksichtigt die Postbank positive Korrelationen zwischen dem Adressenausfallrisiko des Kreditnehmers und dem Risiko einer Wertverschlechterung der Sicherheit in konservativer Weise. Risikokonzentrationen bei der Anrechnung von Sicherheiten wird bei der Postbank durch den Sicherheitenhereinnahme- und -überwachungsprozess Rechnung getragen. Insbesondere Gewährleistungen überwacht die Postbank zusammen mit den Krediten des Garanten.

Kreditüberwachung und Problemerkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 750 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Frühwarn- und Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten sowie Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand der Frühwarn- und Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer bei Frühwarnindikatoren in die Beobachtungsklasse und bei Risikoindikatoren als Intensivbetreuungs-, Sanierungs- oder Abwicklungsengagement (Watch-List) eingestuft. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter („regelgebundener“) Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher („prinzipienorientierter“) Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten in Zusammenarbeit mit den Sanierungsspezialisten entsprechend einzustufen. Die Watch-List wird anlassbezogen, mindestens jedoch vierteljährlich von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand CRO sowie dem KRK quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Überfällige und notleidende Engagements

Die Einordnung in die Kategorie „in Verzug geratenes Engagement“ bzw. „überfälliges Engagement“ erfolgt bei einem Zahlungsverzug – d. h., wenn der Schuldner ein ihm mitgeteiltes externes Limit überschritten oder ohne Zustimmung Kredit in Anspruch genommen hat –, die entsprechenden Positionen aber noch nicht als „notleidend“ klassifiziert sind.

Die Klassifizierung „notleidend“ orientiert sich an der Bildung von Risikovorsorge durch die Postbank bzw. der Feststellung des Ausfalls des Kunden bzw. der Fazilität. In die Kategorie „notleidend“ gehören sämtliche Forderungen, die Einzelwertberichtigungen, Abschreibungen sowie Rückstellungen für ausgefallene Engagements, bezogen auf Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, aufweisen, bzw. die Forderungen, bei denen der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtschuld mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Die regulatorische Kategorisierung „notleidend“ ist – z. B. aufgrund der Vererbung des Ausfallereignisses auf sämtliche Forderungen eines Kunden – umfas-

sender definiert als die in der Rechnungslegung vorgenommene Klassifizierung „wertgemindert“.

Der Kreditausfall eines Kreditnehmers liegt gemäß Art. 178 CRR vor, wenn der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverpflichtung aus der Kreditgewährung gegenüber dem Institut über mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Bereits vor dieser Frist kann der Ausfall eines Kreditnehmers vorliegen, und zwar dann, wenn das Institut der Ansicht ist, dass es unwahrscheinlich ist, dass der Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen vollständig erfüllen kann, ohne dass das Institut auf weitere kreditsichernde Maßnahmen zurückgreifen muss wie beispielsweise die Verwertung von Sicherheiten.

Im Mengenkreditgeschäft erfolgt eine automatisierte Ausfalldetektion anhand der für die einzelnen Geschäfte jeweils als relevant gekennzeichneten Datenfelder. Für angekaufte Forderungen erfolgt ebenfalls eine automatisierte Ausfallerkennung. Bei den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen einschließlich Spezialfinanzierungen werden Ausfallkriterien manuell in einem separaten System (ABIT Banknology) gepflegt. Bei Kapitalmarktstiteln sowie Wertpapier- und Derivatepositionen der Investmentfonds erfolgt die Analyse und Erfassung im Rahmen der täglichen Mark-to-Market-Bewertung.

Auf Basis der im ABIT-System erfassten Risikoengagements wird eine monatliche Überwachungsliste (Watch-List) generiert. Die methodische Verantwortung für die Parametrisierung des Systems liegt im Bereich Kreditrisikocontrolling, der auch für die kontinuierliche Weiterentwicklung zuständig ist.

Kreditrisikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung vorliegt (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen als den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Für die Abzinsung der Zahlungsströme wird generell der ursprüngliche Effektivzinssatz, bei variabler Verzinsung der Effektivzinssatz der aktuellen Fixing-Periode verwendet. Bei den Sicherheiten werden individuell Verwertungserlöse und Verwertungszeitpunkte berücksichtigt. Alle Engagements werden laufend daraufhin untersucht, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, und gegebenenfalls einem Impairment-Test unterzogen. Darüber hinaus wird für alle Engagements auf der Watch-List quartalsweise ein Impairment-Test durchgeführt.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf die Kredite in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern diese Kredite objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit sich anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf sogenannte Flow Rates sowie die Verlustquote (LGD) zurückgegriffen. Die kombinierte Flow Rate gibt an, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Forderungsanteil in einen zu kündigenden Bestand überführt werden wird. Die LGD gibt die Höhe bzw. den prozentualen Anteil des wirtschaftlichen Verlusts vom ausstehenden Betrag des Engagements an. Die Quote wird regelmäßig aus den Mittelrückflüssen des Beitreibungsprozesses ermittelt. Die Postbank bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite, der Kreditkartenforderungen sowie pauschal berechnete Einzelwertberichtigungen bei Baufinanzierungen mit Überfälligkeiten von drei bis sechs Monaten.

Pauschalwertberichtigungen werden für latente Kreditrisiken gebildet. Bei der Bemessung berücksichtigt die Postbank die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung (LIP-Faktor) jeweils in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Verlustquoten bei Ausfall auf Portfolioebene werden portfoliospezifisch ermittelt bzw. bei Bedarf im Rahmen der Erkenntnisse aus der jährlichen Validierung und Rekalibrierung der IRBA-Ratingsysteme aktualisiert, während die LIP-Faktoren in Abhängigkeit von den Prozessen zur Risikoüberwachung individuell geschätzt, regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt ergebniswirksam abgeschrieben.

Für Bürgschaften, Avale sowie unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein akutes Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen gebildet.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene *Portfoliosteuerung*

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus wird das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand ermittelt. Das von der Postbank genutzte Kreditportfoliomodell berücksichtigt interne und externe Risikoparameter, Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie Wiederanlageeffekte bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Das EC ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist das EC als Maß für den Unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied zum EC ist der Erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Bankportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts und der Laufzeit des Geschäfts. Der Erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schulnerspezifischen Bonitäten und den Korrelationswirkungen im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Kreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Kreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom KRK den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Kreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostuktur

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2014 im Vergleich zum Jahresende 2013 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: Buchwerte). Da das EC inklusive Portfolioeffekte nicht auf Ebene der Deutschen Postbank AG berechnet wird, wird die Portfoliostruktur auf Konzernebene gezeigt.

Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Economic Capital (EC) ¹	
	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2013 Mio €
Retail	76.361	75.999	297	274	794	781
Firmenkunden	13.928	16.541	47	66	307	465
Financial Markets	50.008	51.406	5	6	368	343
Non Core Operating Unit	11.194	13.481	11	19	668	709
Pensionsfonds	k. A.	k. A.	0	0	7	5
Gesamt	151.491	157.427	360	364	2.145	2.302

¹Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.

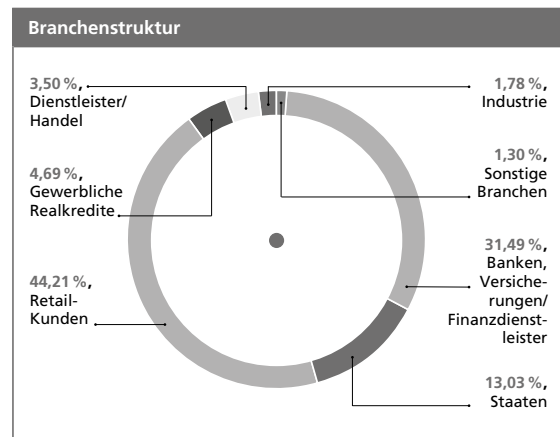
Der überwiegende Teil der Risikokennzahlen für den Erwarteten Verlust (EV) und das EC ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Im Segment Firmenkunden erfolgte ein Abbau risikobehafteter Assets im Portfolio Commercial Mortgages, der sich in einem deutlichen Rückgang beim EV und beim EC widerspiegelt. Des Weiteren waren im Jahresverlauf Ratingverbesserungen bei Corporates zu beobachten. Der Anstieg von EV und EC im Segment Retail ist auf einen Ausbau des Geschäfts und zu einem kleineren Teil auf Modellrekalibrierungen zurückzuführen. Der im Non-Core-Portfolio verzeichnete Risikorückgang resultiert aus Fälligkeiten und Anleiheverkäufen.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken und Staaten eine ausgewogene Struktur. Das Kreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in Form gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

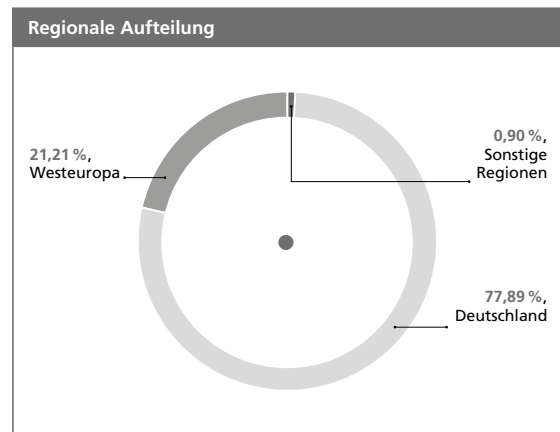
Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostategie ein Zielfortfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.



Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

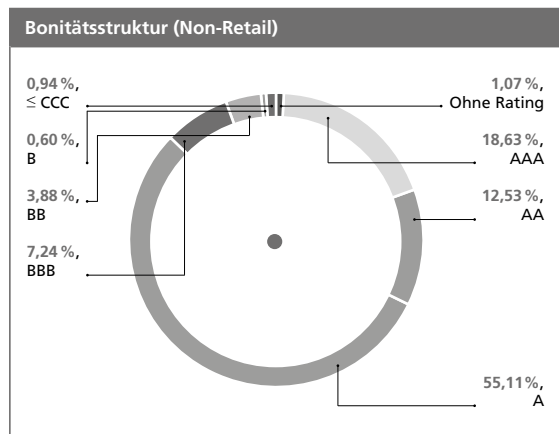
Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länder-spezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer zentralen Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Die Postbank nutzt für die Überwachung der Länderlimite zusätzlich eine Frühwarnsystematik.

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa.

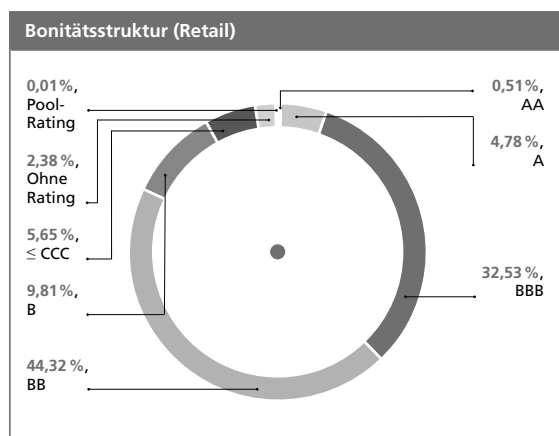


Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die Verteilung der Ratingklassen des Kreditportfolios zeigt die konservative Ausrichtung der Postbank. In der folgenden Grafik ist die Ratingstruktur des Kreditportfolios für das Non-Retail-Geschäft dargestellt. Es dominieren die guten Ratingklassen mit Investmentqualität.



Analog veranschaulicht die folgende Grafik die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2014 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist weiterhin eine stabile Ratingentwicklung auf.



Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich die Postbank und ihre Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Identifizierung und die Quantifizierung von Umweltrisiken bilden einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und im Auslandsgeschäft. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als

wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Chief Operating Office der Postbank. Im Falle eines lokalen Liquiditätsengpasses übernimmt die Postbank die Funktion des „Lender of Last Resort“. Im Liquiditätsnotfall auf Ebene der Postbank Gruppe besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfallgremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

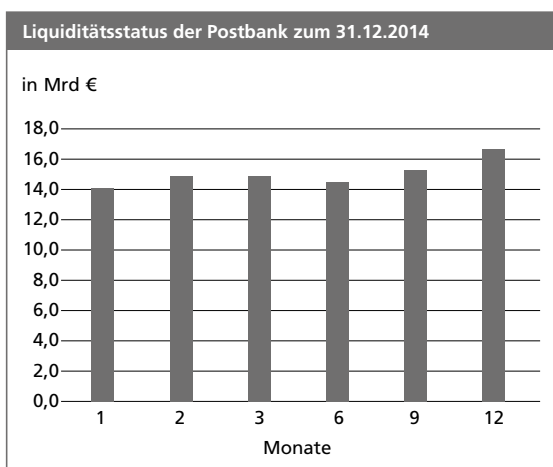
Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Nach wie vor sind keine nennenswerten Refinanzierungsmaßnahmen am Geld- und Kapitalmarkt geplant. Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden im Rahmen der Stresstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung aus Liquiditätssicht nicht gesehen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses werden Barmittel, Zentralbankguthaben sowie ein erheblicher Bestand an frei verfügbaren, hochliquiden sowie zentralbankfähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-)Märkten, genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehenpfandbriefen. Während die Emission öffentlicher Pfandbriefe im Rahmen des Registers E zukünftig nicht mehr geplant ist, bleibt die Emission von Hypothekendarlehenpfandbriefen im Rahmen des Registers D als mögliches Instrument der langfristigen Refinanzierung bestehen.

Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikomanagement geschäftstäglich den Liquiditätsstatus der Postbank sowohl unter Normal- als auch unter Stressbedingungen fest. Darauf aufbauend erfolgt die operative Steuerung. Darüber hinaus basiert die Steuerung auch auf der regelmäßigen Liquiditäts- und Emissionsplanung sowie einer Reihe von weitergehenden Analysen und Forecasts.

Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in extremen Stresssituationen – sicherzustellen. Szenarien für den Liquiditätsstress bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im MaRisk-Szenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser

Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im MaRisk-Szenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, ein eingeschränkter Zugang zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert. Für alle Stressszenarien wurde als Anforderung festgelegt, den Bestand an Kundenkrediten auch im Stress mindestens konstant zu halten.

Die folgende Darstellung zeigt den Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2014. Dabei handelt es sich um eine kumulierte Darstellung der für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:



Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und der Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der Stresstests im Berichtsjahr 2014 unterstreichen die solide Liquiditätsposition der Postbank. So ergaben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stresseffekte im MaRisk-Szenario stets komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition innerhalb der Survival Period sowie darüber hinaus.

Die Postbank ist in den Liquiditätsrisikomanagement-Prozess der Deutschen Bank integriert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Das Advanced-Measurement-Approach (AMA)-Kapitalmodell der Postbank basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen zunächst interne und externe Verlustfälle sowie Szenariodaten. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder mittels Monte-Carlo-Simulation berechneten Kapitalbeträge wird eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder eingesetzt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt.

Für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Operationelle Risiken nutzt die Postbank einen fortgeschrittenen Messansatz (AMA).

Die Operationellen Risiken sind vollumfänglich in das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank integriert. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den Geschäftsfeldern der Postbank sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben der regelmäßigen Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben.

Die Postbank setzt neben dem Quantifizierungsmodell insbesondere folgende qualitative Instrumente ein:

- strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €),
- Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling im CRO-Ressort wahrgenommen.

Die Schäden aus Operationellen Risiken sind im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr signifikant gestiegen. Diese Entwicklung resultiert zum einen aus einer Zunahme von Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Ein Großteil von diesen bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds; der Vertrieb der Fonds wurde 2012 eingestellt. Zum anderen ist der Anstieg eine Folge der einschlägigen Urteile des Bundesgerichtshofs vom Mai und vom Oktober 2014 zur Rückerstattung der Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen.

Die Abwehr von Betrugshandlungen bildet einen weiteren Schwerpunkt im Management Operationeller Risiken. Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen weiterhin die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugs Sachverhalte über das FRAUD-Komitee sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Verschiedene technische und organisatorische Maßnahmen haben 2014, verglichen mit dem Vorjahr, zu einem Rückgang der Schäden geführt.

Im Rahmen der Identifizierung und Steuerung von Rechtsrisiken erstattet der Rechtsbereich dem Vorstand regelmäßig Bericht und erstellt Analysen, um sicherzustellen, dass den Geschäftsbereichen differenzierte Einschätzungen zur Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen. Der Rechtsbereich identifiziert Rechtsrisiken durch verschiedene Einzelmaßnahmen. Er unterstützt u. a. bei der Bewertung der Risikotoleranz der Postbank in Bezug auf Rechtsrisiken und nimmt an einem jährlichen Programm im Deutsche Bank Konzern zur Bewertung von Rechtsrisiken (Annual Legal Risk Assessment Program) teil. Die zur Behebung bzw. Begrenzung von aus den Geschäftsaktivitäten der Bank resultierenden potenziellen Rechtsrisiken erforderlichen Schritte werden zwischen dem Rechtsbereich und den Geschäftsbereichen abgestimmt.

Flankierend werden innerhalb des OpRisk-Controllings die Rechtsrisiken mittels unterschiedlicher Verfahren über die etablierte Struktur der dezentralen OpRisk-Manager erhoben. So werden die Risiken sowohl systematisch und flächendeckend über die Methoden Szenarioanalyse und Self-Assessment als auch anlassbezogen bei der Einführung neuer Produkte und bei der Beurteilung von Auslagerungsvorhaben identifiziert und bewertet.

Die in der Tabelle enthaltenen Angaben zu den Geschäftsfeldern umfassen jeweils sowohl Core- als auch Non-Core-Portfolios.

Geschäftsfeld gemäß Solvabilitätsverordnung	Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Unternehmensfinanzierung	-	-
Handel	23	14
Privatkundengeschäft	347	340
Firmenkundengeschäft	42	48
Zahlungsverkehr und Abwicklung	0	0
Depot- und Treuhandgeschäft	1	1
Vermögensverwaltung	-	-
Wertpapierprovisionsgeschäft	8	8
Summe Postbank	421	411

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) entlang der Wertschöpfungskette für Geschäftstätigkeiten und für kritische Bankfunktionen. Das BCM beinhaltet die Beschreibung der Umsetzung vorbeugender und

wiederherstellender Maßnahmen in Form von Notfall-, Krisen- und Testplänen für jedes Ressort. Im Rahmen des BCM werden regelmäßig Business-Impact-Analysen und Risk Identification and Assessments (RIA) zur Beurteilung wesentlicher Geschäftsprozesse und deren Kritikalität durchgeführt. Durch Tests wird die Funktionsfähigkeit dieser Notfallpläne nachgewiesen.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken. Die Steuerung der Risiken erfolgt über die Gremienstruktur der Postbank.

Risikosteuerung von Spar- und Girorisiken

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen – insbesondere Spar- und Giroeinlagen – Ablaufkationen definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch unerwartetes Kundenverhalten oder eine Veränderung der eigenen Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – kann es im Zeitablauf zu unerwarteten Volumen- oder Margenschwankungen kommen, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und somit auch das ökonomische Kapital beeinträchtigen können.

Die Abteilung Marktrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung nimmt die zentrale Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion zu den Spar- und Girorisiken wahr.

Risikosteuerung von Reputationsrisiken

Kernelement des Reputationsrisikomanagements der Postbank ist die präventive Behandlung von reputationsrisikorelevanten Sachverhalten, die sich aus bestimmten Transaktionen, Geschäftspartnern oder Geschäftspraktiken mit Kundenbezug ergeben. Die primäre Verantwortung für die Identifizierung, Beurteilung und Eskalation derartiger Sachverhalte liegt bei den Leitungsebenen der einzelnen Ressorts. Es gilt das Prinzip der dezentralen Steuerungsverantwortung. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben werden die dezentralen Einheiten von den zentralen Infrastruktureinheiten unterstützt.

Zur Erörterung von Sachverhalten, die ein gravierendes Reputationsrisiko darstellen, ist das Reputationsrisikokomitee (RepKo) als Eskalationsgremium für die Postbank einzubeziehen. Dieses Komitee unterstützt den Gesamtvorstand im Rahmen des Risikomanagements hinsichtlich der Überwachung und Steuerung von Reputationsrisiken. Wesentliches Steuerungsziel ist es, Reputationsrisiken nach Möglichkeit vollständig durch Prävention zu verhindern oder zumindest die Auswirkungen eingetretener Reputationsschäden durch entsprechende reaktive Maßnahmen zu minimieren.

Risikosteuerung residualer Geschäftsrisiken

Die Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken stehen in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank. Als Grundlage zur Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden.

Die Quantifizierung und Überwachung erfolgt teilweise auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts, teilweise durch Anwendung

von Szenarioanalysen, dabei werden die angewandten Verfahren regelmäßig im Hinblick auf ihre Güte überprüft. Die Limite werden vom BRK beschlossen.

Zur Analyse von außergewöhnlichen Ereignissen werden darüber hinaus in regelmäßigen Abständen weitere sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Die mindestens quartalsweise Berichterstattung und Limitüberwachung erfolgt aus dem Bereich Risikosteuerung auf Ebene der Deutschen Postbank AG.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beschrieben. Damit kommt die Postbank der Anforderung des § 289 Abs. 5 HGB nach. Die Postbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie für die Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Vorstandsvorsitz, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht,
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Vorstandsvorsitz, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Koordination der Entsprechenserklärung im Sinne des § 161 AktG,
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Schaffung der Ansatzvoraussetzungen, Bewertung (bestmögliche Schätzung) und kontinuierliche Prüfung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie die Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- Bereitstellung weiterer relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Jahresabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements und -controllings, soweit nicht der Risikoausschuss zuständig ist, Interner Revision und Compliance,
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Postbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Die Postbank stellt ihren Jahresabschluss und den Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242–256a HGB, §§ 264–286 HGB, §§ 289–289a HGB) unter Berücksichtigung der rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG) und der branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute sowie den ergänzenden Vorschriften der Satzung auf.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Der Jahresabschluss wird durch die entsprechenden Prüfungen im Bereich Rechnungswesen qualitätsgesichert.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Postbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungs-Tools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des Monitoring der individuellen Datenverarbeitung überwacht wird.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems in der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstand Ressourcen unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse.

Die Prüfungsplanung der Internen Revision basiert – im Gleichklang mit der Methodik der Deutschen Bank – auf einem dynamischen Verfahren. In einem kontinuierlichen Risk Assessment werden die mit den Geschäftsfeldern verbundenen inhärenten Risiken und die korrespondierenden Kontrollmaßnahmen analysiert und bewertet. Hieraus

abgeleitet ergibt sich der risikoorientierte Prüfungsplan für das Geschäftsjahr. Mit dessen Durchführung wird die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogenen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den Erkenntnissen aus den Risk Assessments entsprechend angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme (InstitutsVergV) vom 6. Oktober 2010 wurde am 16. Dezember 2013 durch eine Neufassung ersetzt, die zum 1. Januar 2014 in Kraft getreten ist. Die strukturellen Anforderungen in Bezug auf die Einrichtung eines Vergütungskontrollausschusses (Ausschuss des Aufsichtsrats) sowie der Funktion eines Vergütungsbeauftragten sind bereits Ende 2013 von den zuständigen Gremien beschlossen worden. Die weiteren Änderungen der InstitutsVergV wurden von der Postbank zeitgerecht umgesetzt.

Die Vergütungssysteme der Postbank erfüllen die in der InstitutsVergV geregelten allgemeinen und besonderen Anforderungen. Sie stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung angemessen vergütet.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, deren Tätigkeit wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil hat, wurden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Die Vergütungssysteme stehen insbesondere in Bezug auf die Höhe der zu verschiebenden Anteile der variablen Vergütung und die Zurückbehaltungszeiträume im Einklang mit den Anforderungen der InstitutsVergV. Soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich war, wurden die notwendigen Anpassungen nach Prüfung gemäß § 10 InstitutsVergV in den Anstellungsverträgen nachgezogen.

PROGNOSEBERICHT

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliches Umfeld

Weltwirtschaft

Die Aussichten für eine leichte Beschleunigung des globalen Wachstums im Jahr 2015 sind günstig. Insbesondere in den Industrieländern ist eine Verstärkung des konjunkturellen Aufschwungs zu erwarten. Positive Impulse auf die Binnennachfrage dürften dort von dem gesunkenen Ölpreis ausgehen. Zudem hat sich der fiskalische Konsolidierungsdruck in vielen Ländern verringert, sodass die von dieser Seite ausgehenden Bremseffekte weiter nachlassen sollten. Die Geldpolitik in der Eurozone wird auf Sicht sehr expansiv bleiben und das Wachstum damit weiter stützen. Sehr differenziert dürfte sich die Wirtschaft in den aufstrebenden Volkswirtschaften entwickeln. Belastungsfaktoren, die das Wachstum in einigen Ländern bereits 2014 gebremst haben, dürften nachwirken oder sich sogar noch verstärken. Problematisch könnte 2015 vor allem für auf Rohstoffexporte und hier insbesondere Öl angewiesene Länder werden. Schwellenländer, die Rohstoffe überwiegend importieren, dürften dagegen von dem Preisrückgang profitieren. Ländern mit einem starken Exportsektor sollte zudem die anziehende Nachfrage in den Industrieländern zugutekommen. Risiken für das globale Wachstum könnten vor allem von einer möglichen Verschärfung geopolitischer Konflikte ausgehen. Auch ist nicht auszuschließen, dass die Staatsschuldenkrise im Euroraum infolge politischer Interessenkonflikte wieder aufflammt. Der IWF rechnet für 2015 mit einer Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung um 3,5 % nach einem Plus von 3,3 % im Jahr 2014.

Der Konjunkturaufschwung in den USA steht zum Jahresbeginn auf einer ungewöhnlich breiten Basis, sodass sich das Wachstum im Jahr 2015 spürbar beschleunigen sollte. Der private Verbrauch dürfte von einer weiter deutlich steigenden Beschäftigung und der erheblichen Entlastung der Verbraucher durch die gesunkenen Energiepreise profitieren. Kräftige Impulse sind auch von Unternehmens- und Wohnungsbauinvestitionen zu erwarten. Insgesamt dürfte das BIP aber deutlich stärker zulegen als im Vorjahr. Wir rechnen für 2015 mit einem BIP-Wachstum von 3,7 %.

Die japanische Wirtschaft sollte sich von dem im Vorjahr erlittenen konjunkturellen Rückschlag erholen. Ein kräftiger Aufschwung zeichnet sich bei einem leicht steigenden privaten Verbrauch und abgeschwächtem Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen allerdings nicht ab. Insgesamt dürfte das BIP-Wachstum mit 1,3 % moderat ausfallen.

Im Euroraum dürfte sich die allmähliche Erholung der Konjunktur fortsetzen. Dabei könnte sich die Zunahme des privaten Verbrauchs beschleunigen, da dieser von dem kräftigen Rückgang des Ölpreises zusätzliche Impulse erhalten sollte. Auch die immer noch sehr niedrigen Bruttoanlageinvestitionen dürften ausgeweitet werden. Dagegen sollten die Staatsausgaben im Zuge des anhaltenden Konsolidierungskurses nur ganz leicht steigen. Im Zuge der erwarteten Belebung der Weltkonjunktur und des deutlich schwächeren Euro sollte das Exportwachstum anziehen. Da auch die Importe infolge der etwas stärkeren Binnennachfrage ebenfalls zulegen dürften, sollte vom Außenhandel kein nennenswerter Wachstumsimpuls ausgehen. Insgesamt dürfte sich das BIP-Wachstum 2015 nur leicht auf 1,3 % erhöhen.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zum Jahreswechsel in einer soliden Verfassung. Frühindikatoren wie der ifo-Geschäftsklimaindex deuten zudem auf eine anhaltende Belebung hin. Die sich verstärkende globale Nachfrage sollte im Zusammenspiel mit dem schwächeren Euro zu einem kräftigeren Wachstum der Exporte führen. Infolge des sich verbessernden globalen Umfelds sollte auch die Verunsicherung der Unternehmen weiter nachlassen, sodass diese ihre Investitionen allmählich wieder ausweiten. Konjunkturelle Impulse sind zudem aufgrund des sehr niedrigen Zinsniveaus von den Bauinvestitionen zu erwarten. Zum wichtigsten Wachstumsträger könnte sich der private Verbrauch entwickeln, der von soliden Einkommenszuwächsen bei gleichzeitig sehr niedriger Inflation profitieren sollte. In der Summe dürfte sich der konjunkturelle Aufschwung im Jahr 2015 fortsetzen, sodass wir mit einem BIP-Wachstum von 1,4 % rechnen. Hiervon sollte auch der Arbeitsmarkt profitieren. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte weiter sinken, während gleichzeitig die Erwerbstätigkeit erneut steigt.

Märkte

Angesichts des im Januar 2015 von der EZB beschlossenen umfangreichen Ankaufprogramms, das Anleihen der Zentralregierungen der EWU-Mitgliedsstaaten, von Emittenten mit Förderauftrag und Europäischen Institutionen umfasst und mit einem monatlichen Volumen von 60 Mrd € ausgestattet ist, rechnen wir für den weiteren Jahresverlauf nicht mit weiteren maßgeblichen geldpolitischen Veränderungen. Die EZB dürfte das Ankaufprogramm wie angekündigt umsetzen. Die Leitzinsen dürften das gesamte Jahr über auf dem erreichten Niveau bleiben. Die US-Notenbank (Fed) dürfte dagegen den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik weiter zurückfahren. Mit der ersten Leitzinserhöhung rechnen wir zur Jahresmitte 2015. Bis zum Jahresende sollte der Leitzins auf 1,0 % steigen. Das Risiko, dass die Fed die Leitzinsanhebungen aufgrund einer sehr niedrigen Inflationsrate aufschiebt, erachten wir dabei als größer, als dass sie die Zinsen früher und stärker anhebt.

Infolge der nochmals expansiveren EZB-Geldpolitik dürften die Kapitalmarktzinsen in der Eurozone sehr niedrig bleiben, obwohl im Jahresverlauf einige Faktoren für einen Renditeanstieg sprechen. Hierzu gehört die sich leicht verbessernde konjunkturelle Lage im Euroraum. Auch sollte der Ölpreis nicht weiter sinken, was zu einer Stabilisierung der Inflationserwartungen führen sollte. Zudem dürften infolge der etwas strafferen US-Geldpolitik die Renditen von US-Staatsanleihen tendenziell steigen, was üblicherweise auch auf den deutschen Markt ausstrahlt. Die sich daraus ergebenden Aufwärtsschritte für das Renditeniveau dürften jedoch durch die Anleiheankäufe der EZB kompensiert werden. Wir rechnen deshalb damit, dass die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen Ende 2015 in etwa auf dem gleichem Niveau liegen wird wie zum Jahresbeginn. Bei konstant niedrigen Leitzinsen dürfte die Zinsstrukturkurve damit vergleichsweise flach bleiben.

Die Aussichten für Unternehmensanleihen sind gespalten. Einerseits sollte sich die Ausweitung der EZB-Anleiheankäufe auch positiv auf Unternehmensanleihen auswirken. Andererseits sorgt der Ölpreisverfall derzeit für ein erhöhtes Ausfallrisiko, vor allem bei Anleihen von US-Unternehmen mit geringer Bonität, da viele dieser Emittenten im Energiesektor angesiedelt sind. Auch wenn dies in Europa nicht der Fall ist, dürfte das entsprechende Marktsegment von den

Bewegungen in den USA betroffen werden. Dies könnte zu steigenden Risikoaufschlägen führen. Zumindest spricht dies für eine erhöhte Volatilität. Europäische Anleihen im Bereich guter Bonitäten dürften derweil von den EZB-Maßnahmen weiter stabilisiert werden.

Im Hinblick auf die Risikoaufschläge, die für Staatsanleihen der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone verlangt werden, sehen wir vor dem Hintergrund der Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB sowie der prognostizierten moderaten Konjunkturerholung noch ein gewisses Verringerungspotenzial. Die Spielräume für eine weitere Reduzierung der Risikoprämien sind aufgrund des inzwischen erreichten Niveaus aber begrenzt. Gleichzeitig dürften die Märkte für Staatsanleihen anfällig für Rückschläge bleiben, wobei diese eher durch politische als durch ökonomische Entwicklungen ausgelöst werden könnten.

Von besonderer Relevanz ist derzeit die Frage, wie der Konflikt zwischen der neuen griechischen Regierung und den öffentlichen Gläubigern des Landes über die Fortführung des laufenden Hilfsprogramms, einen eventuellen Schuldenschnitt bzw. eine Schuldenrestrukturierung sowie die Verpflichtung Griechenlands zur Fortführung der Strukturreformen gelöst wird. Sollte es zu keiner Einigung über eine Verlängerung des Hilfsprogramms kommen, droht dem griechischen Staat die Zahlungsunfähigkeit. In diesem Fall wäre auch ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone nicht auszuschließen. Dies könnte dann zu einer erheblichen Ausweitung der Risikoaufschläge führen, falls in der Folge von den Marktteilnehmern die grundsätzliche Stabilität des Euroraums infrage gestellt würde. Würden die Regierungen der anderen Eurostaaten Griechenland aber zu weit entgegenkommen, könnte dies Begehrlichkeiten bei anderen Schuldnerstaaten wecken oder auch das Erstarken populistischer Strömungen begünstigen. Dies könnte den Prozess notwendiger struktureller Reformen empfindlich stören und ebenfalls zu einem Anstieg der Risikoaufschläge führen. Zwar halten wir eine Lösung des Konflikts durch einen Kompromiss, der zu einem neuen, veränderten Hilfsprogramm führt, für die wahrscheinlichste Variante. Jedoch erscheint uns die weitere Entwicklung derzeit als schlecht vorhersehbar.

Branchensituation

Eine deutliche und nachhaltige Verbesserung des operativen Geschäfts in einem Umfeld niedriger Zinsen sowie die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen dürften für deutsche Banken bis Ende 2015 die zentralen Themen sein. Ab Oktober dieses Jahres soll beispielsweise die Liquidity Coverage Ratio schrittweise eingeführt werden. Sie soll sicherstellen, dass jede Bank in der Lage ist, ein schweres Liquiditätsstressszenario über einen Zeitraum von 30 Kalendertagen selbstständig zu überstehen.

Bis Ende 2015 erwarten wir keinen signifikanten Zinsanstieg, sodass eine Ausweitung der Zinsmarge den meisten Instituten schwer fallen dürfte, vor allem, da im deutschen Privat- und Firmenkundensegment ein harter Wettbewerb herrscht, der Zins- und Provisionsergebnis belastet. Im Kreditgeschäft mit diesen Kundengruppen sind zudem nur moderate Zuwächse zu erwarten. Deutliche Steigerungen von Provisionsergebnis und Zinsüberschuss sollten daher nur schwer erreichbar sein. Wegen der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen auf der Ertragsseite dürfte auch 2015 bei vielen Instituten eine weitere Kostenoptimierung auf

der Agenda stehen. Die Mittel, die die Banken für die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen einsetzen müssen, belasten allerdings zusätzlich die GuV, was die Möglichkeiten von Kosteneinsparungen begrenzt.

Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarkts mit privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten wird nach unserer Einschätzung auch 2015 weiter Bestand haben. Fusionen bzw. Übernahmen sollten überwiegend innerhalb der jeweiligen Institutsgruppen erfolgen. Die Umsetzung eines deutschen Trennbankengesetzes würde zu Veränderungen der Marktstellung bzw. der Wettbewerbssituation einzelner Institute führen.

Verbraucherschutz, manifestiert in Rechtsprechung und Gesetzgebung, kann sich auch 2015 auf die Reputation und die Geschäftsergebnisse der Bankenbranche auswirken. Diese allgemeine Entwicklung (z. B. im Hinblick auf Bankentgelte oder Widerrufsbelehrungen bei Verbraucherkrediten) ist auch für die Postbank relevant.

AUSBLICK FÜR DIE POSTBANK

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Auch 2015 wird ein Schwerpunkt in der Einhaltung neuer und geänderter regulatorischer Anforderungen liegen. Hierzu gehören u. a. der Supervisory Review and Evaluation Process (SREP), die Grundsätze für die effektive Aggregation von Risikodaten und die Risikoberichterstattung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision – BCBS, Konsultationspapier 239) sowie die Umsetzung der neuen Technischen Standards zur CRR. In etwa gleich großem Umfang wie im Vorjahr sollen Investitionen in den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit erfolgen. Gegenüber 2014 wird eine leichte Reduktion der Aufwendungen im Feld „Integration“ geplant. Der „Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit“ inklusive weiterer Initiativen zur Digitalisierung des Kundengeschäfts und der Automatisierung des Bargeldkreislaufs wird sich leicht über dem Niveau von 2014 bewegen.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Es ist zu erwarten, dass auf Basis der aktuellen Einschätzungen die Ergebnisse zur Mitarbeiterzufriedenheit und zur Kundenzufriedenheit 2015 zumindest das Niveau aus dem Jahr 2014 erreichen bzw. sich moderat verbessern werden. Diese Prognose unterstellt keine grundlegenden Änderungen in der strategischen Ausrichtung der Postbank.

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation der Postbank

Die folgende Einschätzung des voraussichtlichen Geschäftsverlaufs der Postbank für das Jahr 2015 basiert auf den in diesem Lagebericht skizzierten Erwartungen über die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Unter anderem könnten sich eine erneute Verschärfung der Staatsschuldenkrise und/oder mögliche Rückschläge und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten negativ auf den erwarteten Verlauf auswirken. Auch die anhaltende Diskussion um eine weitere, unerwartete und deutliche Verschärfung der regulatorischen Vorschriften für den Bankensektor könnte einen signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben, der im folgenden Basisszenario nicht berücksichtigt wurde. Unsere Erwartungen beruhen auf einer vor den jüngsten EZB-Beschlüssen getroffenen Zinsprognose, die über dem aktuellen Marktzinsniveau liegt. Sollte sich diese Entwicklung verstetigen, würde dies die Ergebnisentwicklung 2015 belasten.

Der Konzern Deutsche Bank prüft aktuell ergebnisoffen seine Zukunftsstrategie. Dies könnte auch den laufenden Integrationsprozess der Postbank beeinflussen. Da die Kommunikation möglicher Veränderungen der Konzernstrategie erst für das zweite Quartal 2015 avisiert wurde und keine gegenteiligen Informationen vorliegen, gehen wir nachfolgend von einer planmäßigen Fortführung der laufenden Integrationsschritte aus.

Spürbare Synergien erwarten wir aus der weiter fortschreitenden Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern; diese sollten die kurz-, mittel- und langfristige Ergebnissituation der Postbank und ihrer Geschäftsbereiche positiv beeinflussen. Die derzeit erwarteten Ertrags- und Kostensynergien aus der Integration sowie die Sonderbelastungen sind im nachfolgenden Ausblick berücksichtigt.

Das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit seinen soliden Ertragsströmen bildet unverändert die Basis für die künftige Ergebnisentwicklung der Postbank. Im Fokus steht dabei u. a. die Verbesserung der – um integrationsbedingte Aufwendungen bereinigten – Kostenbasis. Hier werden sich durch die Einbindung in den Deutsche Bank Konzern verstärkt Effizienzpotenziale ergeben.

Für 2015 wird trotz positiver Impulse aus dem Kerngeschäft der Postbank ein Rückgang des Zinsüberschusses erwartet. Ursächlich für diese Entwicklung ist insbesondere der Wegfall von Einmaleffekten, die 2014 positiv gewirkt haben. Die im Jahr 2015 insgesamt positive Entwicklung im Kundengeschäft wird diese Sondereffekte voraussichtlich nicht vollumfänglich kompensieren.

Der Provisionsüberschuss dürfte im Jahr 2015 leicht ansteigen. Die Ausweitung der Geschäftsaktivitäten im Mittelstandssegment wird sich voraussichtlich genauso positiv niederschlagen wie Wachstumsinitiativen im Rahmen der Digitalisierung der Postbank. Positive Impulse erwarten wir – auch getrieben durch das Zinsumfeld – durch wachsende Nachfrage bei den Investmentprodukten.

Für das Handelsergebnis gehen wir nach dem positiven Ergebnisbeitrag im Jahr 2014 von einem weitgehend ausgeglichenen Ergebnis aus.

Für die Risikovorsorge für Wertpapier der Liquiditätsreserve erwarten wir für 2015 aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und des flachen Zinskurvenverlaufs einen negativen Ergebnisbeitrag im einstelligen Millionenbereich.

Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gehen wir im Vergleich zu 2014 von einer Verbesserung im Jahr 2015 aus, da insbesondere im Jahr 2014 belastend wirkende Effekte aus einmaliger Methoden- und Parameterangleichung nicht erneut für 2015 zu erwarten sind.

Im Verwaltungsaufwand erwarten wir für das Jahr 2015 einen leichten Rückgang insbesondere aufgrund geringerer integrationsbedingter Aufwendungen.

Eine signifikante Verbesserung der Kostensituation im Vergleich zum Vorjahr erwarten wir in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Belastungen im Jahr 2014, welche wir in der Zukunft nicht mehr in ähnlicher Größenordnung erwarten, ergaben sich u. a. aus dem vorfristigen Rückkauf von Passivpositionen sowie aus Aufwendungen für erwartete bzw. bereits erfolgte Rückerstattungen von Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen sowie aus Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Ein Großteil davon bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds. Der Vertrieb dieser Fonds wurde 2012 eingestellt.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen gehen wir von einem substanziiell niedrigeren Ergebnisbeitrag als im Jahr 2014 aus, da der signifikante positive Beitrag aus Bewertung von Sondervermögen zur Unterlegung von Pensionsverpflichtungen (Contractual Trust Arrangement) sich erwartungsgemäß aufgrund der Zinssituation nicht wiederholen wird.

Da sich die im Jahr 2014 aufgetretenen nicht nachhaltigen Sondereffekte in sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen in etwa ausgleichen, erwarten wir das sonstige Ergebnis 2015 in etwa auf einem konstanten Niveau.

Bei den Zuschreibungen/Abschreibungen auf Beteiligungen und Wertpapiere erwarten wir durch den Wegfall von positiven Sondereffekten (insbesondere die Kapitalherabsetzung bei einer Tochtergesellschaft) im Jahr 2015 deutlich höhere Belastungen.

Eine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken sehen wir anders als in den Vorjahren aktuell für 2015 nicht vor.

Auf dieser Basis gehen wir insgesamt von einem leicht positiven Vorsteuerergebnis für 2015 aus.

VERSICHERUNG DES VORSTANDS

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, 25. Februar 2015

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß

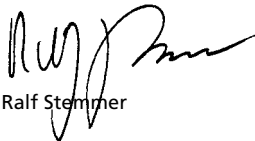
Susanne Klöß-Braekler



Dr. Ralph Müller



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2014 – DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN

Aktiva	Vorjahr				31.12.2014	Vorjahr
	€	Mio €	€	€	€	Mio €
1. Barreserve						
a) Kassenbestand				957.765.823,26		897
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				176.269.896,01		93
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	175.469.945,45	91			1.134.035.719,27	
2. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig				1.254.473.235,56		2.603
b) andere Forderungen				25.793.983.044,90		31.257
darunter:						
Hypothekendarlehen	331.886,94	30				
Kommunalkredite	20.000.000,00	20			27.048.456.280,46	
3. Forderungen an Kunden						
darunter:						
Hypothekendarlehen	21.736.147.506,35	23.503				
Kommunalkredite	3.113.810.864,49	3.408			66.482.890.806,23	64.724
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0,00			0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	0				
ab) von anderen Emittenten			0,00	0,00		0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	0				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			15.791.555.955,93			14.016
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	15.783.472.837,77	14.016				
bb) von anderen Emittenten			12.956.115.887,65	28.747.671.843,58		11.670
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	11.839.809.931,77	10.641				
c) eigene Schuldverschreibungen				0,00		0
Nennbetrag	0,00	0			28.747.671.843,58	
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					6.135,80	0
5a. Handelsbestand					699.428.896,50	5.684
6. Beteiligungen						
darunter:						
an Kreditinstituten	98.617,98	1				
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	0			19.900.540,80	25
7. Anteile an verbundenen Unternehmen						
darunter:						
an Kreditinstituten	0,00	548				
an Finanzdienstleistungsinstituten	12.046.461,58	12			5.650.645.320,06	6.296
8. Treuhandvermögen						
darunter: Treuhandkredite	507.144.190,50	619			508.108.391,00	630
9. Immaterielle Anlagewerte						
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				26.837.354,06		32
c) Geschäfts- oder Firmenwert				0,00		15
d) geleistete Anzahlungen				0,00	26.837.354,06	0
10. Sachanlagen					373.303.669,03	411
11. Sonstige Vermögensgegenstände					1.913.103.674,58	1.131
12. Rechnungsabgrenzungsposten						
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				107.064.196,14		87
b) andere				24.169.839,64	131.234.035,78	37
13. Aktive latente Steuern					19.914.585,39	0
14. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung					326.984.867,31	130
Summe der Aktiva					133.082.522.119,85	139.738

Passiva	Vorjahr				31.12.2014	Vorjahr
	€	Mio €	€	€	€	Mio €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				1.566.816.999,50		7.764
a) täglich fällig				15.231.493.781,35		8.112
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist						
darunter:						
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	118.056.095,17	111				
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	75.638.759,44	231				
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen						
an den Darlehensgeber ausgehändigte						
Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00	0				
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00	0				
gemischt gedeckte Namensschuld-						
verschreibungen lt. DSLBÜmwG	1.025.486.726,02	1.099			16.798.310.780,85	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten		44.370.099.315,75				46.295
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist						
von mehr als 3 Monaten		123.210.426,60	44.493.309.742,35			134
b) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			1.665.577.861,75			1.552
c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe			137.200.633,53			198
d) gemischt gedeckte Namensschuld-						
verschreibungen lt. DSLBÜmwG			11.405.830.590,92			11.636
e) andere Verbindlichkeiten						
ea) täglich fällig		39.759.342.955,85				36.916
eb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.066.349.702,56	42.825.692.658,41			3.262
darunter:						
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen						
an den Darlehensgeber ausgehändigte						
Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00	0				
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00	0			100.527.611.486,96	
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekenspfandbriefe			3.571.460.336,00			4.500
ab) öffentliche Pfandbriefe			66.376.267,12			1.594
ac) gemischt gedeckte Schuldverschrei-						
bungen lt. DSLBÜmwG			0,00			0
ad) sonstige Schuldverschreibungen			949.069.916,18	4.586.906.519,30		1.090
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten				0,00		0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00	0			4.586.906.519,30	
3a. Handelsbestand					195.402.152,64	5.514
4. Treuhandverbindlichkeiten						
darunter: Treuhandkredite	507.144.190,50	619			508.108.391,00	630
5. Sonstige Verbindlichkeiten					1.192.569.160,50	1.126
6. Rechnungsabgrenzungsposten						
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				13.245.219,51		21
b) andere				18.506.474,35	31.751.693,86	17
7. Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und				0,00		0
ähnliche Verpflichtungen				46.244.552,77		35
b) Steuerrückstellungen				703.777.481,69	750.022.034,46	500
c) andere Rückstellungen						
8. Nachrangige Verbindlichkeiten					2.428.752.106,20	2.927
9. Genusrechtskapital						
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	872.500.000,00	296			1.052.000.000,00	1.152
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken						
davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	6.292.421,58	3			2.270.642.647,83	2.023
11. Eigenkapital						
a) gezeichnetes Kapital				547.000.000,00		547
b) Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter				20.225.837,62		20
c) Kapitalrücklage				1.090.499.481,11		1.090
d) andere Gewinnrücklagen				1.082.719.827,52		1.083
e) Bilanzgewinn				0,00	2.740.445.146,25	0
Summe der Passiva					133.082.522.119,85	139.738

			31.12.2014	Vorjahr
			€	Mio €
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			-,-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen ¹	732.018.979,51			1.402
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			732.018.979,51	-
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-	-
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	5.551.150.285,10		5.551.150.285,10	6.428

¹Verpflichtungen aus Patronatserklärungen sind im Anhang unter Punkt C.I. angegeben.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2014 BIS 31. DEZEMBER 2014
 Vergleichszahlen vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

Aufwendungen	Vorjahr		31.12.2014		Vorjahr
	€	Mio €	€	€	
1. Zinsaufwendungen				1.478.372.559,01	1.784
2. Provisionsaufwendungen				298.937.201,51	299
3. Nettoaufwand des Handelsbestands				0,00	12
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter			462.796.415,88		494
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	107.990.031,84	128	154.421.908,64	617.218.324,52	173
b) andere Verwaltungsaufwendungen				1.582.796.696,24	1.960
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				39.128.943,14	38
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen				854.941.061,58	139
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				242.748.487,30	157
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				610.256.119,47	347
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme				1.269.495,28	3
10. Außerordentliche Aufwendungen				14.499.855,55	15
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon: aus der Veränderung bilanzierter latenter Steuern	-19.914.585,39	0		102.001.548,32	-67
12. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen				3.365.749,99	5
13. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				14.774.551,54	151
14. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				244.037.918,76	250
15. Jahresüberschuss				0,00	0
Summe der Aufwendungen				6.104.348.512,21	5.760

Erträge	Vorjahr		31.12.2014	Vorjahr
	€	Mio €	€	Mio €
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		3.056.650.047,65		3.138
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		721.603.568,87	3.778.253.616,52	696
2. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		18.530,94		1
b) Beteiligungen		1.351.902,78		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		101.162.507,41	102.532.941,13	198
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			241.998.734,12	202
4. Provisionserträge			707.422.592,65	738
5. Nettoertrag des Handelsbestands davon: Einstellung in Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	3.146.210,79	0	17.385.747,47	0
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			515.816.380,14	308
7. Sonstige betriebliche Erträge			740.938.500,18	479
Summe der Erträge			6.104.348.512,21	5.760

	31.12.2014	Vorjahr
	€	Mio €
1. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0
2. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0

ANHANG DEUTSCHE POSTBANK AG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

A. ALLGEMEINE ANGABEN ZUR GLIEDERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES SOWIE ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGS- METHODEN

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG (Postbank) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt und umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr grundsätzlich unverändert.

Im Berichtsjahr wurden Ausweisänderungen für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen nahestehender Unternehmen sowie der Erstattungen von Portoaufwendungen vorgenommen. Zudem wurde mit der erstmaligen Verrechnung (Netting) von Zinsderivaten des Handelsbestands mit zentralen Kontrahenten eine Bilanzierungsänderung durchgeführt.

Die bisherige Bemessung der Pauschalwertberichtigungen für das latente Kreditrisiko bei Forderungen anhand von durchschnittlichen tatsächlichen Ausfällen der Vergangenheit ist im Berichtsjahr durch ein zukunftsorientiertes Verfahren auf Grundlage von Kreditstrukturdaten (Expected Loss) ersetzt worden.

Zum 1. Juli 2014 hat die neu gegründete Postbank Niederlassung in Luxemburg ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen. Die Tochtergesellschaft PB International S.A., Luxemburg, hat zu diesem Termin das Kundengeschäft an die neu gegründete Niederlassung veräußert.

2. Bilanzierung und Bewertung

Wie Umlaufvermögen bewertete Vermögensgegenstände
Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, andere Forderungen, Treuhandvermögen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit ihrem Nennwert angesetzt. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt. Angekaufte Forderungen wurden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die in den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthaltenen Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind nach § 340e Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem Nennbetrag zuzüglich abgegrenzter Zinsen bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwerten und den Anschaffungskosten wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig aufgelöst.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens (mit Ausnahme des Handelsbestands) sind mit ihren historischen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert (§ 340e Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 253 Abs. 4 Satz 1 HGB und § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB).

Für Strukturierte Kreditprodukte (SCP), wie z. B. Residential Mortgage Backed Securities, werden indikative Kurse (Arranger Quotes) genutzt. Somit fließen in größtmöglichem Umfang Marktdaten in die Bewertung ein. Die enthaltenen synthetischen Collateralized Debt Obligations (CDO) stellen strukturierte Produkte nach IDW RS HFA 22 dar und werden bilanziell getrennt dargestellt.

Bewertungseinheiten

Die Postbank sichert Vermögensgegenstände und Schulden durch Microhedges gegen Zinsänderungsrisiken ab und bilanziert diese als Bewertungseinheiten. Ziel der Microhedges ist es, Zinsschwankungen bei Vermögensgegenständen und Schulden durch betrag-, währungs- und laufzeitkongruente Derivate abzusichern.

Die Bildung von Bewertungseinheiten erfolgt nach den Vorgaben des § 254 HGB unter Beachtung des IDW RS HFA 35. Die Sicherungsbeziehungen enden, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an die Bildung von Bewertungseinheiten nicht mehr erfüllt sind.

Die Effektivitätsprüfung für alle Bewertungseinheiten erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument. Die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführenden Marktwertänderungen des Grundgeschäfts werden mit der Marktwertänderung des Sicherungsinstruments für jede Sicherungsbeziehung retrograd miteinander verglichen. Soweit sie sich ausgleichen (effektiver Teil), werden sie bilanziell sowohl beim Grundgeschäft als auch beim Sicherungsinstrument (sonstige Vermögensgegenstände/sonstige Verbindlichkeiten) berücksichtigt (Durchbuchungsmethode). Ineffektive Wertänderungen des Sicherungsinstruments werden – soweit negativ – als Drohverlustrückstellung erfasst. Wertänderungen des Grundgeschäfts, die nicht auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, werden nach den allgemeinen Bilanzierungsregeln erfasst.

Bei Auflösung erhaltene und gezahlte Close-out-Zahlungen für Microswaps, deren Basiskontrakte noch im Bestand sind, werden mit dem Buchwert des Sicherungsinstruments und gegebenenfalls für ineffektive Wertänderungen erfasste Drohverlustrückstellungen verrechnet. Ein verbleibender Betrag wird erfolgswirksam vereinnahmt. Die während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung beim Grundgeschäft erfassten Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko werden über die Restlaufzeit des Underlyings zeitanteilig aufgelöst.

Die Postbank bildet Bewertungseinheiten zwischen Vermögensgegenständen bzw. Schulden als Grundgeschäft und Zinsswaps als Sicherungsinstrumente. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug der Buchwert der abgesicherten Vermögensgegenstände 9.164 Mio € und der abgesicherten Schulden –13.059 Mio €. Am Abschlussstichtag betragen

die Wertänderungen, die auf das abgesicherte Risiko der Vermögensgegenstände als Grundgeschäfte entfallen, 539 Mio € und die Wertänderungen, die auf das abgesicherte Risiko der Schulden als Grundgeschäft entfallen, –771 Mio €. Dagegen standen Wertänderungen der Sicherungsinstrumente von –540 Mio € für Vermögensgegenstände bzw. 771 Mio € für Schulden. Zum Abschlussstichtag haben sich Wertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument nahezu ausgeglichen. Die zukünftigen zinsinduzierten Wertänderungen des Grundgeschäfts werden über ein laufzeitkongruentes Sicherungsinstrument bis zur Endfälligkeit des Grundgeschäfts abgesichert.

Handelsbestand

Die Zuordnung einzelner Finanzinstrumente zum Handelsbestand hat die Postbank auf Grundlage interner Richtlinien und Prozesse geregelt. Anwendung finden hierfür die Kriterien der Postbank für die Einbeziehung von Geschäften in das Handelsbuch nach Art. 102 ff. CRR sowie die Regelungen des § 340e HGB. Die Kriterien für die Zuordnung von Finanzinstrumenten zum Handelsbestand haben sich nicht geändert.

Der Ausweis der Handelsbestände erfolgt unter der Bilanzposition Handelsbestand auf der Aktiv- bzw. Passivseite. In dieser Bilanzposition zeigt die Postbank im Wesentlichen Handelsbestände an Derivaten.

Im Bereich des besicherten Geldhandels wird eine Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten bei übereinstimmender Fälligkeit, Währung, Lagerstelle und gleichem Kontrahenten vorgenommen, sofern die Aufrechnungsbedingungen erfüllt sind. In der Bilanz erfolgt ein saldierter Ausweis der Verrechnungsspitze.

Bei Abwicklung von Derivaten über einen zentralen Kontrahenten wird seit dem Geschäftsjahr 2014 das Derivate-netting angewendet. Dabei werden die positiven und negativen Marktwerte mit der Variation Margin-Zahlung verrechnet.

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Existiert für ein Finanzinstrument des Handelsbestands ein aktiver Markt, wird der beizulegende Zeitwert durch den Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtags ermittelt. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende Zeitwert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden bestimmt.

Bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis von Bewertungsmethoden werden in größtmöglichem Umfang beobachtbare Marktdaten verwendet. Die Postbank nutzt dabei größtenteils sogenannte Discounted-Cashflow-Methoden. Hierbei werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Bei der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert werden neben den Zinskurven auch bonitätsinduzierte Wertanpassungen (Credit Value Ad-

justment/Debt Value Adjustment) berücksichtigt. Die oben genannten Bewertungsparameter beeinflussen maßgeblich den beizulegenden Zeitwert. Hinsichtlich der Angabe zu Art, Umfang und Laufzeit des Handelsbestands verweisen wir insbesondere auf die Tabellen unter dem Kapitel C.VII. Termingeschäfte.

Das sich ergebende Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam vereinnahmt. Der Ansatz erfolgt zum beizulegenden Zeitwert.

Auf den Handelsbestand der Postbank wurde im Rahmen der risikoadjustierten Marktbewertung per 31. Dezember 2014 ein Risikoabschlag in Höhe von 1,3 Mio € (Vorjahr: 2,1 Mio €) ermittelt und erfolgswirksam gegen den Nettoaufwand des Handelsbestands eingestellt. Als Berechnungsverfahren wird der Value-at-Risk (zehn Tage Haltedauer, 99 % Konfidenzniveau, historischer Beobachtungszeitraum von einem Jahr) unter Berücksichtigung der Korrelationen zwischen Risikofaktoren und Portfolios genutzt. Darüber hinaus wurden bonitätsinduzierte Belastungen (Credit/Debt Value Adjustment) von Handelsderivaten in Höhe von 5,1 Mio € erfolgswirksam im Nettoaufwand des Handelsbestands erfasst.

Der Betrag, der in einem Geschäftsjahr gesondert dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zuzuführen ist, entspricht mindestens 10 % der Nettoerträge des Handelsbestands (nach Vornahme des Risikoabschlags) und darf nicht höher sein als der gesamte Nettoertrag des Handelsbestands des Geschäftsjahres. Die Zuführung erfolgt, bis der Sonderposten eine Höhe von 50 % des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands nach Risikoabschlag erreicht.

Der Sonderposten darf nur aufgelöst werden, um einen Nettoaufwand des Handelsbestands auszugleichen oder wenn er die 50 %-Grenze überschreitet.

Derivate des Nichthandelsbestands

Sofern Derivate (insbesondere Zinsswaps, Zinsfutures, Forward Rate Agreements, Aktien- und Indexderivate) nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden diese als schwebende Geschäfte nach den hierfür geltenden Grundsätzen behandelt.

Das realisierte Ergebnis aus Derivaten des Nichthandelsbestands wird je nach Zweck des Derivats im Posten Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft bzw. im Zinsergebnis erfasst.

Wurden negative Wertveränderungen in der Folgebewertung festgestellt, erfolgt die bilanzielle Berücksichtigung im Rahmen der bei Kreditinstituten etablierten Bilanzierungskonvention (verlustfreie Bewertung des Bankbuchs).

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung stellt die Postbank jährlich zum 31. Dezember dem handelsrechtlichen Buchwert den Barwert des Zinsbuchs gegenüber. Dabei werden Zinsderivate, die im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kontrahiert werden, mit einbezogen. Sollte der Barwert den Buchwert unterschreiten, wird eine Rückstellung gebildet.

Bei Optionen, bei denen die Postbank Optionsberechtigte ist, erfolgt die Zugangsbewertung in Höhe der gezahlten Optionsprämie. Der Ausweis erfolgt im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. im Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“, sofern es sich um Optionsscheine handelt. Die Folgebewertung erfolgt nach den allgemeinen Bewertungsvorschriften für das Umlaufvermögen nach § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB.

Gezahlte Initial Margins werden in dem Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ ausgewiesen. Im Falle einer zur Absicherung von Derivaten vorgenommenen Verpfändung von Wertpapieren werden diese weiterhin bei der Postbank als rechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümerin ausgewiesen.

Wertpapierpensionsgeschäfte

Echte Wertpapierpensionsgeschäfte werden im Wesentlichen zur Liquiditätssteuerung eingesetzt. Die aus diesen Geschäften in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2014 wurden Wertpapiere als Sicherheiten mit einem Buchwert in Höhe von 6.344 Mio € übertragen (Vorjahr: 6.952 Mio €).

Wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände

Wie Anlagevermögen bewertete Wertpapiere werden gemäß § 340e Abs.1 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) werden zeitanteilig verteilt. Die Bestände werden buchhalterisch getrennt von den Wertpapieren des Umlaufvermögens geführt.

Beteiligungen, einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen, sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Die Anteile an der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen (PB Spezialinvest) werden in

den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen und aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

Immaterielle Anlagewerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen nach der tatsächlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer. Soweit erforderlich, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Für den Geschäfts- und Firmenwert wird eine betriebliche Nutzungsdauer von 15 Jahren angesetzt. Die Gründe für die Länge der Nutzungsdauer liegen in der Annahme der Schätzung der voraussichtlichen Nutzung.

Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Soweit erforderlich, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Kosten für die laufende Wartung und Anschaffungskosten bis 150 € werden in voller Höhe ergebniswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Teilen des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einer Höhe von 410 € werden im Jahr der Anschaffung sofort abgeschrieben.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Postbank bildet gemäß § 250 HGB Rechnungsabgrenzungsposten. Die Auflösung erfolgt entsprechend dem Aufwand bzw. Ertrag der Rechnungsperiode.

Latente Steuern

Die Postbank macht von dem Aktivierungs- und Saldierungswahlrecht gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 und 3 HGB Gebrauch. Eine Aktivierung der latenten Ertragsteuern erfolgt aufgrund der ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank AG lediglich für die ausländischen Niederlassungen. Es wurde kein Umlagevertrag mit dem Organträger abgeschlossen.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Agien/Disagien werden zeitanteilig verteilt. Begebene Zerobonds sind mit dem Emissionswert zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert. Die anteiligen Zinsen von Zerobonds werden nach der Effektivzins-Methode amortisiert.

Rückstellungen

Zum 31. Dezember 2014 beläuft sich der Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtungen auf 789 Mio €.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Als versicherungsmathematisches Verfahren verwendet die Postbank für die Berechnung die „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen der Berechnung zugrunde:

	31.12.2014	31.12.2013
Rechnungszinsfuß	4,54 %	4,89 %
Gehaltsdynamik	2,10 %	2,50 %
Anpassungsrate für Renten	1,60 %	2,00 %
Fluktuation	4,0 % p. a.	4,0 % p. a.
Pensionsalter	60–63 Jahre	60–63 Jahre
Sterblichkeit/Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G

Die Postbank macht von dem Wahlrecht Gebrauch, zur Abzinsung den von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz zu verwenden, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Der zur Abzinsung herangezogene Zinssatz basiert auf der Projektion des von der Bundesbank zum 30. November 2014 veröffentlichten Rechnungszinses auf den Bilanzstichtag.

Seit dem Geschäftsjahr 2013 hat die Postbank ihre Pensionsverpflichtungen mittels eines Contractual Trust Arrangements (CTA) vollständig ausfinanziert.

Aufgrund der Bewertungsvorgaben für Altersversorgungsrückstellungen, die durch das BilMoG am 29. Mai 2009 in Kraft getreten sind, ergab sich bei der Postbank zum 1. Januar 2010 ein Unterschiedsbetrag zum damaligen Recht in Höhe von 66,6 Mio €, der bis 2024 mit mindestens einem Fünftel jährlich zugeführt werden muss. Bis zum 31. Dezember 2014 wurde der gesamte Unterschiedsbetrag von 66,6 Mio € zugeführt, davon im Geschäftsjahr 2014 14,5 Mio €. Die jährlichen Zuführungsbeträge werden jeweils erfolgswirksam erfasst und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen beruhen überwiegend auf unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u. a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig. Für die in Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

In der Berichtsperiode hat die Bank festgestellt, dass die Erfassung einer Rückstellung in Verbindung mit einer eingegangenen Abnahmeverpflichtung bereits im Jahr 2012 erforderlich war und in laufender Rechnung des Jahres 2014 korrigiert.

Aus diesem Sachverhalt resultiert im Geschäftsjahr 2014 eine erfolgswirksame Bildung einer Rückstellung in Höhe von 56,4 Mio €. In der Gewinn- und Verlustrechnung wird dieser periodenfremde Betrag innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen gezeigt. Weiterhin erfolgte im Geschäftsjahr 2014 ein erfolgsneutraler Verbrauch der gebildeten Rückstellung gegen den Bestand an Wertpapieren in Höhe von 15,7 Mio €.

Die Steuerrückstellungen und die anderen Rückstellungen werden in Höhe ihres Erfüllungsbetrags gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB angesetzt. Die anderen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit der gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung durch die Deutsche Bundesbank bereitgestellten Zinskurve bewertet. Der aus der Aufzinsung resultierende Zinseffekt wird für bankgeschäftliche Rückstellungen als Zinsaufwand und für nicht-bankgeschäftliche Rückstellungen als sonstiger betrieblicher Aufwand erfasst.

Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen mit ihren valutierenden Beträgen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung wurden gemäß § 256a HGB mit den am Abschlussstichtag gültigen Devisenkassamittelkursen in Euro umgerechnet. Termingeschäfte, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt sind, wurden zum Terminkurs des Bilanzstichtags bewertet. Für Fremdwährungsgeschäfte im Bankbuch erfolgt eine Spaltung des Terminkurses und eine Abgrenzung der Swapstellen.

Ergebnisse aus der Umrechnung kursgesicherter Bilanzposten und korrespondierender schwebender Geschäfte wurden durch die Bildung von Ausgleichsposten neutralisiert.

Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden in jeder Währung aufgrund der gesamtheitlichen Steuerung durch das Treasury und den Verzicht auf strategische Währungspositionen als besonders gedeckt eingestuft und bewertet (§ 340h i. V. m. § 256a HGB). Dementsprechend wurden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung in der Erfolgsrechnung im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich nicht, da die am Bilanzstichtag bestehenden Positionen aufgrund der hohen Umschlaghäufigkeit zeitnah begründet worden sind.

III. Angaben über Beteiligungsverhältnisse

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hält unmittelbar und mittelbar, im Wesentlichen über die DB Finanz-Holding GmbH, am 31. Dezember 2014 ca. 94,1% der Aktien der Postbank.

Der an den Börsen handelbare Streubesitz der Postbank beträgt somit rund 5,9 %.

Die Postbank wird im Konzernabschluss der Deutschen Bank AG vollkonsolidiert. Der Konzernabschluss der Deutschen Bank AG wird im elektronischen Bundesanzeiger hinterlegt.

Die Postbank hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjahr ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in Verbindung mit der RechKredV und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt.

Es besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Postbank als abhängigem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100%igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), als beherrschendem Unternehmen.

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hat der Gesellschaft am 29. Mai 2013 mitgeteilt, dass gemäß §§ 21 Abs. 1, 24 WpHG die Deutsche Bank Tochtergesellschaft DB Valoren S.à.r.l. und die DB Equity S.à.r.l. ab dem 27. Mai 2013 nicht mehr am Grundkapital der Deutschen Postbank AG beteiligt sind.

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hat der Gesellschaft am 29. Mai 2013 gemäß §§ 20 Abs. 1, 24 WpHG mitgeteilt, dass die Deutsche Bank AG am Grundkapital der Deutschen Postbank AG – seit 27. Mai 2013 über ihre Konzerngesellschaft DB Finanz-Holding GmbH – zu mehr als drei Viertel und mehrheitlich beteiligt ist.

Die Mitteilungen sind sämtlich im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

IV. Aufsichtsrechtliche Kapitalquoten

Die Postbank erstellt die entsprechenden Einzelinstitutsmeldungen und erfüllt ihre darüber hinausgehenden Meldepflichten gemäß CRR/CRD IV.

Unter Zugrundelegung des zuletzt testierten Jahresabschlusses (31. Dezember 2013) beträgt die gemeldete harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) zum Jahresende 2014 9,7%. Ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) beträgt die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) zum Jahresende 2014 9,2%. Die Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) beträgt zum Jahresende 2014 15,0%. Ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) beträgt die Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio) zum Jahresende 2014 14,8%.

Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) auf Basis der aktuellen Kapitalpositionen per 31. Dezember 2014 unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) beträgt 10,4%¹. Ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) beträgt die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) zum Jahresende 2014 9,6%. Die Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) beträgt zum Jahresende 2014 15,9%¹. Ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) beträgt die Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio) zum Jahresende 2014 15,3%¹.

¹Vorbehaltlich der Feststellung des Jahresabschlusses

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I. Aktivseite der Bilanz

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	16.929	15.888
Forderungen an Kunden	2.909	1.620
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.657	4.120
Sonstige Vermögensgegenstände	347	246
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	3	3
Forderungen an Kunden	28	41
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Nachrangige Forderungen		
Nachrangige Forderungen sind in folgenden Positionen ausgewiesen:		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0

Der Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute an verbundenen Unternehmen resultiert im Wesentlichen aus Termingeldern und Wertpapierpensionsgeschäften mit der BHW Bausparkasse AG.

Der Anstieg der Forderungen an Kunden an verbundenen Unternehmen resultiert im Wesentlichen aus ausgegebenen Krediten an die PB Factoring GmbH.

Die Reduzierung der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere gegenüber verbundenen Unternehmen resultiert aus der vereinbarten Tilgung von mehreren Schuldverschreibungen mit einem Nennwert von 734 Mio € und aus der Wiederanlage in neuen Schuldverschreibungen von der BHW Bausparkasse AG mit einem Nennwert von 260 Mio €.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	20	20
davon vier Jahre oder länger	20	20

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Forderungen an Kunden		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	13.434	16.209
davon weniger als vier Jahre	31	203
davon vier Jahre oder länger	13.403	16.006
Sicherung durch Grundpfandrechte	21.736	23.503
davon als Deckung verwendet	11.222	12.855
Kommunaldarlehen	3.114	3.408
davon als Deckung verwendet	3.114	3.408

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	28.734	25.686
Geldmarktpapiere Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	15.792	14.016
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	0	0
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	12.466	11.030
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	476	640
Eigene Schuldverschreibungen		
börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	0	0
nicht börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	0	0
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	1.174	2.712

Im Anlagevermögen sind 15 Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.174 Mio € (Vorjahr: 2.712 Mio €) enthalten, bei denen, bei einer Bewertung mit den Börsenkursen des Bilanzstichtags, Abschreibungen in Höhe von 23 Mio € (Vorjahr: 223 Mio €) angefallen wären. Es handelt sich hierbei um neun Anleihen von Banken (Buchwert 812 Mio €, Marktwert 800 Mio €) und drei Staatsanleihen (Buchwert 270 Mio €, Marktwert 259 Mio €) sowie um eine Anleihe eines Dienstleistungsunternehmens (Buchwert 10,5 Mio €, Marktwert 10,3 Mio €), die in der Europäischen Union emittiert worden sind.

Des Weiteren hält die Bank zwei Anleihen von Banken (Buchwert 81,9 Mio €, Marktwert 81,8 Mio €), die in Nordamerika emittiert worden sind.

Die Wertänderungen bei den festverzinslichen Wertpapieren sind zins- und credit-spread-induziert und voraussichtlich nicht von Dauer.

Unter der Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

Die Handelsaktivitäten der Postbank umfassen den Handel mit derivativen Finanzinstrumenten. Der Handelsbestand wird zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Hierauf wird ein Abschlag in Höhe des 10-Tages-VaR vorgenommen, der zusammen mit der bonitätsinduzierten Wertanpassung von Derivaten gesondert ausgewiesen ist.

Handelsbestand	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	705	5.390
Geldhandelsforderungen	0	298
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Risikoabschlag	-7	-4

Der Rückgang des Bilanzvolumens von derivativen Finanzinstrumenten resultiert im Wesentlichen aus dem im Geschäftsjahr erstmals angewendeten Netting von Zinsderivaten, die mit einem zentralen Kontrahenten kontrahiert wurden (6.208 Mio €).

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Geldhandelsforderungen aus Reverse Repos (Vorjahr: 295 Mio €). Entstandene Zinsen aus den im Geschäftsjahr fälligen Reverse Repos in Höhe von 0,5 Mio € (Vorjahr: 10 Mio. €) werden als Zinserträge erfasst.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Beteiligungen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	6	6
davon börsennotiert	6	6
davon nicht börsennotiert	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	1.664	2.976
davon börsennotiert	0	0
davon nicht börsennotiert	1.664	2.976

Anlagespiegel

	Historische Anschaf- fungs- kosten	Zugänge	Abgänge	Wechsel- kurs-/Zins- abgren- zungsän- derungen	Kumu- lierte Abschrei- bungen	Kumulierte Zuschrei- bungen	Restbuch- wert	Abschrei- bung Geschäfts- jahr	Zuschrei- bung Geschäfts- jahr
	01.01.2014 Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	31.12.2014 Mio €	2014 Mio €	2014 Mio €
Schuldver- schreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.240	4.233	-2.162	23	-15	0	9.319	-9	0
Beteiligungen	51	14	-4	0	-43	2	20	-15	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	7.439	711	-775	0	-2.115	391	5.651	-582	1
Sachanlagen	857	19	-75	0	-430	2	373	-18	2
Immaterielle Anlagewerte	97	7	0	0	-77	0	27	-21	0
Gesamt	15.684	4.984	-3.016	23	-2.680	395	15.390	-645	3

Bei den Zugängen aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren handelte es sich im Wesentlichen (3,7 Mrd €) um Schuldverschreibungen der neu gegründeten Postbank Niederlassung in Luxemburg. Des Weiteren sind im Geschäftsjahr zwei Schuldverschreibungen mit einem Nennwert von 260 Mio € von einem verbundenen Unternehmen erworben worden. Aufgrund der Anwendung der Durchbuchungsmethode für die bestehenden und aufgelösten Bewertungseinheiten sind im Geschäftsjahr 280 Mio € als zinsinduzierte Wertveränderung aktiviert worden.

Bei den Abgängen handelt es sich im Wesentlichen um endfällige Schuldverschreibungen mit einem Nennwert von 778 Mio € sowie um zehn Schuldverschreibungen mit einem Nennwert von 1.315 Mio €, die vor der Fälligkeit verkauft worden sind.

Im Geschäftsjahr sind Agien in Höhe von -60 Mio € erfolgswirksam ausgebucht worden.

Im Geschäftsjahr wurden Beteiligungen an geschlossenen Fonds in Höhe von 14 Mio € übernommen.

Die Abgänge betreffen im Wesentlichen den planmäßigen Abgang der MFG Flughafen GVG mbH & Co. Beta KG München (3 Mio €). Aus dem Abgang resultiert ein Buchgewinn in Höhe von 1 Mio €.

Im Geschäftsjahr 2014 waren insgesamt 6 Mio € Abschreibungen auf Beteiligungen an geschlossenen Fonds notwendig.

Die Zu- und Abgänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

Im Rahmen der Bündelung von Servicegesellschaften im Deutsche Bank Konzern hat die Postbank ihre Anteile an den Servicegesellschaften Betriebs-Center für Banken AG, Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH und der VÖB-ZVD Processing GmbH als Sacheinlage in die PBC Banking Services GmbH zum 1. April 2014 eingebracht. Im Gegenzug hat die Postbank Anteile der PBC Banking Services GmbH (411 Mio €) übernommen.

Weitere Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen das im Geschäftsjahr neu gegründete Teilgesellschaftsvermögen PB 26 mit einem Nominalvolumen von 300 Mio €.

Die Abgänge betreffen die im Rahmen der Sacheinlage in die PBC Banking Services GmbH eingebrachten Anteile an der Betriebs-Center für Banken AG (237 Mio €), der VÖB-ZVD Processing GmbH (26 Mio €) und der Postbank Direkt GmbH (16 Mio €) sowie der Postbank Service GmbH (0,1 Mio €).

Des Weiteren betreffen die Abgänge die Kapitalherabsetzung (810 Mio €) der PB International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg. In diesem Zusammenhang wurde der Beteiligungsbuchwert an der Gesellschaft von 548 Mio € auf 55 Mio € reduziert. Die Postbank hat einen Buchgewinn von 318 Mio € erzielt.

Die Reduzierung der Kapitalrücklage der Postbank P.O.S. Transact GmbH (2 Mio €) und die vierteljährliche Rückzahlung der Kommanditanteile der DSL Portfolio GmbH & Co. KG (1 Mio €) haben zu weiteren Abgängen geführt.

Die Abschreibung in Höhe von 582 Mio € betrifft in voller Höhe die Postbank Filialvertrieb AG.

Die Zuschreibung in Höhe von 1 Mio € betrifft in voller Höhe die PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen.

Die Sachanlagen entfallen im Wesentlichen auf die im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude (345 Mio €) sowie auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung (20 Mio €). Im Geschäftsjahr wurde die Immobilie Hallesches Ufer, Berlin mit einem Buchwert von 41 Mio € veräußert. Des Weiteren wurde eine Zuschreibung in Höhe von 2 Mio € auf die Immobilie Oststraße, Düsseldorf, vorgenommen.

In den Abschreibungen der immateriellen Anlagewerte sind außerplanmäßige Abschreibungen des erworbenen Fondsgeschäfts der ehemaligen BHW Bank AG, Hameln, in Höhe von 14 Mio € enthalten.

Die Zugänge von 7 Mio € resultieren aus der Niederlassung Luxemburg.

Investmentvermögen

	Buchwert	Marktwert	Differenz Markt-/ Buchwert	Ausschüt- tung	Tägliche Rückgabe- möglich- keit	Unter- lassene Abschrei- bung
	Mio € 31.12.2014	Mio € 31.12.2014	Mio € 31.12.2014	Mio € 2014		Mio € 31.12.2014
PB Spezialinvest						
TGV PB 02	468	504	36	0	Ja	0
TGV PB 08	475	549	74	0	Ja	0
TGV PB 09	529	581	52	0	Ja	0
TGV PB 11	609	667	58	0	Ja	0
TGV PB 13	333	360	27	0	Ja	0
TGV PB 14	333	361	28	0	Ja	0
TGV PB 21	193	222	29	0	Ja	0
TGV PB 26	300	301	1	0	Ja	0
Sonstige Fonds						
Rentenfonds	0	0	0	0	Ja	0

Die Teilgesellschaftsvermögen haben als Anlageziel den Kauf von Unternehmensanleihen (Investmentgrade). Des Weiteren befinden sich Wertpapiere im Bestand, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden.

Die Teilgesellschaftsvermögen haben im Geschäftsjahr 2014 keine Ausschüttung vorgenommen. Die tägliche Rückgabe ist bei allen Teilgesellschaftsvermögen gewährleistet. Es wurde keine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Die Anteile an der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen werden in den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen. Die Teilgesellschaftsvermögen werden aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Sonstige Vermögensgegenstände		
Hier werden im Wesentlichen folgende Werte ausgewiesen:		
Derivative Sicherungsinstrumente	1.313	666
Nicht bankgeschäftliche Forderungen	350	248
Steuererstattungsansprüche	109	77
Erstattungsanspruch PB Lebensversicherung AG (Talanx)	68	73
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	0	11

Im Rahmen der bilanziellen Abbildung der Bewertungseinheiten nach der Durchbuchungsmethode werden die effektiven positiven Wertänderungen des Sicherungsgeschäfts unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Forderungen aus Gewinnabführung von insgesamt 242 Mio €. Diese entfallen im Wesentlichen auf die Postbank Filialvertrieb AG (82 Mio €), die BHW Holding AG (49 Mio €), die PB Factoring GmbH (41 Mio €), die Postbank Beteiligungen GmbH (36 Mio €) und die Postbank Systems AG (31 Mio €).

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
Hier werden im Wesentlichen folgende Werte ausgewiesen:		
Agioabgrenzungen aus Forderungen	60	32
Abgrenzung Emissionskosten/ Disagio	39	46
Investitionszuschüsse	4	12

Aktiver Unterschied aus der Vermögensverrechnung

Der aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung in Höhe von 327 Mio € resultiert aus der nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB vorgeschriebenen Verrechnung von Deckungsvermögen mit den zur Erfüllung der Altersversorgungsverpflichtungen gebildeten Rückstellungen.

Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens wird anhand der Marktwerte der von der Treuinvest e.V., Frankfurt am Main, gehaltenen Fondsanteile ermittelt und beträgt zum 31. Dezember 2014 1.116 Mio €. Die Anschaffungskosten des Deckungsvermögens betragen 868 Mio €. Der Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtungen beläuft sich auf 789 Mio €. Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 35 Mio € (Vorjahr: 36 Mio €) und Effekte aus der Änderung des Rechnungszinsfußes in Höhe 36 Mio € wurden mit Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 257 Mio € (Vorjahr: -6 Mio €) verrechnet.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Restlaufzeiten		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	25.794	31.257
bis 3 Monate	9.454	15.535
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	11.017	8.684
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.862	6.511
mehr als 5 Jahre	461	527
Forderungen an Kunden	66.483	64.724
bis 3 Monate	5.599	5.925
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6.576	6.891
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	23.193	22.687
mehr als 5 Jahre	28.984	26.741
mit unbestimmter Laufzeit	2.131	2.480

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
im Folgejahr fällig werdend	3.951	2.300

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Fremdwährungsaktiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände	3.313	2.487

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Treuhandvermögen	508	630
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an Kunden	507	619
Forderungen an Kreditinstitute	1	11

Den traditionellen Schwerpunkt des Treuhandgeschäfts bildet die Finanzierung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung des ländlichen Raumes, insbesondere die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb. In den neuen Bundesländern finanziert die Bank im Rahmen staatlicher Förderprogramme die Wiedereinrichtung und die Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen durch Gewährung von Darlehen und Zuschüssen sowie durch Zinsverbilligungen und Bürgschaften.

Aktive latente Steuern

Aufgrund der ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank AG werden seit dem Geschäftsjahr 2012 keine aktiven latenten Steuern für das Inland mehr aktiviert. Für die ausländischen Niederlassungen ergibt sich ein Betrag von 20 Mio €. Dieser beinhaltet einen verrechenbaren Verlust der Niederlassung London (Steuersatz 26,5 %) sowie Bewertungsunterschiede bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren der Niederlassung Luxemburg (Steuersatz 29,22 %).

II. Passivseite der Bilanz

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in unverbriefter Form enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.924	7.152
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	751	247
Sonstige Verbindlichkeiten	76	278
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in verbrieft Form enthalten:		
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.600	1.600
Genussrechte	0	0
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3	3

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Sonstige Verbindlichkeiten		
Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus:		
Derivative Sicherungsinstrumente	837	532
Nicht bankgeschäftliche Verbindlichkeiten	103	228
Steuerverbindlichkeiten	27	46
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	56	0

Im Rahmen der bilanziellen Abbildung der Bewertungseinheiten nach der Durchbuchungsmethode werden die effektiven negativen Wertänderungen des Sicherungsgeschäfts unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die nicht bankgeschäftlichen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Verbindlichkeiten aufgrund des Dienstleistungs-Rahmenvertrags gegenüber der PB Firmenkunden AG aus Provisionen in Höhe von 34 Mio € sowie die Verbindlichkeit in Höhe von 15 Mio € gegenüber der DB Finanz-Holding GmbH aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags.

Darüber hinaus bestehen Umsatzsteuerverbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bank AG in Höhe von 11 Mio €.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus:		
Disagio aus gehedgten Wertpapieren	14	10
Disagioabgrenzungen aus Forderungen	10	17
Emissionskosten/Agioabgrenzung begebene Anleihen	3	3

Handelsbestand	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	195	5.478
Geldhandelsverbindlichkeiten	0	36

Im Handelsbestand auf der Passivseite werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten und Verbindlichkeiten des Handelsbestands ausgewiesen. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bewertet.

Der Rückgang des Bilanzvolumens von derivativen Finanzinstrumenten resultiert im Wesentlichen aus dem im Geschäftsjahr erstmals angewendeten Netting von Zinsderivaten, die mit einem zentralen Kontrahenten kontrahiert wurden (6.792 Mio €).

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Rückstellungen		
In den anderen Rückstellungen sind enthalten:		
Personalarückstellungen	259	298
Drohverlustrückstellungen aus Derivaten	59	9

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten stellen im Wesentlichen vier Emissionen von nachrangigen Schuldverschreibungen mit einem Nominal von 1.600 Mio € dar. Diese nachrangigen Verbindlichkeiten sind nicht vor einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren rückzahlbar.

Angaben zu jeder Mittelaufnahme über mehr als 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

ISIN	Währung	Betrag	Zinssatz	Fälligkeit
XF0002431657	€	300.027.000	variabel	02.12.2034
XF0002431707	€	500.027.000	variabel	23.12.2034
XF0002431756	€	300.027.000	variabel	07.06.2035
XF0002432002	€	500.076.000	5,991 %	29.06.2037

Die Bedingungen der nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen aufgrund kurzfristiger Fälligkeiten nicht in vollem Umfang den Voraussetzungen des Art. 63 CRR, ein außerordentliches Kündigungsrecht ist dem Gläubiger nicht eingeräumt.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen (einschließlich anteiliger Zinsen und Agioeträge) angefallen in Höhe von:	116	124

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Restlaufzeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	15.231	8.112
bis 3 Monate	7.158	383
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	479	429
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.893	3.549
mehr als 5 Jahre	3.701	3.751

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	123	134
bis 1 Jahr	40	43
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	83	91
mehr als 5 Jahre	0	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	16.275	16.648
bis 3 Monate	1.047	1.024
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.121	1.525
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	6.262	5.113
mehr als 5 Jahre	7.845	8.986

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Begebene Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig werdend	1.066	2.633
Andere verbiefte Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0	0
bis 3 Monate	0	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	0

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Fremdwährungspassiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden	3.300	2.471

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Treuhandverbindlichkeiten	508	630
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	508	630

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Genussrechte	1.052	1.152
In dieser Position sind enthalten:		
Inhabergenusscheine	560	560
Namensgenusscheine	492	592

Der Rückgang bei den Genussrechten ist auf Endfälligkeiten zurückzuführen.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Fonds für allgemeine Bankrisiken	Mio €
Stand 01.01.2014	2.023
Zuführung gemäß § 340g HGB	244
Zuführung gemäß § 340e Abs. 4 HGB	3
Stand 31.12.2014	2.270

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Postbank beträgt 547 Mio € und ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Beschluss sieht ferner die Möglichkeit eines vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG vor. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die näheren Einzelheiten zu den Genehmigten Kapitalen I und II ergeben sich aus § 4 Abs. 6 und 7 der Satzung.

Das Grundkapital ist um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber von Wandlungsrechten oder Optionsrechten, die mit den von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 bis zum 8. Juli 2019 unter Tagesordnungspunkt 9 a auszugebenden Genuss-scheinen bzw. Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind, von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder an die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der vorstehend genannten Ermächtigung bis zum 8. Juli 2019 auszugebenden Wandel-genuss-scheine bzw. Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu den gemäß der vorstehend genannten Ermächtigung jeweils zu berechnenden Options- bzw. Wandlungspreisen. Die neuen auf den Namen lautenden Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Des Weiteren wurde die Gesellschaft durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2010 ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu

insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen gelten bis zum 28. April 2015.

Im Berichtsjahr wurde von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, kein Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eignen Aktien zu verzeichnen.

Veränderung des Eigenkapitals	Mio €	Mio €
Stand 01.01.2014		2.740
Gezeichnetes Kapital		547
Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter		20
Kapitalrücklage		1.090
Andere Gewinnrücklagen		
Gewinnrücklagen Bestand 01.01.2014	1.083	
Einstellung in die Gewinnrücklagen	0	1.083
Jahresüberschuss 2014		0
Stand 31.12.2014		2.740

Die Postbank weist für das Geschäftsjahr 2014 nach Abführung eines Gewinns von 15 Mio € an die DB Finanz-Holding GmbH ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Typisch stille Beteiligungen	20	20

Die typisch stillen Gesellschafter erhalten für jedes Geschäftsjahr eine Gewinnbeteiligung auf den Nennbetrag der Vermögenseinlage in Höhe des Prozentsatzes, den die Postbank der Ausschüttung auf das Grundkapital der Bank einschließlich offener Rücklagen zugrunde legt. Der Prozentsatz ist jeweils durch Mindest- bzw. Höchstsätze begrenzt.

III. Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten weist die Postbank eine Garantie gegenüber der BHW Bausparkasse AG, Luxemburg, in unveränderter Höhe gegenüber dem Vorjahr von 12 Mio € aus, über diese wird das First Loss Piece eines Retail-Kredit-Portfolios der BHW Niederlassung Luxemburg übernommen.

Im Geschäftsjahr 2014 hat die PB Capital Corporation (PB Capital) den Mietvertrag für die Anmietung von Büroräumen gekündigt. Die dafür von der Postbank übernommene Garantie (Vorjahr: 5 Mio €) gegenüber der PB Capital ist damit erloschen. Zum 1. Juli 2014 sind die Vermögenswerte und Schulden der PB International S.A., Luxemburg, auf die neu gegründete Deutsche Postbank Niederlassung Luxemburg in

Form eines Verkaufs übertragen worden. Die Postbank weist daher im Berichtsjahr gegenüber der PB International S.A., Luxemburg, keine Garantie mehr aus (Vorjahr: 473 Mio. €).

Die zugunsten verbundener Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen gegenüber Dritten waren nicht zu passivieren, da die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten durch die verbundenen Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Eine im Rahmen einer Verbriefungstransaktion gezeigte Garantie zugunsten der KfW als Sicherungsnehmer unter der Senior Garantie wurde im Laufe des Geschäftsjahres terminiert und ist damit erloschen (Vorjahr: 278 Mio €).

IV. Andere Verpflichtungen

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Andere Verpflichtungen		
In dieser Position sind enthalten:		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	5.551	6.428
davon: bereitgestellte Baudarlehen	2.346	2.162

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 bestanden unmittelbar kündbare Kreditlinien in Höhe von 13.463 Mio € (Vorjahr: 12.353 Mio €).

Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen lagen zum Bilanzstichtag keine vor.

Die nach § 34 Abs. 2 Nr. 4 RechKredV anzugebende Methodik für die Beurteilung und Quantifizierung der ausgewiesenen vertraglich eingegangenen, aber in der Realisierung nicht wahrscheinlichen Haftungs- oder Kreditrisiken sowie der Verpflichtungen aus Geschäften, bei denen die Postbank eine (unwiderrufliche) Vereinbarung getroffen hat und damit künftig einem Kredit- bzw. Liquiditätsrisiko ausgesetzt ist, ist im Lagebericht der Postbank im Abschnitt Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ beschrieben.

V. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in Höhe von –266 Mio € (Vorjahr: –179 Mio €) sowie die Risikovorsorge auf Wertpapiere in Höhe von 23 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €). Durch die Veräußerung von Wertpapieren wurden Kursgewinne in Höhe von 12 Mio € und Kursverluste in Höhe von –4 Mio € realisiert. Die Zuschreibungen auf Wertpapiere betragen 37 Mio € und die Abschreibungen –21 Mio €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Aufwendungen für Dienstleistungen von Servicegesellschaften ¹	-446	-
Aufwendungen für Rechtsrisiken aus Bearbeitungsentgelten bei Verbraucherdarlehen	-128	0
Aufwendungen für geschlossene Fonds	-113	-35
Drohverlustrückstellungen für schwebende Geschäfte	-56	0
Gerichts- und Prozesskosten	-21	-14
Vergütungen an die Bundesanstalt für Post- und Telekommunikation	-9	-8
Aufzinsung der Pensionsrückstellungen ²	0	-36

¹ Ausweisänderung im Berichtsjahr 2014

² Der Aufwand aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen in Höhe von -35 Mio € (Vorjahr: -36 Mio €) wurde im Geschäftsjahr 2014 mit den Erträgen aus dem Planvermögen verrechnet.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere enthalten im Wesentlichen die Abschreibung auf die Beteiligungsbuchwerte der Postbank Filialvertrieb AG (-582 Mio €), die aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung erfolgt ist.

Die Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere enthalten im Wesentlichen Buchgewinne aus der Kapitalherabsetzung der PB International S.A. in Höhe von 318 Mio € und die im Rahmen der Einbringung der Anteile an den Servicegesellschaften in die PBC Banking Services GmbH entstandenen Gewinne von 182 Mio €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen die Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen für Beamtenbezüge in Höhe von 261 Mio € (Vorjahr: 266 Mio €), Mieterträge in Höhe von 71 Mio € (Vorjahr: 63 Mio €) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen 77 Mio € (Vorjahr: 37 Mio €). Aus der Bewertung des Deckungsvermögens für Altersversorgungsverpflichtungen wurde, nach der Verrechnung entsprechend § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB sowie der Effekte aus der Änderung des Rechnungszinsfußes, ein Ertrag in Höhe von 186 Mio € im sonstigen betrieblichen Ertrag ausgewiesen.

Bedingt durch die anhaltende Niedrigzinsphase, kann es zu einer atypischen Verzinsung (negative Zinsen) kommen. Innerhalb der Postbank sind hiervon vereinzelte Geldmarktgeschäfte und Pensionsgeschäfte betroffen. Die Postbank weist negative Zinsen aus Forderungen atypisch als Zinsertrag und negative Zinsen aus Verbindlichkeiten atypisch als Zinsaufwand aus. Aufgrund der unwesentlichen Beträge wird auf eine detaillierte Angabe verzichtet.

Die Postbank hat aus der Erstanwendung des BilMoG den bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen resultierenden Unterschiedsbetrag in Übereinstimmung mit Art. 67 Abs. 7 EGHGB mit -15 Mio € (Vorjahr: -15 Mio €) im außerordentlichen Ergebnis erfasst.

Die Position Steuern vom Einkommen und Ertrag wird mit einem Aufwand in Höhe von 102 Mio € (Vorjahr: Ertrag 67 Mio €) ausgewiesen. Der Steueraufwand im Jahr 2014 resultiert aus den unter der Geltung des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags rechtlich geschuldeten Steuern für das laufende Jahr (einschließlich der Niederlassungen in Großbritannien und Luxemburg) sowie aus Steuern für Vorjahre.

Erträge nach geografischen Märkten

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Deutschland	3.034	2.849
Übrige	38	30
davon Europa	38	30
Gesamt	3.072	2.879

Der Gesamtbetrag enthält die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung: Zinsüberschuss (inklusive laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen), Provisionsüberschuss und Nettoertrag des Handelsbestands.

C. SONSTIGE ANGABEN

I. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Postbank zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltsfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank nutzt Leasinggeschäfte als Finanzierungsalternative in einem überschaubaren Ausmaß. Die Vorteile liegen für die Bank im Wesentlichen in der Liquiditätsschonung. Diesem Vorteil steht das Risiko gegenüber, dass die Leasinggegenstände nicht über die gesamte Vertragsdauer benötigt werden.

Der Barwert der Leasingverbindlichkeiten beträgt 90 Mio €.

Patronatserklärungen

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Tochtergesellschaften und gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Postbank resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Postbank in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaft. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die Patronatserklärung für die Deutsche Postbank International S.A. (heute: PB International S.A.), Luxemburg, ist ab dem 1. Juli 2014 gegenstandslos geworden und wurde daher zu diesem Stichtag hinsichtlich neu begründeter Verbindlichkeiten gekündigt, nachdem die Deutsche Postbank AG, Zweigniederlassung Luxemburg, den Geschäftsbetrieb der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, insgesamt unter Übernahme der Aktiva und Passiva der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, zum 1. Juli 2014 aufgenommen hat.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, Deutsche Postbank Funding LLC II, Deutsche Postbank Funding LLC III und die Deutsche Postbank Funding LLC IV, alle vier Wilmington, Delaware, USA, abgegeben.

Nachschussverpflichtung

Die bestehenden Nachschussverpflichtungen resultieren aus gesetzlichen Regelungen sowie gesellschaftsvertraglichen und anderen Vereinbarungen.

Die Postbank haftet anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher

Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

In allen genannten Fällen stehen dem Risiko aus einer tatsächlichen Inanspruchnahme aus den jeweiligen Verpflichtungen die Chancen einer Partizipation an der Stabilisierung und Vertrauensbildung, bezogen auf die private deutsche Kreditwirtschaft, gegenüber.

Dienstleistung für Verwaltung und Vermittlung

Die Bank erbringt Dienstleistungen für die Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträgen sowie Investmentfondsanteilen im Rahmen der mit der HUK Coburg, der Talanx-Gruppe und der DWS-Gruppe sowie mit der BHW Bausparkasse AG getroffenen Kooperationsverträge.

II. Ausschüttungssperre

Die gegen Ausschüttung gesperrten Beträge stellen sich bei der Postbank folgendermaßen dar:

Gesamtbetrag der gegen Ausschüttung gesperrten Beträge i. S. d. § 268 Abs. 8 HGB (§ 285 Nr. 28 HGB)	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Bewertung des Planvermögens zum beizulegenden Zeitwert	249	0
Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0
Aktive latente Steuern	20	0
Gesamt	269	0

Aufgrund der aktuellen Eigenkapitalausstattung kommen die Beschränkungen der bestehenden Ausschüttungssperre im Berichtsjahr 2014 nicht zur Anwendung.

III. Mitarbeiter

(durchschnittlicher Personalbestand in Köpfen)

	Gesamt 2014	Gesamt 2013
Arbeitnehmer		
Vollzeit	2.437	2.317
Teilzeit	406	376
Beamte Vollzeit	1.695	893
Beamte Teilzeit	496	167
	5.034	3.753
Nachwuchs		
Auszubildende	171	186
Trainees	0	0
Ausbildungsintegriertes Studium	0	30
	171	216
Gesamtsumme Mitarbeiter	5.205	3.969

IV. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis ¹ T€
Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden			
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	896.412	11.737
BHW Financial Srl in liquidazione, Verona, Italien	100,0	766	12
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 ²
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.946	0 ²
BHW Holding AG, Hameln	100,0	727.503	0 ²
BHW Invest, Société à responsabilité limitée, Luxemburg, Luxemburg	100,0	5.513	-98
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ²
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	1.671	470
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	7.128	95
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	56	4
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & Co. KG, Hamburg	65,2	-10.390	-6.745
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v.d.Höhe	30,6	0	-34
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v.d.Höhe	40,7	0	-60
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v.d.Höhe	74,0	0	-71
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	2
Nummus Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	27,8	33.001	-28
Nummus Financial GmbH, Eppstein	27,8	34.500	-75
PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main	49,9	122.427	12 ²
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ²
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ²
PB International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	930.676	79.565
PB Sechste Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	641	96
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	3.031.013	257.365
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	1.153	44
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	310.325	0 ²
Postbank Filial GmbH, Bonn	100,0	25	0 ²
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	71	0 ²
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	48.418	814
Postbank Immobilien GmbH, Hameln	100,0	2.908	0 ²
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ²
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	13.084	2.856
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ²
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	11.875	911
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.591	0 ²
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn	100,0	25	0 ²
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	39	4
Starpool Finanz GmbH, Berlin	49,9	310	51
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet			
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	28.768	-3.035
GIMB Gesellschaft für Internet- und mobile Bezahlverfahren mbH, Eschborn	8,3	-	- ³
HYPOPORT AG, Berlin	9,7	37.117	2.447
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung, Leezen	11,0	40.141	1.316

¹ Die Angaben zu Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den jeweils zuletzt festgestellten Jahresabschlüssen der Gesellschaften.

² Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

³ Die Gesellschaft wurde am 3. Juni 2014 gegründet. Ein Jahresabschluss liegt daher noch nicht vor.

V. Vergütung des Vorstands

Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, dem Deutschen Rechnungslegungs Standard DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Höhe und die Struktur der Vergütung.

Zuständigkeit

Zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat als Plenum. Unterstützt wurde das Plenum bis einschließlich 2013 vor allem durch den Präsidialausschuss. Ab dem Geschäftsjahr 2014 wird der Aufsichtsrat durch den neuen Vergütungskontrollausschuss unterstützt, der wesentliche, bisher vom Präsidialausschuss wahrgenommene Aufgaben in Bezug auf das Vergütungssystem des Vorstands und die Festlegung der einzelnen Vergütungen übernimmt. Bereits im Dezember 2013 hat der Aufsichtsrat die Einrichtung des Vergütungskontrollausschusses, der nach den Vorgaben des § 25d Abs. 12 i. V. m. Abs. 7 KWG bei der Postbank einzurichten ist, beschlossen. Dieser hat seine Arbeit noch Ende 2013 aufgenommen. Der Ausschuss ist insbesondere zuständig für die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter, insbesondere für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts haben. Der Vergütungskontrollausschuss bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement, bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme.

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2014

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft. Im Mittelpunkt der Prüfung stehen dabei insbesondere die Frage der Angemessenheit der Ausgestaltung des Systems sowie erforderliche Anpassungen an neue regulatorische Vorgaben.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und die Höhe der Vorstandsvergütung ist, die Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben entsprechend ihrem Tätigkeits- und Verantwortungsbereich angemessen und unter Einbeziehung des nachhaltigen Gesamterfolgs der Postbank sowie der gemeinsamen und der individuellen Leistungen des Vorstands markt- und wettbewerbsgerecht zu vergüten. Im Rahmen eines auf Basis der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex durchgeführten vertikalen sowie horizontalen Vergütungsvergleichs wurde die Angemessenheit der Vorstandsvergütung im Marktvergleich sowie innerhalb der Postbank Gruppe bestätigt.

Die Mitglieder des Vorstands sollen durch die Ausgestaltung des Systems motiviert werden, unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden, die Unternehmensziele zu erreichen und dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben. Insoweit hat der Aufsichtsrat bereits vor Einführung des gesetzlichen Verhältnisses der variablen Vergütung zur fixen Vergütung eine Obergrenze für eben dieses Verhältnis bestimmt. Nach § 25a Abs. 5 Satz 2 KWG darf die variable Vergütung der Geschäftsleiter von Kreditinstituten grundsätzlich 100 % der fixen Vergütung nicht übersteigen. Die dahinterstehende Überlegung ist, dass zu hohe variable Vergütungen erhöhte Anreize zur Eingehung unangemessener Risiken darstellen können. § 25a Abs. 5 Satz 5 KWG sieht jedoch vor, dass die Aktionäre insoweit eine Erleichterung beschließen können, als sie ein Verhältnis der festen zur variablen Vergütung von 1:2 billigen können. Der Aufsichtsrat hat für die Vorstandsmitglieder einen entsprechenden Antrag vor dem Hintergrund des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit und der Steuerungsmöglichkeit über die variable Vergütung gestellt. Die Hauptversammlung hat im Juli 2014 dem Antrag entsprochen und einem Verhältnis von 1:2 mit großer Mehrheit zugestimmt.

Der Aufsichtsrat hat, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung der ermittelten variablen Vergütung beschlossen. Dies ist mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils durch Anpassung der entsprechenden Regelungen ihres Anstellungsvertrags vereinbart. Die wesentlichen Grundzüge sind im Weiteren ausführlich dargestellt.

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Festvergütung) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Raten monatlich ausgezahlt. Die Nebenleistungen – geldwerte Vorteile aus Sachbezügen – bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagenutzung, Versicherungsprämien und geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe kann im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation variieren.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Konzern-, Ressort- und Individualzielen auf der Basis von Messkriterien (Key Performance Indicators) ermittelt, wobei einheitliche Konzernziele in der Gewichtung den überwiegenden Anteil der Leistungsmessung ausmachen. Die Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen darin festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) von 150 % des vereinbarten Zielwertes begrenzt.

Die Gewährung der festgestellten variablen Vergütung wurde mit Wirkung für die variable Vergütung für 2014 geändert. Die ausstehenden Vergütungselemente aus den Jahren vor 2014 unterliegen im Hinblick auf ihre Auszahlung weiterhin dem bislang gültigen Vergütungsmodell.

Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014

Nach der neuen Vergütungsstruktur wird die variable Vergütung unter Berücksichtigung der jeweils gültigen regulatorischen und bankspezifischen Vorgaben zu großen Teilen in aufgeschobener Form gewährt und über mehrere Jahre gestreckt. Auf diese Weise ist eine langfristige Anreizwirkung für einen mehrjährigen Zeitraum sichergestellt.

Den Vorgaben der Institutsvergütungsverordnung folgend, werden mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben. Zusätzlich hat der Aufsichtsrat die Anwendung der im Deutsche Bank Konzern etablierten Zurückbehaltungsmatrix beschlossen, die in Abhängigkeit von der Höhe der variablen Vergütung zu einem höheren Prozentsatz aufgeschobener Vergütung führen kann. Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung ist danach für das Jahr 2014 auf insgesamt 225.000 € begrenzt.

Dieser nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung wird zur Hälfte in Form eines aktienbasierten Vergütungselements (Equity Upfront Award) vergeben und zur anderen Hälfte unmittelbar bar ausgezahlt. Der aufgeschobene Teil der variablen Vergütung besteht zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen (Restricted Equity Award), während der verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award) gewährt wird. Der Wert der aktienbasierten Vergütungselemente hängt während der Unverfallbarkeits- sowie Haltefristen von der Kursentwicklung der Deutsche Bank Aktie ab.

Equity Upfront Award

Der Anteil der nicht aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Equity Upfront Award (EUA) an die Vorstandsmitglieder vergeben. Der EUA ist sofort unverfallbar, es gilt jedoch eine Haltefrist von sechs Monaten. Während der sechsmonatigen Haltefrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Nach Ablauf der Haltefrist wird der EUA in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert.

Restricted Equity Award

Der Anteil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Restricted Equity Award (REA) vergeben und in drei gleichen Tranchen pro rata über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar.

Für Mitglieder des Vorstands, die zusätzlich der sogenannten Senior Management Group auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zugeordnet sind (dies betrifft Frau Klöß-Braekler sowie die Herren Strauß, Heß und Storr), finden Sonderregelungen Anwendung, und es gilt abweichend eine viereinhalbjährige Unverfallbarkeitsfrist, nach der die Awards in einer Tranche unverfallbar werden („Cliff Vesting“).

An die genannten Fristen zur Unverfallbarkeit schließt sich für alle Vorstandsmitglieder eine halbjährige Haltefrist an, bevor die aktienbasierten Vergütungselemente in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert werden. Während der Unverfallbarkeitsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Dies bedeutet, dass Vorstandsmitglieder, die der Senior Management Group zugeordnet sind, den Wert ihrer für das Jahr 2014 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen

frühestens im Jahr 2020 (also fünf Jahre nach Gewährung) realisieren können. Für die übrigen Vorstandsmitglieder kann der Wert der letzten Tranche des REA frühestens im Jahr 2018 (also dreieinhalb Jahre nach Gewährung) realisiert werden.

Restricted Incentive Award

Der nicht aktienbasierte Teil der hinausgeschobenen Vergütung wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award (RIA)) gewährt, die in drei gleichen Tranchen über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar wird. Während der Unverfallbarkeitsfrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Die letzte Tranche des den Vorstandsmitgliedern für das Jahr 2014 gewährten RIA wird frühestens im Jahr 2018 ausgezahlt.

Da die genannten Awards bis zum Zufluss nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen berechtigen, wird bei der Vergabe ein einmaliger Zinsaufschlag bzw. ein sogenanntes Dividendenäquivalent gewährt.

Equity Upfront Award

Gewährung eines Dividendenäquivalents während der Haltefrist.

Restricted Equity Award

Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 5 % bei Vergabe. Mitglieder der sogenannten Senior Management Group erhalten ein Dividendenäquivalent.

Restricted Incentive Award

Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 2 % bei Vergabe.

Die Anzahl der Aktien-Awards, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) und Restricted Equity Awards (REA) gewährt wurden, wird mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,1080 €) ermittelt.

Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen

Die aufgeschobenen gewährten bzw. über mehrere Jahre gestreckten Vergütungskomponenten (EUA, RIA, REA) unterliegen bestimmten Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen während der Unverfallbarkeits- bzw. Haltefristen. Diese bilden ein zentrales Element der Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass die Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet und auch langfristig bestimmte Ereignisse in der Vergütung angemessen berücksichtigt sind. Sämtliche für 2014 aufgeschoben gewährten Vergütungselemente sowie der EUA unterliegen dem (gegebenenfalls teilweisen) Einbehalt, z. B. nach einem Verstoß des Vorstandsmitglieds gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage. Darüber hinaus gelten für sämtliche aufgeschoben gewährten Vergütungselemente die Vorschriften über den Einbehalt im Hinblick auf den Erfolgsbeitrag der Postbank bzw. des Deutsche Bank Konzerns. Danach können bis zu 100 % der anstehenden RIA- bzw. REA-Tranche verfallen, wenn das Ergebnis vor Steuern der Postbank und/oder des Konzerns negativ ist. Für Vorstandsmitglieder, die den Sonderregelungen der Senior Management Group unterliegen, verfallen, wenn Verfallbedingungen in einem Jahr innerhalb des Zurückbehaltungszeitraums erfüllt sind, bis zu 20 % des REA.

Gewährung und Auszahlung der variablen Vergütung bis Ende 2013

In dem bis Ende 2013 geltenden Vergütungssystem wurde die variable Vergütung aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wurde, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt. Für die Vergütungsjahre 2010 bis 2013 sind noch Vergütungselemente offen, die nach den bei Gewährung maßgeblichen Vertragsregelungen zu den vereinbarten Terminen zur Auszahlung anstehen.

Die Kurzfristkomponente wurde zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausbezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wurde in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Bank AG umgewandelt. Hierfür wurde der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat bzw. die Sperrfrist endet. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist wurden bzw. werden die Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares wurden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben. Im Jahr 2014 wurde die Kurzfristkomponente II aus dem Vergütungsjahr 2012 ausgezahlt. Für die Ermittlung des Auszahlungsbetrags wurde nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist die Stückzahl der Phantom Shares mit dem Durchschnittskurs der Aktie, ermittelt wie beschrieben (32,22 €), multipliziert. Im Jahr 2015 steht nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist die Auszahlung der Kurzfristkomponente II aus dem Vergütungsjahr 2013 an.

Die Langfristkomponente (LK) wurde insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe gewährt, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wurde bzw. für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 noch zur Feststellung ansteht. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wurden das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses war für die variable Vergütung bis 2013 definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernenerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr war.

Die Langfristkomponente wurde – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt wurden bzw. für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 noch zur Umwandlung ausstehen. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgten bzw. erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums für die noch ausstehenden Vergütungskomponenten die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II).

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausgezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden.

Diese Vergütungsmechanismen wirken bei den für die Vergütungsjahre 2010 bis 2013 aufgeschoben gewährten Vergütungselementen noch nach und gelten insoweit fort.

Im Jahr 2014 wurde nach Ablauf der Sperrfrist die Langfristkomponente II der Jahre 2010 (zweite Tranche) sowie 2011 (erste Tranche) ausbezahlt. Hierfür wurden die im Jahr 2013 in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG umgewandelten Vergütungskomponenten (Phantom Shares) mit dem Durchschnittskurs der Aktie (ermittelt wie beschrieben, 32,22 €) multipliziert. Im Jahr 2014 wurde darüber hinaus die Langfristkomponente I der Jahre 2010 (dritte Tranche), 2011 (zweite Tranche) sowie 2012 (erste Tranche) mit Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums ausgezahlt. Die entsprechende andere Hälfte der genannten Tranchen (Langfristkomponente II) wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) auf Basis des durchschnittlichen Kurswertes (Xetra-Schlusskurs) der letzten zehn Handelstage vor dem 22. März 2014 (32,22 €) umgewandelt und steht nach Ablauf der Sperrfrist zur Auszahlung im Jahr 2015 an.

Für die im Jahr 2014 am Tag der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG gesperrten Phantom Shares wurden ein Dividendenäquivalent auf der Basis der für die Deutsche Bank AG ausgeschütteten Dividende in Höhe von 0,75 € berechnet und die Phantom-Share-Anteile entsprechend erhöht. Darüber hinaus wurde die Anzahl der gesperrten Phantom Shares nach erfolgreichem Abschluss der angekündigten Kapitalerhöhung der Deutschen Bank AG unter Anwendung einer anerkannten Methode zur Berechnung des Verwässerungsschutzes erhöht. Der wirtschaftliche Effekt der (Kapital-)Verwässerung errechnete sich danach auf Grundlage einer Anpassungsmetrik, in welcher der Referenzkurs (28,575 €), der Bezugspreis (22,50 €) und die Anzahl der für den Kauf einer Aktie erforderlichen Bezugsrechte (18:5) berücksichtigt wurden. Die gesperrten Phantom Shares wurden nach dieser Anpassungsmetrik um 4,85 Prozentanteile erhöht.

Weitere Regelungen

Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risiko-orientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist implizit begrenzt durch die Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Postbank nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen variablen Vergütung (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festlegung der variablen Vergütung für die Mitglieder des Vorstands wurden Ende Januar 2015 intensiv im Vergütungskontrollausschuss beraten und von diesem für das Gesamtplenium vorbereitet. Der Aufsichtsrat hat auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die variable Vergütung für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014 festgelegt.

Die für das Geschäftsjahr 2014 gewährte Vergütung für die sieben Mitglieder des Vorstands für ihre Vorstandstätigkeit beträgt insgesamt – ohne Berücksichtigung von Nebenleistungen und dem Versorgungsaufwand – 6.177,0 T€ (Vorjahr: 6.209,4 T€). Davon entfallen 3.301,3 T€ (Vorjahr: 3.138,0 T€) auf fixe, d. h. erfolgsunabhängige, und 2.875,7 T€ (Vorjahr: 3.071,4 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten. Von der erfolgsabhängigen Vergütung entfallen 1.101,6 T€ (hiervon jeweils 550,8 T€ bar bzw. aktienbasiert gewährt) auf nicht aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 1.228,6 T€ (hiervon jeweils 614,3 T€ bar bzw. aktienbasiert gewährt)) und 1.774,1 T€ (Vorjahr: 1.842,8 T€) auf aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten.

Die nachfolgend angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Postbank hat derzeit kein gesondertes aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt.

Bezüge nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)

In den nachfolgenden Tabellen sind für jedes einzelne Mitglied des Vorstands einerseits die für das Geschäftsjahr gewährten Zuwendungen, andererseits die Zuflüsse im bzw. für das Berichtsjahr und der Versorgungsaufwand im bzw. für das Berichtsjahr nach Maßgabe der Empfehlungen der Ziffer 4.2.5 Abs. 3 des Deutschen Corporate Governance Kodex individuell dargestellt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die gewährten Zuwendungen für das Geschäftsjahr 2014:

Gewährte Zuwendungen	Frank Strauß						Marc Heß ⁶					
	2014				2013		2014				2013	
	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	750,0	750,0	750,0	750,0	750,0	750,0	528,0	528,0	528,0	528,0	528,0	528,0
Nebenleistungen	39,0	39,0	39,0	39,0	22,7	22,7	35,1	35,1	35,1	35,1	27,0	27,0
Summe (fixe Vergütungsbestandteile)	789,0	789,0	789,0	789,0	772,7	772,7	563,1	563,1	563,1	563,1	555,0	555,0
Einjährige variable Vergütung	225,0	225,0	0	225,0	300,0	260,0	184,8	184,8	0	225,0	212,0	184,8
davon unmittelbar ausgezahlt	112,5	112,5	0	112,5	150,0	130,0	92,4	92,4	0	112,5	106,0	92,4
davon Kurzfristkomponente II					150,0	130,0					106,0	92,4
davon Equity Upfront Awards	112,5	112,5	0	112,5			92,4	92,4	0	112,5		
Mehrfährige variable Vergütung ¹	429,3	425,0	0	750,0	450,0	390,0	280,0	277,2	0	468,0	318,0	277,2
davon Langfristkomponente I für 2013 (bis 2017)					225,0	195,0					159,0	138,6
davon Langfristkomponente II für 2013 (bis 2018)					225,0	195,0					159,0	138,6
davon Restricted Incentive Awards für 2014 (bis 2018) ²	216,8	212,5	0	375,0			141,4	138,6	0	234,0		
davon Restricted Equity Awards für 2014 (bis 2018) ³ / bis 2020 für Senior Management Group	212,5	212,5	0	375,0			138,6	138,6	0	234,0		
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	654,3	650,0	0	975,0	750,0	650,0	464,8	462,0	0	693,0	530,0	462,0
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	1.443,3	1.439,0	789,0	1.764,0	1.522,7	1.422,7	1.027,9	1.025,1	563,1	1.256,1	1.085,0	1.017,0
Versorgungsaufwand ⁴	379,4	379,4	379,4	379,4	290,8	290,8	352,4	352,4	352,4	352,4	347,4	347,4
Gesamtvergütung (DCGK)	1.822,7	1.818,4	1.168,4	2.143,4	1.813,5	1.713,5	1.380,3	1.377,5	915,5	1.608,5	1.432,4	1.364,4
Gesamtvergütung ⁵	1.404,3	1.400,0	750,0	1.725,0	1.500,0	1.400,0	992,8	990,0	528,0	1.221,0	1.058,0	990,0

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. vertraglich zugesagten Werten ergeben.

¹Für die dargestellten Vergütungselemente ist im Klammerzusatz das jeweilige Laufzeitende ausgewiesen.

²Der gewährte Betrag beinhaltet den einmaligen Aufschlag in Höhe von 2 %.

³Der gewährte Betrag beinhaltet bei Vorstandsmitgliedern, die nicht der sogenannten Senior Management Group zugeordnet sind, d. h. bei Herrn Dr. Müller, Herrn Schmid und Herrn Stemmer, einen einmaligen Aufschlag von 5 %.

⁴Der gezeigte Versorgungsaufwand für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Struktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

⁵Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

⁶Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private and Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden das Fixum sowie die variable Vergütung von Herrn Heß seit dem 1. Juli 2012 um 20 % gesenkt.

Gewährte Zuwendungen	Susanne Klöß-Braekler ⁶						Dr. Ralph Müller ⁷					
	2014				2013		2014				2013	
	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	80,0	80,0	80,0	80,0			83,3	83,3	83,3	83,3		
Nebenleistungen	2,8	2,8	2,8	2,8			2,1	2,1	2,1	2,1		
Summe (fixe Vergütungsbestandteile)	82,8	82,8	82,8	82,8			85,4	85,4	85,4	85,4		
Einjährige variable Vergütung	29,4	29,4	0	37,6			33,4	33,4	0	37,6		
davon unmittelbar ausgezahlt	14,7	14,7	0	18,8			16,7	16,7	0	18,8		
davon Kurzfristkomponente II												
davon Equity Upfront Awards	14,7	14,7	0	18,8			16,7	16,7	0	18,8		
Mehrfährige variable Vergütung ¹	44,4	44,0	0	72,6			51,8	50,0	0	87,6		
davon Langfristkomponente I für 2013 (bis 2017)												
davon Langfristkomponente II für 2013 (bis 2018)												
davon Restricted Incentive Awards für 2014 (bis 2018) ²	22,4	22,0	0	36,3			25,5	25,0	0	43,8		
davon Restricted Equity Awards für 2014 (bis 2018) ³ / bis 2020 für Senior Management Group	22,0	22,0	0	36,3			26,3	25,0	0	43,8		
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	73,8	73,4	0	110,2			85,2	83,4	0	125,2		
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	156,6	156,2	82,8	193,0			170,6	168,8	85,4	210,6		
Versorgungsaufwand ⁴	180,2	180,2	180,2	180,2			162,5	162,5	162,5	162,5		
Gesamtvergütung (DCGK)	336,8	336,4	263,0	373,2			333,1	331,3	247,9	373,1		
Gesamtvergütung ⁵	153,8	153,4	80,0	190,2			168,5	166,7	83,3	208,5		

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. vertraglich zugesagten Werten ergeben.

¹Für die dargestellten Vergütungselemente ist im Klammerzusatz das jeweilige Laufzeitende ausgewiesen.

²Der gewährte Betrag beinhaltet den einmaligen Aufschlag in Höhe von 2%.

³Der gewährte Betrag beinhaltet bei Vorstandsmitgliedern, die nicht der sogenannten Senior Management Group zugeordnet sind, d. h. bei Herrn Dr. Müller, Herrn Schmid und Herrn Stemmer, einen einmaligen Aufschlag von 5%.

⁴Der gezeigte Versorgungsaufwand für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

⁵Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

⁶Vorstandsmitglied seit 1. November 2014. Die Vergütung (Festvergütung, Zielwert der variablen Vergütung) wurde festgelegt unter Berücksichtigung einer weiteren Beschäftigung bei der Deutschen Bank AG, die gesondert vergütet wird.

⁷Vorstandsmitglied seit 1. November 2014

Gewährte Zuwendungen	Hans-Peter Schmid						Ralf Stemmer					
	2014				2013		2014				2013	
	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0	660,0	660,0	660,0	660,0	660,0	660,0
Nebenleistungen	21,5	21,5	21,5	21,5	22,2	22,2	24,6	24,6	24,6	24,6	15,6	15,6
Summe (fixe Vergütungsbestandteile)	621,5	621,5	621,5	621,5	622,2	622,2	684,6	684,6	684,6	684,6	675,6	675,6
Einjährige variable Vergütung	199,6	210,0	0	225,0	220,6	210,0	219,4	225,0	0	225,0	254,0	231,0
davon unmittelbar ausgezahlt	99,8	105,0	0	112,5	110,3	105,0	109,7	112,5	0	112,5	127,0	115,5
davon Kurzfristkomponente II					110,3	105,0					127,0	115,5
davon Equity Upfront Awards	99,8	105,0	0	112,5			109,7	112,5	0	112,5		
Mehrfährige variable Vergütung ¹	309,7	315,0	0	562,6	330,8	315,0	340,7	352,6	0	641,2	381,0	346,6
davon Langfristkomponente I für 2013 (bis 2017)					165,4	157,5					190,5	173,3
davon Langfristkomponente II für 2013 (bis 2018)					165,4	157,5					190,5	173,3
davon Restricted Incentive Awards für 2014 (bis 2018) ²	152,6	157,5	0	281,3			167,9	176,3	0	320,6		
davon Restricted Equity Awards für 2014 (bis 2018) ³ / bis 2020 für Senior Management Group	157,1	157,5	0	281,3			172,8	176,3	0	320,6		
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	509,3	525,0	0	787,6	551,4	525,0	560,1	577,6	0	866,2	635,0	577,6
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	1.130,8	1.146,5	621,5	1.409,1	1.173,6	1.147,2	1.244,7	1.262,2	684,6	1.550,8	1.310,6	1.253,2
Versorgungsaufwand ⁴	341,5	341,5	341,5	341,5	349,6	349,6	125,4	125,4	125,4	125,4	126,7	126,7
Gesamtvergütung (DCGK)	1.472,3	1.488,0	963,0	1.750,6	1.523,2	1.496,8	1.370,1	1.387,6	810,0	1.676,2	1.437,3	1.379,9
Gesamtvergütung ⁵	1.109,3	1.125,5	600,0	1.387,6	1.151,4	1.125,0	1.220,1	1.237,6	660,0	1.526,2	1.295,0	1.237,6

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. vertraglich zugesagten Werten ergeben.

¹Für die dargestellten Vergütungselemente ist im Klammerzusatz das jeweilige Laufzeitende ausgewiesen.

²Der gewährte Betrag beinhaltet den einmaligen Aufschlag in Höhe von 2 %.

³Der gewährte Betrag beinhaltet bei Vorstandsmitgliedern, die nicht der sogenannten Senior Management Group zugeordnet sind, d. h. bei Herrn Dr. Müller, Herrn Schmid und Herrn Stemmer, einen einmaligen Aufschlag von 5 %.

⁴Der gezeigte Versorgungsaufwand für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

⁵Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

Gewährte Zuwendungen	Hanns-Peter Storr					
	2014				2013	
	gewährt	Zielwert	(Min)	(Max)	gewährt	Zielwert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0
Nebenleistungen	19,6	19,6	19,6	19,6	21,6	21,6
Summe (fixe Vergütungsbestandteile)	619,6	619,6	619,6	619,6	621,6	621,6
Einjährige variable Vergütung	210,0	210,0	0	225,0	242,0	210,0
davon unmittelbar ausgezahlt	105,0	105,0	0	112,5	121,0	105,0
davon Kurzfristkomponente II					121,0	105,0
davon Equity Upfront Awards	105,0	105,0	0	112,5		
Mehrfährige variable Vergütung ¹	318,2	315,0	0	562,6	363,0	315,0
davon Langfristkomponente I für 2013 (bis 2017)					181,5	157,5
davon Langfristkomponente II für 2013 (bis 2018)					181,5	157,5
davon Restricted Incentive Awards für 2014 (bis 2018) ²	160,7	157,5	0	281,3		
davon Restricted Equity Awards für 2014 (bis 2018) ³ / bis 2020 für Senior Management Group	157,5	157,5	0	281,3		
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	528,2	525,0	0	787,6	605,0	525,0
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	1.147,8	1.144,6	619,6	1.407,2	1.226,6	1.146,6
Versorgungsaufwand ⁴	241,5	241,5	241,5	241,5	239,9	239,9
Gesamtvergütung (DCGK)	1.389,3	1.386,1	861,1	1.648,7	1.466,5	1.386,5
Gesamtvergütung ⁵	1.128,2	1.125,0	600,0	1.387,6	1.205,0	1.125,0

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. vertraglich zugesagten Werten ergeben.

¹Für die dargestellten Vergütungselemente ist im Klammerzusatz das jeweilige Laufzeitende ausgewiesen.

²Der gewährte Betrag beinhaltet den einmaligen Aufschlag in Höhe von 2 %.

³Der gewährte Betrag beinhaltet bei Vorstandsmitgliedern, die nicht der sogenannten Senior Management Group zugeordnet sind, d. h. bei Herrn Dr. Müller, Herrn Schmid und Herrn Stemmer, einen einmaligen Aufschlag von 5 %.

⁴Der gezeigte Versorgungsaufwand für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

⁵ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

Die nachstehende Tabelle zeigt den Zufluss im bzw. für das Geschäftsjahr 2014:

Zufluss	Frank Strauß		Marc Heß ⁵		Susanne Klöß-Braekler ⁶		Dr. Ralph Müller ⁷		Hans-Peter Schmid		Ralf Stemmer		Hanns-Peter Storr	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	750,0	750,0	528,0	528,0	80,0		83,3		600,0	600,0	660,0	660,0	600,0	600,0
Nebenleistungen	39,0	22,7	35,1	27,0	2,8		2,1		21,5	22,2	24,6	15,6	19,6	21,6
Summe (fixe Vergütungsbestandteile)	789,0	772,7	563,1	555,0	82,8		85,4		621,5	622,2	684,6	675,6	619,6	621,6
Einjährige variable Vergütung	233,4	209,4	194,3	227,0	14,7		16,7		197,5	216,7	217,2	239,0	207,9	214,4
davon unmittelbar ausgezahlt ¹	112,5	150,0	92,4	106,0	14,7		16,7		99,8	110,3	109,7	127,0	105,0	121,0
davon Kurzfristkomponente II ²	120,9	59,4	101,9	121,0					97,7	106,4	107,5	112,0	102,9	93,4
Mehrfürige variable Vergütung ³	114,2	26,5	297,5	207,0					282,5	200,5	292,5	203,0	135,1	41,7
davon Langfristkomponente I														
Langfristkomponente I für 2010 (bis 2014), (2013 2. und 2014 3. Tranche)			70,0	70,0					70,0	70,0	70,0	70,0		
Langfristkomponente I für 2011 (bis 2015), (2013 1. und 2014 2. Tranche)	26,5	26,5	54,0	54,0					47,5	47,5	50,0	50,0	41,7	41,7
Langfristkomponente I für 2012 (bis 2016), 1. Tranche	61,7		52,0						49,9		54,9		52,5	
davon Langfristkomponente II														
Langfristkomponente II für 2010 (bis 2015), (2013 1. und 2014 2. Tranche)			68,6	83,0					68,6	83,0	68,6	83,0		
Langfristkomponente II für 2011 (bis 2016), 1. Tranche	26,0		52,9						46,5		49,0		40,9	
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	347,6	235,9	491,8	434,0	14,7		16,7		480,0	417,2	509,7	442,0	343,0	256,1
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	1.136,5	1.008,6	1.054,9	989,0	97,5		102,1		1.101,5	1.039,4	1.194,3	1.117,6	962,6	877,7
Versorgungsaufwand ⁴	379,4	290,8	352,4	347,4	180,2		162,5		341,5	349,6	125,4	126,7	241,5	239,9
Gesamtvergütung (DCGK)	1.516,0	1.299,4	1.407,3	1.336,4	277,7	0,0	264,6	0,0	1.443,0	1.389,0	1.319,7	1.244,3	1.204,1	1.117,6

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich zugeflossenen Werten ergeben.

¹Der Betrag beinhaltet den unmittelbar ausgezahlten Baranteil der variablen Vergütung für 2013 bzw. 2014.

²Der Betrag beinhaltet den jeweils aus dieser Komponente im Jahr zugeflossenen Betrag für die Vergütungsjahre 2011 bzw. 2012.

³Für die dargestellten Vergütungselemente ist im Klammerzusatz das jeweilige Laufzeitende ausgewiesen.

⁴Der gezeigte Versorgungsaufwand für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung

zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

⁵Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private and Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden das Fixum sowie die variable Vergütung von Herrn Heß seit dem 1. Juli 2012 um 20 % gesenkt.

⁶Vorstandsmitglied seit 1. November 2014. Die Vergütung (Festvergütung, Zielwert der variablen Vergütung) wurde festgelegt unter Berücksichtigung einer weiteren Beschäftigung bei der Deutschen Bank AG, die gesondert vergütet wird.

⁷Vorstandsmitglied seit 1. November 2014.

Bezüge nach Maßgabe der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17)

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 betragen die Bezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2014 für ihre Vorstandstätigkeit insgesamt 6.135,1 T€ ohne Berücksichtigung des Dienstzeitaufwands für Pensionen (Vorjahr:

5.826,8 T€). Hiervon entfielen 3.301,3 T€ (Vorjahr: 3.138,0 T€) auf Festvergütung sowie 144,7 T€ (Vorjahr: 109,1 T€) auf Nebenleistungen, 2.138,3 T€ (Vorjahr: 1.965,4 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 550,8 T€ (Vorjahr: 614,3 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung.

Die Langfristkomponente I bzw. die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht-aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfall-)Bedingungen unterliegt, nach DRS 17 erst im Geschäftsjahr der Auszahlung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzubeziehen und

nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt wurde. Dementsprechend erhielten die einzelnen Vorstandsmitglieder für die Jahre bzw. in den Jahren 2014 und 2013 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand inklusive der Nebenleistungen und des Dienstzeitaufwands für Altersleistungen.

DRS 17	Frank Strauß		Marc Heß ⁴		Susanne Klöß-Braekler ⁵		Dr. Ralph Müller ⁶		Hans-Peter Schmid		Ralf Stemmer		Hanns-Peter Storr		Summe	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Vergütung																
Erfolgsabhängige Komponenten																
Ohne langfristige Anreizwirkung																
unmittelbar ausbezahlt	112,5	150,0	92,4	106,0	14,7		16,7		99,8	110,3	109,7	127,0	105,0	121,0	550,8	614,3
Mit langfristiger Anreizwirkung																
Bar																
Langfristkomponente I ¹	88,2	26,5	176,0	124,0					167,4	117,5	174,9	120,0	94,2	41,7	700,7	429,7
Aktienbasiert																
Kurzfristkomponente II		150,0		106,0						110,3		127,0		121,0		614,3
Langfristkomponente II		225,0		159,0						165,4		190,5		181,5		921,4
Equity Upfront Award(s)	112,5		92,4		14,7		16,7		99,8		109,7		105,0		550,8	
Restricted Equity Award(s) ²	212,5		138,6		22,0		26,3		157,1		172,8		157,5		886,8	
Summe Erfolgsabhängige Komponenten	525,7	551,5	499,4	495,0	51,4		59,7		524,1	503,5	567,1	564,5	461,7	465,2	2.689,1	2.579,7
Erfolgsunabhängige Komponenten																
Festvergütung	750,0	750,0	528,0	528,0	80,0		83,3		600,0	600,0	660,0	660,0	600,0	600,0	3.301,3	3.138,0
Nebenleistungen	39,0	22,7	35,1	27,0	2,8		2,1		21,5	22,2	24,6	15,6	19,6	21,6	144,7	109,1
Dienstzeitaufwand für Pensionen ³	379,4	290,8	352,4	347,4	180,2		162,5		341,5	349,6	125,4	126,7	241,5	239,9	1.782,9	1.354,4
Summe (ohne Dienstzeitaufwand)	1.314,7	1.324,2	1.062,5	1.050,0	134,2		145,1		1.145,6	1.125,7	1.251,7	1.240,1	1.081,3	1.086,8	6.135,1	5.826,8
Summe (einschließlich Dienstzeitaufwand)	1.694,1	1.615,0	1.414,9	1.397,4	314,4		307,6		1.487,1	1.475,3	1.377,1	1.366,8	1.322,8	1.326,7	7.918,0	7.181,2

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. zugeflossenen Werten ergeben.

¹Zufluss aus der jeweils in den Vorjahren zugesagten Langfristkomponente I (Details siehe Zuflustabelle)

²Der Betrag beinhaltet bei Vorstandsmitgliedern, die nicht der sogenannten Senior Management Group zugeordnet sind, d. h. bei Herrn Dr. Müller, Herrn Schmid und Herrn Stemmer, einen einmaligen Aufschlag von 5 %.

³Der gezeigte Versorgungsaufwand für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit

als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

⁴Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private and Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden das Fixum sowie die variable Vergütung von Herrn Heß seit dem 1. Juli 2012 um 20 % gesenkt.

⁵Vorstandsmitglied seit 1. November 2014. Die Vergütung (Festvergütung, Zielwert der variablen Vergütung) wurde festgelegt unter Berücksichtigung einer weiteren Beschäftigung bei der Deutschen Bank AG, die gesondert vergütet wird.

⁶Vorstandsmitglied seit 1. November 2014.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invaldität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invaldität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Für die Vorstandsmitglieder Schmid und Stemmer ist eine Obergrenze für das versorgungsfähige Grundgehalt festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invaldität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Schmid und Stemmer vorgesehen,

dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Postbank für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Storr und Strauß sowie Klöß-Braekler und Dr. Müller liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % des versorgungsfähigen Grundgehalts. Die Versorgungsbeiträge werden einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Nach diesen Versorgungszusagen besteht ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

Betriebliche Altersversorgung	Frank Strauß		Marc Heß ¹		Susanne Klöß-Braekler ²		Dr. Ralph Müller ²		Hanns-Peter Storr	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Versorgungsbaustein	187.500	187.500	165.000	165.000	101.250		81.250		150.000	150.000
Verzinsung	38.495	25.703	116.436	100.505	13.054		10.475		37.501	26.888
Versorgungskapital am Ende des Geschäftsjahres	680.083	454.088	2.057.031	1.775.595	230.618		185.063		662.514	475.013
Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung	379.440	290.771	352.423	347.404	180.235		162.502		241.501	239.935

¹Bei Herrn Heß erstattet die Deutsche Bank AG 20 % der wirtschaftlichen Lasten.

²Die Darstellung für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

Betriebliche Altersversorgung	Hans-Peter Schmid		Ralf Stemmer	
	2014	2013	2014	2013
	€	€	€	€
Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres	58,00 %	56,00 %	60,00 %	58,00 %
Maximaler Versorgungsgrad	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %
Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung	341.535	349.623	125.351	126.740

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 4,86 Mio € (Vorjahr: 6,79 Mio €). Die Bezüge beinhalten die im jeweiligen Jahr zugeflossenen Versorgungsbezüge sowie Vergütungsbestandteile, Beendigungsleistungen und Nebenleistungen aus aktiver Vorstandstätigkeit.

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 85,74 Mio € (Vorjahr: 73,01 Mio €).

VI. Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Postbank hat die Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2014 mit Wirkung zum 1. Januar 2014 geändert. Das Vergütungssystem ist in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich aus einer festen, erfolgsunabhängigen Vergütung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die feste jährliche Vergütung (Grundvergütung) beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 40.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Grundvergütung.

Die Grundvergütung erhöht sich für die Mitgliedschaft und den Vorsitz in den Ausschüssen um folgende zusätzliche feste jährliche Vergütungen:

Die Mitgliedschaft im Prüfungsausschuss und im Risikoausschuss wird mit zusätzlich 30.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 60.000 € vergütet. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss, im Personalausschuss, im Vergütungskontrollausschuss und im Nominierungsausschuss wird mit zusätzlich 20.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 40.000 € vergütet. Für Mitgliedschaft und Vorsitz im Vermittlungsausschuss wird keine zusätzliche feste Vergütung gewährt.

Aus der bis zum 31. Dezember 2013 geltenden Vergütungsregelung besteht noch ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres (Referenzjahr) den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsrats-

mitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss. Die Höhe der variablen Vergütung ist in zweifacher Hinsicht begrenzt: Sie darf den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht übersteigen, und die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteuerausgaben. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 500 € je Sitzung des Gesamtaufwandsrats oder eines Ausschusses.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Grundvergütung und das Sitzungsgeld nach der Hauptversammlung, die den Konzernabschluss für das jeweilige Geschäftsjahr entgegennimmt oder über seine Billigung entscheidet. Die variable Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung wird nach Ablauf der Hauptversammlung gezahlt, die den Konzernabschluss für das Referenzjahr entgegennimmt oder über seine Billigung entscheidet.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat und/oder seinen Ausschüssen angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig. Die Grundvergütung wird auf volle Monate auf- und abgerundet. Eine zeitanteilige Vergütung für die Ausschusstätigkeiten setzt voraus, dass der betreffende Ausschuss im entsprechenden Zeitraum zur Erfüllung seiner Aufgaben getagt hat.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Die Vergütung von Mandaten als Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten von Gesellschaften des Deutsche Bank Konzerns bleibt davon unberührt.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 1.578,8 T€ (Vorjahr: 728,4 T€). Aufgrund der nachhaltigen Ergebnisverbesserung der Postbank erhalten die Mitglieder eine erfolgsorientierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung für das Geschäftsjahr 2012.

Die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2014 gliedert sich wie folgt auf:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Geschäftsjahr 2014			Geschäftsjahr 2013		
	Fixum	Variabel ¹	Summe	Fixum	Variabel ¹	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rainer Neske ²	–	–	–	–	–	–
Frank Bsirske	160,0	58,0	218,0	45,0	48,0	93,0
Wilfried Anhäuser	–	3,2	3,2	–	10,7	10,7
Marietta Auer	–	3,2	3,2	–	10,7	10,7
Rolf Bauermeister	40,0	18,0	58,0	15,0	16,5	31,5
Susanne Bleidt	60,0	16,4	76,4	22,5	1,8	24,3
Wilfried Boysen	20,0	13,6	33,6	15,0	16,3	31,3
Prof. Dr. Edgar Ernst	100,0	39,5	139,5	30,0	33,3	63,3
Annette Harms	–	2,1	2,1	–	7,1	7,1
Stefanie Heberling ²	–	–	–	–	–	–
Timo Heider	70,0	25,8	95,8	22,5	18,0	40,5
Dr. Tessen von Heydebreck	120,0	38,1	158,1	30,0	30,6	60,6
Dr. Peter Hoch	50,0	28,2	78,2	30,0	33,0	63,0
Elmar Kallfelz	–	4,3	4,3	–	14,3	14,3
Prof. Dr. Ralf Krüger	–	3,2	3,2	–	10,7	10,7
Hans-Jürgen Kummert	40,0	11,1	51,1	15,0	1,3	16,3
Prof. Dr. Katja Langenbucher	20,0	1,5	21,5	–	–	–
Dr. Hans-Dieter Petram	–	–	–	–	2,0	2,0
Dr. Christian Ricken ²	–	–	–	–	–	–
Karl von Rohr ²	–	–	–	–	–	–
Bernd Rose	100,0	26,7	126,7	30,0	4,3	34,3
Lawrence A. Rosen	40,0	16,5	56,5	15,0	16,5	31,5
Christian Sewing ²	–	–	–	–	–	–
Eric Stadler	100,0	34,5	134,5	22,5	25,5	48,0
Werner Steinmüller ²	–	–	–	–	–	–
Gerd Tausendfreund	70,0	29,0	99,0	22,5	25,3	47,8
Renate Treis	90,0	37,0	127,0	30,0	32,0	62,0
Wolfgang Zimny	70,0	18,9	88,9	22,5	3,0	25,5
Summe	1.150,0	428,8	1.578,8	367,5	360,9	728,4

¹Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende langfristige Vergütung sowie das Sitzungsgeld.

²Vergütung entfällt aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsratsstätigkeit innerhalb der BHW Holding AG und der BHW Bausparkasse AG eine Vergütung in Höhe von 2,4 T€, Herr Heider in Höhe von 14,3 T€.

Die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder haben im Geschäftsjahr 2014 eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 628,4 T€ erhalten.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2014 weniger als 1% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands in Höhe von 462,6 T€ (Vorjahr: 501,8 T€) und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 67,4 T€ (Vorjahr: 48,7 T€) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadenfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen.

VII. Termingeschäfte

Die Postbank setzt derivative Finanzinstrumente insbesondere zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte zu Handelszwecken getätigt.

Das Volumen der noch nicht abgewickelten Derivate, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 197 Mrd € (Vorjahr: 193 Mrd €).

Auf der Folgeseite (Tabelle 1) sind die bestehenden Kontrakte im derivativen Geschäft hinsichtlich ihrer Risikostruktur aufgliedert. Entsprechend den international üblichen Usancen werden die Nominalvolumen ausgewiesen. Bei dem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung von gegenseitig vereinbarten Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Tabellen 2, 3 und 4 auf den Folgeseiten erläutern die Angaben nach unterschiedlichen Kriterien. Neben den Angaben zur Laufzeitklasse nach Risikokategorie erfolgte eine Aufteilung nach Kontrahenten. Geschäfte mit Handelszweck wurden separat dargestellt.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf der Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt. Bei börsengehandelten Derivaten wird der entsprechende Börsenkurs verwendet.

Die derivativen Geschäfte im Handelsbestand der Postbank (Tabelle 4) werden zum beizulegenden Zeitwert inklusive bonitätsinduzierter Wertanpassungen bewertet und bilanziert. Die bonitätsinduzierte Wertanpassung findet auch für Bankbuchderivate Berücksichtigung.

Eine positive Änderung des Marktzinssatzes um einen Basispunkt würde eine Veränderung der Fair Values zinsbezogener derivativer Finanzinstrumente um ca. 0,37 Mio € (Vorjahr: -0,2 Mio €) erwirken.

Tabelle 1	Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumen					
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Zinsrisiken						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	189.883	187.658	4.201	7.526	-3.790	-7.639
FRAs	0	0	0	0	0	0
Zinsoptionen	0	0	3	3	-29	-10
Swaptions (long)	73	0	0	0	0	0
Swaptions (short)	63	20	0	0	-1	0
Caps, Floors	1.223	1.265	4	7	-3	-6
Sonstige Zinstermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures (Bund, Bobl, Schatz)	0	0	0	0	0	0
Zinsoptionen (Bund, Bobl, Schatz)	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	191.242	188.943	4.208	7.536	-3.823	-7.655
Währungsrisiken						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte/-swaps	3.346	2.435	96	18	-95	-8
Zins-Währungsswaps	1.622	930	69	33	-84	-14
Devisenoptionen (long) ¹	123	582	9	1	-6	-2
Devisenoptionen (short) ¹	1.094	80	6	0	-9	-1
Sonstige Währungstermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Devisenfutures	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	6.185	4.027	180	52	-194	-25
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
OTC-Produkte						
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen (long)	18	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen (short)	0	0	0	0	0	0
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Futures	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen	0	46	0	1	0	0
Insgesamt	18	46	0	1	0	0
Kreditderivate						
Käufe	0	0	0	0	0	0
Verkäufe	50	0	0	0	-1	0
Insgesamt	50	0	0	0	-1	0
Gesamtbestand	197.495	193.016	4.388	7.589	-4.018	-7.680

¹Inklusive Goldoptionen, welche unter Währungsrisiken erfasst werden.

Tabelle 2 Derivative Geschäfte – Restlaufzeiten								
Nominalbetrag	Zinsrisiken		Währungsrisiken ¹		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	23.548	20.223	1.942	2.143	18	46	0	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	26.971	23.362	2.420	1.075	0	0	0	0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	91.034	72.637	1.111	631	0	0	50	0
mehr als 5 Jahre	49.689	72.721	712	178	0	0	0	0
Insgesamt	191.242	188.943	6.185	4.027	18	46	50	0

¹Inklusive Golddoptionen, welche unter Währungsrisiken erfasst werden.

Tabelle 3 Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung						
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Kontrahenten						
Banken in der OECD	192.514	191.699	4.095	7.542	-3.920	-7.675
Banken außerhalb der OECD	0	0	0	0	0	0
Sonstige Kontrahenten	4.981	1.317	293	47	-98	-5
Insgesamt	197.495	193.016	4.388	7.589	-4.018	-7.680

Tabelle 4 Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte						
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Zinskontrakte	98.335	111.814	700	5.388	-195	-5.475
Währungskontrakte	0	1.117	0	2	0	-3
Aktienkontrakte	0	0	0	0	0	0
Kreditderivatekontrakte	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	98.335	112.931	700	5.390	-195	-5.478

VIII. Deckungsrechnung

- Register A und B: Geschlossene Register von Altmissionen nach dem Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG)
- Register C: Emissionen nach dem Gesetz über die Umwandlung der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank in eine Aktiengesellschaft (DSLBUmwG)
- Register D und E: Emissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG)

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
Hypothekendarlehen Register A			
Nennwert	7	1	6
Barwert	8	1	7
Öffentliche Pfandbriefe Register B			
Nennwert	157	53	104
Barwert	178	63	115
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	13.646	11.320	2.326
Barwert	15.315	14.028	1.287
Hypothekendarlehen Register D			
Nennwert	7.381	4.753	2.628
Barwert	8.856	5.738	3.118
Öffentliche Pfandbriefe Register E			
Nennwert	302	215	87
Barwert	331	274	57

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2013 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2013 Mio €
Hypothekendarlehen Register A			
Nennwert	12	1	11
Barwert	13	1	12
Öffentliche Pfandbriefe Register B			
Nennwert	404	263	141
Barwert	439	284	155
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	14.738	11.964	2.773
Barwert	16.197	14.197	2.000
Hypothekendarlehen Register D			
Nennwert	7.374	5.764	1.610
Barwert	8.556	6.493	2.063
Öffentliche Pfandbriefe Register E			
Nennwert	1.921	1.715	206
Barwert	2.034	1.794	240

IX. Angaben gemäß § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 3 PfandBG

Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen und dafür verwendete Deckungswerte:

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert ¹	Risikobarwert ¹
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Deckungswerte ²	7.381,4	7.373,7	8.855,9	8.556,4	8.427,5	8.135,6
davon: Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hypothekendarlehen	4.753,5	5.763,5	5.738,0	6.493,1	5.432,7	6.165,7
Überdeckung in %	55,3	27,9	54,3	31,8	55,1	32,0

¹Dynamisches Verfahren

²Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG

Im Umlauf befindliche Öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte:

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert ¹	Risikobarwert ¹
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Deckungswerte ²	301,5	1.921,4	331,2	2.034,2	334,7	1.988,3
davon: Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentliche Pfandbriefe	215,0	1.715,0	273,8	1.793,9	291,9	1.765,9
Überdeckung in %	40,2	12,0	20,9	13,4	14,7	12,6

¹Dynamisches Verfahren

²Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen sowie Zinsbindungsfristen der verwendeten Deckungswerte:

	Deckungswerte ¹	Deckungswerte ¹	Hypothekendarlehen	Hypothekendarlehen
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Bis zu 6 Monate	466,6	425,9	1.000,0	1.010,0
Mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	234,7		0,0	
Mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	602,6	592,9	40,0	1.000,0
Mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	188,0		0,0	
Mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	659,6	677,7	0,0	40,0
Mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	628,8	873,6	15,0	0,0
Mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	810,5	793,9	301,0	15,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	2.812,7	3.038,5	2.492,5	2.604,0
Über 10 Jahre	977,9	971,2	905,0	1.094,5
Summe	7.381,4	7.373,7	4.753,5	5.763,5

¹Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Öffentlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der verwendeten Deckungswerte:

	Deckungswerte ¹	Deckungswerte ¹	Öffentliche Pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Bis zu 6 Monate	15,0	402,7	0,0	1.500,0
Mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	31,5		0,0	
Mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	0,0	324,9	0,0	0,0
Mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	35,0		10,0	
Mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	95,0	360,7	0,0	10,0
Mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	25,0	514,6	35,0	0,0
Mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	0,0	72,8	0,0	35,0
Mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	100,0	243,2	60,0	60,0
Über 10 Jahre	0,0	2,5	110,0	110,0
Summe	301,5	1.921,4	215,0	1.715,0

¹ Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG

§ 28 Abs. 1 Nr. 4 bis Nr. 6 PfandBG

Weitere Deckungswerte (Nennwert) für Hypothekendarlehen nach Ländern/Registrierstaaten:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 ¹ Mio €
Deutschland		
Ausgleichsforderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 1 PfandBG	0,0	-
Forderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 2 PfandBG	1.275,0	-
davon gedeckte Schuldverschreibungen i. S. d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	0,0	-
Forderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 3 PfandBG	0,0	-
Summe Deutschland	1.275,0	-
Gesamtsumme	1.275,0	-
davon sichernde Überdeckung i. S. d. § 4 Abs. 1 PfandBG	200,0	-

¹ Gemäß § 53 PfandBG werden die Werte erstmals zum 31. Dezember 2014 veröffentlicht.

Weitere Deckungswerte (Nennwert) für Öffentliche Pfandbriefe nach Ländern/Registrierstaaten:

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 ¹ Mio €
Deutschland		
Ausgleichsforderungen i. S. d. § 20 (2) Nr. 1 PfandBG	0,0	-
Forderungen i. S. d. § 20 (2) Nr. 2 PfandBG	0,0	-
davon gedeckte Schuldverschreibungen i. S. d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	0,0	-
Summe Deutschland	0,0	-
Gesamtsumme	0,0	-

¹ Gemäß § 53 PfandBG werden die Werte erstmals zum 31. Dezember 2014 veröffentlicht.

§ 28 Abs. 1 Nr. 7 bis Nr. 11 PfandBG und Abs. 2 Nr. 3 PfandBG
Kennzahlen zu umlaufenden Pfandbriefen und den dafür
verwendeten Deckungswerten:

	31.12.2014	31.12.2013 ¹
Zinsstruktur nach § 28 (1) Nr. 9 PfandBG		
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	97,2 %	–
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	96,5 %	–
Überschreitung nach § 28 (1) Nr. 8 PfandBG		
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen über der Begrenzung nach § 19 (1) Nr. 2 PfandBG in Mio €	599,7	–
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen über der Begrenzung nach § 19 (1) Nr. 3 PfandBG in Mio €	124,3	–
Weitere Kennzahlen		
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 (1) PfandBG überschreiten in Mio € (§ 28 (1) Nr. 7 PfandBG)	0,0	–
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio € (§ 28 (1) Nr. 10 PfandBG)	–	–
Volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (Seasoning) in Jahren (§ 28 (1) Nr. 11 PfandBG)	5,7	–
Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf (§ 28 (2) Nr. 3 PfandBG)	47,6 %	–

¹ Gemäß § 53 PfandBG werden die Werte erstmals zum 31. Dezember 2014 veröffentlicht.

§ 28 Abs. 1 Nr. 8 bis Nr. 10 PfandBG
Kennzahlen zu umlaufenden Pfandbriefen und den dafür
verwendeten Deckungswerten:

	31.12.2014	31.12.2013 ¹
Zinsstruktur nach § 28 (1) Nr. 9 PfandBG		
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,0 %	–
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	100,0 %	–
Überschreitung nach § 28 (1) Nr. 8 PfandBG		
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen über der Begrenzung nach § 20 (2) Nr. 2 PfandBG in Mio €	0,0	–
Weitere Kennzahlen		
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio € (§ 28 (1) Nr. 10 PfandBG)	–	–

¹ Gemäß § 53 PfandBG werden die Werte erstmals zum 31. Dezember 2014 veröffentlicht.

§ 28 Abs. 2 Nr. 1 a PfandBG

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größengruppen:

	Hypothekendeckungswerte	Hypothekendeckungswerte
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 ¹ Mio €
Bis einschließlich 300.000 €	6.039,6	–
Mehr als 300.000 € bis einschließlich 1 Mio €	64,6	–
Mehr als 1 Mio € bis zu 10 Mio €	2,2	–
Mehr als 10 Mio €	0,0	–
Summe	6.106,4	–

¹ Gemäß § 53 PfandBG werden die Werte erstmals zum 31. Dezember 2014 veröffentlicht.

§ 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen (Nennwert) nach Staaten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, sowie nach Objekt- und Nutzungsart:

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 ¹ Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 ¹ Mio €
Summe	6.106,4	–	0,0	–

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 ¹ Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 ¹ Mio €
Deutschland				
Eigentumswohnungen	1.009,7	–	0,0	–
Ein- und Zweifamilienhäuser	4.858,5	–	0,0	–
Mehrfamilienhäuser	238,2	–	0,0	–
Bürogebäude	0,0	–	0,0	–
Handelsgebäude	0,0	–	0,0	–
Industriegebäude	0,0	–	0,0	–
Sonstige gewerbliche Gebäude	0,0	–	0,0	–
Unfertige Neubauten	0,0	–	0,0	–
Bauplätze	0,0	–	0,0	–
Summe Deutschland	6.106,4	–	0,0	–

¹ Gemäß § 53 PfandBG werden die Werte erstmals zum 31. Dezember 2014 veröffentlicht.

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Hypothekenforderungen (Nennwert):

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Deutschland	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0

Gesamtbetrag der rückständigen Leistungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Hypothekenforderung beträgt (Nennwert):

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 ¹ Mio €
Deutschland	0,0	–
Summe	0,0	–

¹ Gemäß § 53 PfandBG werden die Werte erstmals zum 31. Dezember 2014 veröffentlicht.

§ 28 Abs. 2 Nr. 4 a, b und c PfandBG

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Anzahl der Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren und Rettungserwerben sowie der Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen:

Hypothekendeckungswerte	Wohnwirtschaftlich		Gewerblich	
	31.12.2014 Anzahl	31.12.2013 Anzahl	31.12.2014 Anzahl	31.12.2013 Anzahl
	Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	2	1	0
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0	0	0	0
	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz (Staat):

Öffentliche Deckungswerte	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Deutschland		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	165,0	971,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	25,0	682,1
Summe Deutschland	190,0	1.653,1
EU-Institutionen		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	35,0	43,3
Sonstige Schuldner	76,5	45,0
Summe EU-Institutionen	111,5	88,3
Luxemburg		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	155,0
Summe Luxemburg	0,0	155,0
Österreich		
Staat	0,0	25,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Österreich	0,0	25,0
Gesamtsumme	301,5	1.921,4

§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf öffentliche Forderungen (Nennwert):

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 Mio €
Deutschland		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Deutschland	0,0	0,0
Gesamtsumme	0,0	0,0

Gesamtbetrag der rückständigen Leistungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der öffentlichen Forderungen beträgt (Nennwert):

	31.12.2014 Mio €	31.12.2013 ¹ Mio €
Deutschland		
Staat	0,0	–
Regionale Gebietskörperschaften	0,0	–
Örtliche Gebietskörperschaften	0,0	–
Sonstige Schuldner	0,0	–
Summe Deutschland	0,0	–
Gesamtsumme	0,0	–

¹ Gemäß § 53 PfandBG werden die Werte erstmals zum 31. Dezember 2014 veröffentlicht.

X. Andere Angaben

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Postbank in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten.

Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Postbank gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e. V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Zu den Honoraren des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB verweisen wir auf den Konzernanhang.

XI. Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank haben gemeinsam am 17. Dezember 2014 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2014 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

D. NAMEN DER ORGANMITGLIEDER

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:	
Frank Strauß, Bad Nauheim (Vorsitzender)	
Marc Heß, Bonn	
Susanne Klöß-Braekler, München	seit 1. November 2014
Dr. Ralph Müller, Königstein/Taunus	seit 1. November 2014
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	
Hanns-Peter Storr, Bonn	

Mandate der Vorstandsmitglieder der Postbank in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien sind:

Frank Strauß	Vorsitzender des Vorstands
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln
Mitglied des Beirats	Talanx Deutschland Bancassurance, Hilden

Marc Heß	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

Susanne Klöß-Braekler	Mitglied des Vorstands seit 1. November 2014
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 6. November 2014)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Eurex Frankfurt AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	Eurex Zürich AG, Zürich

Dr. Ralph Müller	Mitglied des Vorstands seit 1. November 2014
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 25. Juli 2014) Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 25. Juli 2014)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 11. September 2014)	BHW Kreditservice GmbH, Hameln
Mitglied des Verwaltungsrats	MyMoneyPark AG, Zürich
Mitglied des Beirats (seit 3. September 2014)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main

Hans-Peter Schmid	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Beirats	Talanx Deutschland Bancassurance, Hilden
Mitglied des Börsenrats	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Wirtschaftsbeirats	HUK-Coburg Versicherungsgruppe, Coburg

Ralf Stemmer	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Vorsitzender des Verwaltungsrats	PB International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 6. November 2014)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Mitglied des Beirats (seit 3. September 2014)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats	Verband der Sparda Banken e.V., Frankfurt am Main

Hanns-Peter Storr	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 6. November 2014)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin

Der Aufsichtsrat der Postbank setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner	
Rainer Neske Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Bad Soden (Vorsitzender)	
Wilfried Boysen Kaufmann, Hamburg	bis 9. Juli 2014
Prof. Dr. Edgar Ernst Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn	
Stefanie Heberling Regionsleitung Köln/Bonn/Aachen, Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Wuppertal	
Dr. Tessen von Heydebreck Vorsitzender des Kuratoriums der Deutsche Bank Stiftung, Berlin	
Dr. Peter Hoch Privatier, München	bis 9. Juli 2014
Prof. Dr. Katja Langenbucher Professorin für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht und Bankrecht, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main	seit 9. Juli 2014
Dr. Christian Ricken Mitglied des Group Executive Committee, Chief Operating Officer PBC, Deutsche Bank AG, Bad Homburg v. d. Höhe	
Karl von Rohr Global Chief Operating Officer, Regional Management, Deutsche Bank AG, Oberursel	seit 9. Juli 2014
Lawrence A. Rosen Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	
Christian Sewing Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Osnabrück	
Werner Steinmüller Mitglied Group Executive Committee, Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Dreieich	

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer	
Frank Bsirske Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin (Stv. Vorsitzender)	
Rolf Bauermeister Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	
Susanne Bleidt Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG, Bell	
Timo Heider Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft und Postbank Finanzberatung AG, Emmerthal	
Hans-Jürgen Kummetat Beamter, Köln	
Bernd Rose Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG/Postbank Filial GmbH, Menden (Sauerland)	
Eric Stadler Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	
Wolfgang Zimny Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG, Zentrale, Bornheim	

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Postbank in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien sind:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Rainer Neske Vorsitzender des Aufsichtsrats	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main

Wilfried Boysen Mitglied des Aufsichtsrats bis 9. Juli 2014	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hanse Marine-Versicherung AG, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Annington Immobilien SE, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DMG MORI SEIKI AG (vormals Gildemeister AG, Bielefeld)
Mitglied des Aufsichtsrats	TUI AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Wincor Nixdorf AG, Paderborn

Dr. Tessen von Heydebreck	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats	IFA Rotorion Holding GmbH, Haldensleben
Mitglied des Stiftungsrats	Dussmann Stiftung & Co. KGaA, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall GmbH, Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats	Kommanditgesellschaft CURA Vermögensverwaltung GmbH & Co KG, Hamburg
Mitglied des Beirats	DECM Deutsche Einkaufs-Center-Gesellschaft G.m.b.H., Hamburg

Dr. Christian Ricken	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats (seit 3. September 2014)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Europe GmbH, Rotterdam
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Board of Directors	HuaXia Bank Co., Ltd., Beijing

Karl von Rohr Mitglied des Aufsichtsrats seit 9. Juli 2014	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats (bis 31. Dezember 2014)	Manpower Group GmbH & Co. KG, Eschborn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2014)	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg

Lawrence A. Rosen	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Qiagen GmbH, Hilden

Werner Steinmüller	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam
Mitglied des Beirats	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	IBM Central Holding GmbH, Ehningen
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Rolf Bauermeister	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Susanne Bleidt	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Timo Heider	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 6. November 2014)	BHW Holding AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats (seit 3. September 2014)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main

Bernd Rose	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Eric Stadler	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Beirats (seit 2. Oktober 2014) Mitglied des Beirats (seit 3. September 2014)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main

Gerd Tausendfreund	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, den 25. Februar 2015

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand




Frank Strauß



Marc Heß


Susanne Klöß-Braekler



Dr. Ralph Müller



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Postbank AG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 26. Februar 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralf Schmitz
Wirtschaftsprüfer

Christian F. Rabeling
Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 - 18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Berichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

